

Stenographisches Protokoll

28. Sitzung des Kärntner Landtages – 32. Gesetzgebungsperiode
Donnerstag, 09. April 2020

Inhalt

Einleitung des Ersten Präsidenten (S.2958)

Entfall der Fragestunde, Aktuellen Stunde sowie weiterer verhandlungsreifer Gegenstände – einstimmige Annahme (S. 2960)

Festsetzung der Tagesordnung – einstimmige Annahme (S. 2960)

Tagesordnung (S. 2960)

Ldtgs.Zl. 60-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. §17 Abs. 1 K-LTGO betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz, die Kärntner Bauordnung 1996, das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (37. K-DRG-Novelle), die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz, das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz, das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Kärntner Heimgesetz, das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999, das Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetz, das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 (30. K-LVBG-Novelle), das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993, das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz, das Kärntner Schulgesetz, das Kärntner Stadtbeamten-gesetz 1993, das Kärntner Tourismusgesetz 2011, das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017, das Klagenfurter Stadtrecht 1998 und das Villacher Stadtrecht

1998 geändert werden (Kärntner COVID-19-Gesetz)

./. mit Gesetzentwurf

Verkürzung der Auflagefrist gem. § 17 Abs. 2 K-LTGO bzw. unmittelbares Eingehen in die 2. Lesung gem. § 20 Abs. 2 K-LTGO – einstimmige Annahme (S. 2961)

Berichterstatter: Sandrieser (S. 2961)

Redner: Scherwitzl (S. 2962, 3008), Darmann (S. 2967), Malle (S. 2973), Köfer (S. 2975, 3007), Kaiser (S. 2980), Leyroutz (S. 2984), Gaggl (S. 2986), Klocker (S. 2990), Prettnner (S. 2992), Trettenbrein (S. 2998), Gruber (S. 3001), Rauter (S. 3002), Pirolt (S. 3005)

Zusatzantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs (S. 2969) – keine Mehrheit (SPÖ nein, FPÖ ja, ÖVP nein, TKK nein) (S. 3011)

Mehrheitliche Annahme der 2. Lesung (S. 3009)

Artikel I – V, VII, VIII, XI – XIV, XVI – XVIII, XX – XXVII – einstimmige Annahme

Artikel VI, IX, X, XV und XIX – mehrheitliche Annahme (SPÖ: ja, FPÖ: ja, ÖVP: ja, TKK: nein)

Einstimmige Annahme der 3. Lesung (S. 3015)

Mitteilung des Einlaufes (S. 3016)

A) Dringlichkeitsantrag (S. 3016)

Ldtgs.Zl. 60-3/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Anspruch auf vollen Ersatz des Corona-Schadens für Unternehmen

Zur Begründung der Dringlichkeit: Leyroutz (S. 3016), Scherwitzl (S. 3017)

Die Zuerkennung der Dringlichkeit erhält nicht die erforderliche 2/3-Mehrheit (SPÖ: nein, FPÖ: ja, ÖVP: nein, TKK: ja) (S. 3017)

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement (S. 3017)

B) Dringlichkeitsanfrage (S. 2972, 3017)

Ldtgs.Zl. 60-2/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner betreffend Bewältigung der COVID-19-Krise in Kärnten

Zur Begründung der Dringlichkeit: Darmann (S. 2972)

Einstimmige Zuerkennung der Dringlichkeit (S. 2973)

Mündliche Beantwortung durch Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettner (S. 3017)

Redner: Darmann (S. 3021), Prettner (S. 3022), Häusl-Benz (S. 3023)

C) Anträge von Abgeordneten (S. 3024)

D) Schriftliche Anfrage (S. 3024)

Beginn: Donnerstag, 09.04.2020, 13.08 Uhr

Ende: Donnerstag, 09.04.2020, 18.28 Uhr

Beginn der Sitzung: 13.08 Uhr

Vorsitz: Erster Präsident **Ing. Rohr**, Zweiter Präsident **Strauß**

Anwesend: 24 Abgeordnete

Entschuldigt: **Blatnik, Geißler, Lipitsch, Redecsy, Seiser, Tiefnig, Dieringer-Granza, Jantschgi, Lobnig, Benger, Hue-ter, Prasch**

Mitglieder der Landesregierung: Landeshauptmann **Kaiser**, Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettner**, Landesrat **Fellner**, Landesrat **Gruber**

Entschuldigt: Zweite Landeshauptmann-Stellvertreterin **Schaunig-Kandut**, Landesrätin **Schaar**, Landesrat **Schuschnig**

Bundesräte entschuldigt: **Appè, Leitner, Novak, Ofner**

Schriftführer: Direktor **Mag. Weiß**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sehr geschätzte Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 28. Sitzung des Kärntner Landtages und eröffne diese. Ich begrüße die anwesenden Regierungsmitglieder, den Herrn Landeshauptmann Dr. Kaiser, seine Stellvertreterin, Dr. Prettner, den Herrn Landesrat Ing. Fellner und den Herrn Landesrat Gruber. Ebenso darf ich natürlich auch alle Medienvertreterinnen und -vertreter,

die direkt anwesend sind oder über Livestream diese Sitzung mitverfolgen, sehr herzlich begrüßen. Begrüße den Herrn Landesamtsdirektor Dr. Platzer, den Direktor des Rechnungshofes, Herrn MMag. Bauer und den Leiter der Verfassungsabteilung, Herrn Dr. Primosch. Ebenso darf ich natürlich alle Damen und Herren, die via Livestream heute diese Sitzung mitverfolgen, sehr herzlich begrüßen. Die Zuhörergalerie ist ja für die Öffentlichkeit und für die Besucher entgegen der sonst üblichen Zugänglichkeit heute geschlossen.

In Anbetracht der besonderen Situation bezüglich des inzwischen weltweit um sich greifenden Corona-Virus und zum Schutz unserer Gesundheit wurde in Absprache mit den Klubobmännern und dem Obmann der Interessengemeinschaft der Landtagsparteien einvernehmlich vereinbart, dass die Anwesenheit der Damen und Herren Abgeordneten bei der heutigen Sitzung auf zwei Drittel der Abgeordneten, also auf die heute anwesenden 24 Damen und Herren beschränkt wird. Es sind daher 12 Abgeordnete der SPÖ, 6 der FPÖ, 4 der ÖVP und 2 des Teams Kärnten anwesend. Auch wurde, und das ausschließlich für die heutige Sitzung, eine eigene Sitzordnung erstellt und verteilt, um die in Kraft befindliche Regelung betreffend die Einhaltung der Mindestabstände sicherzustellen. Für die heutige 28. Sitzung des Landtages entschuldigt sind Abgeordneter Herwig Seiser, Abgeordneter

Ing. Rohr

Hermann Lipitsch, Abgeordnete Ana Blatnik, Abgeordneter David Redecsy, Abgeordneter Armin Geißler und Abgeordneter Alfred Tiefnig sowie der Dritte Präsident Josef Lobnig, Abgeordneter Hermann Jantschgi, Abgeordnete Elisabeth Dieringer-Granza; weiters entschuldigt sind Abgeordneter Christian Benger, Abgeordneter Ferdinand Hueter und Abgeordneter Hartmut Prasch wie auch die Bundesräte Appé, Novak, Leitner und Ofner. Es sind auch die Regierungsmitglieder Landeshauptmann-Stellvertreterin Schaunig-Kandut, Landesrätin Schaar und Landesrat Schuschnig für die heutige Sitzung entschuldigt. Der Landtag ist beschlussfähig. Im April haben einige Damen und Herren Abgeordnete Geburtstag. Nachdem wir diese Sitzung heute abhalten, darf ich gratulieren dem Herrn Bundesrat Ofner, der am 09. April, also am heutigen Tag seinen Geburtstag feiert, am 16. April wird es Landeshauptmann-Stellvertreterin Beate Prettner sein, am 18. April die Abgeordnete Christina Patterer, am 26. April wird ein runder Geburtstag ins Haus stehen, der Zweite Präsident Jakob Strauß wird ebenso in den Klub der 60er aufrücken und am 29. April hat Landesrat Martin Gruber Geburtstag. Ich darf allen sehr, sehr herzlich gratulieren, wünsche ihnen viel, viel Gesundheit und Erfolg, auch für die Wahrnehmung ihrer wichtigen und verantwortungsvollen Aufgaben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren Abgeordnete, die besondere Situation verlangt von uns nicht nur die Einhaltung der für alle Bürgerinnen und Bürger geltenden Vorschriften im Umgang mit den Mitmenschen, sondern auch die Einhaltung besonderer Vorsichtsmaßnahmen zum Schutz aller heute Anwesenden. Ich appelliere und bitte Sie daher, die bereitgestellten Desinfektionsmittel vor dem Eintritt und im Plenarsaal und vor Ihrer Wortmeldung am Rednerpult zu verwenden. Die Verwendung der bereitgestellten Mund-Nasen-Schutzmasken bleibt jeder und jedem in seiner Verantwortung für sich selbst sowie allen anderen gegenüber selbst überlassen. Auch sollte jede Rednerin und jeder Redner das Rednerpult desinfizieren. Das dafür geeignete Flächendesinfektionsmittel steht in der entsprechenden Sprühfläche auf dem Beistelltisch des Rednerpultes, und auch entsprechende Tücher zum Wischen sind bereitgelegt. Ich möchte Sie alle darum ersuchen, heute Ihre Sitze nur in dringenden Fällen zu verlassen und

unnötige Bewegungen im Plenarsaal zu vermeiden. Dies gilt im Besonderen auch für alle übrigen anwesenden Personen und Mitarbeiter. Soweit zu den mit der Landessanitätsdirektion abgestimmten besonderen Empfehlungen und einem geordneten und reibungslosen Sitzungsverlauf.

Auch möchte ich mich ab Beginn unserer Sitzung öffentlich, und das wirklich mit größtem Respekt und dankbarer Anerkennung, bei allen Menschen in unserem Bundesland sehr herzlich bedanken, die aufgrund der besonders schwierigen und den allgemein gültigen Umständen in dieser für uns alle so noch nicht erlebten Zeit ihre Arbeit unter großem Einsatz leisten, damit die Gesundheitsversorgung funktioniert, damit die Versorgung im Lebensmittelhandel sichergestellt ist, damit die öffentliche Sicherheit in allen Bereichen gewährleistet ist, der Exekutive, dem Österreichischen Bundesheer und allen freiwilligen Einsatzorganisationen, damit auch die älteren Menschen bestens betreut und versorgt werden und auch bei den Kindern, den Schülerinnen und Schülern, die überwiegend zu Hause in ihren Familien die entsprechenden Aufgabenstellungen bestmöglich zu bewältigen haben. Ich möchte mich auch bedanken bei den Institutionen und Interessenvertretungen und der Wirtschaft und den Betrieben, die unter diesen besonderen Bedingungen ihre Arbeit erledigen und natürlich bei allen Ämtern und Behörden und den Verantwortlichen auf allen Ebenen und da stellvertretend auch bei den politisch Verantwortlichen, hier auch stellvertretend beim Herrn Landeshauptmann und seiner Gesundheitsreferentin und allen übrigen Regierungsmitgliedern, die gemeinsam mit den Krisen- und Koordinationsstäben kühlen Kopf bewahren und damit den Menschen Halt und Orientierung geben und die volle politische Handlungsfähigkeit täglich unter Beweis stellen. Auch bedanke ich mich bei den Klubobmännern und dem Obmann der Interessengemeinschaft Team Kärnten für die wöchentliche Abstimmung und Evaluierung der Handlungsnotwendigkeiten im Kärntner Landtag, dies wird auch in Zukunft noch einige Male so notwendig sein. Ich möchte aber natürlich auch – und da gebe ich meiner Hoffnung Ausdruck, da wir mit den derzeit gültigen Regelungen und Maßnahmen natürlich auch vielen Menschen Sorgen bereiten, die arbeitslos geworden sind, die darauf warten, dass sie in ihren Job zurück-

Ing. Rohr

kehren können - möchte auch an alle diese Menschen denken, weil ich denke, das ist aufgrund der aktuellen Entwicklung, was die Arbeitslosenzahlen betrifft, natürlich besorgniserregend und sie brauchen alle Anstrengungen, alle Kraft und den Zusammenhalt aller öffentlichen Bereiche und besonders der Politik, damit auch für sie die Perspektiven in den nächsten Wochen und Monaten wieder so in die Zukunft gerichtet sind, dass sie auch ihren Aufgabenstellungen und natürlich auch ihren Verpflichtungen entsprechend nachkommen können.

Hohes Haus, wir haben in einer Telefonkonferenz und im Einvernehmen mit allen im Landtag vertretenen Parteien für den Ablauf der heutigen Sitzung vereinbart, dass in Abkehr von den Bestimmungen unserer Landtagsgeschäftsordnung heute keine Fragestunde und keine Aktuelle Stunde stattfinden wird. Darüber hinaus wurde vereinbart, dass bereits verhandlungsreife Materien erst auf die Tagesordnung der nächsten Landtagssitzung genommen werden. Für die Bestätigung dieser Vorgangsweise darf ich nunmehr um Ihre Zustimmung bitten, und wer dafür stimmt, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Heute um 09.00 Uhr hat der Rechts- und Verfassungsausschuss getagt, und es liegt nunmehr das Ergebnis dieser Ausschuss-Beratungen als Initiativantrag vor. Da möchte ich mich besonders bedanken beim Leiter des Verfassungsdienstes des Landes Kärnten, Herrn Dr. Primosch, weil er über 14 Tage alle Anforderungen natürlich auch und die letzten Beschlussfassungen im Nationalrat berücksichtigend einen Gesetzentwurf entwickelt hat, das Kärntner COVID-19-Gesetz. Besonders bedanken möchte ich mich auch beim Ausschuss-Vorsitzenden, Abgeordneten Klubobmann-Stellvertreter Andreas Scherwitzl, der in voller Transparenz und zu jeder Zeit zu jedem aktuellen Stand diese Dinge auch entsprechend weiterkommuniziert hat an die einzelnen Vertreter der Landtagsparteien, damit auch alle einge-

bunden waren, um letztlich dieses Gesetz heute beschließen zu können.

Es gibt einen Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zum Selbständigen Antrag des Ausschusses gemäß § 17 Absatz 1 der Kärntner Landtagsgeschäftsordnung betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz, die Kärntner Bauordnung 1996, das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (37. K-DRG-Novelle), die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz, das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz, das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Kärntner Heimgesetz, das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999, das Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetz, das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 (30. K-LVBG-Novelle), das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993, das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz, das Kärntner Schulgesetz, das Kärntner Stadtbeamtengesetz 1993, das Kärntner Tourismusgesetz 2011, das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017, das Klagenfurter Stadtrecht 1998 und das Villacher Stadtrecht 1998 geändert werden, als Sammelgesetz Kärntner COVID-19-Gesetz, mit Gesetzentwurf. Ich darf Sie daher ersuchen, die Tagesordnung mit diesem Punkt zu beschließen. Es ist eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Und damit ist die Tagesordnung gültig. Sie wurde bereits entsprechend vorbereitet und liegt auf Ihren Sitzplätzen auf.

Tagesordnung

Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren, bevor ich den Tagesordnungspunkt auf-

rufe, möchte ich darauf hinweisen, dass die Frist für das Einbringen von Dringlichkeitsanträgen

Ing. Rohr

beziehungsweise –anfragen spätestens in einer Stunde, das wäre um 14.17 Uhr, endet, die entsprechende Behandlung erfolgt dann voraussichtlich nach Erledigung des vorliegenden Tagesordnungspunktes 1.

Der von mir zitierte Initiativantrag mit den entsprechenden Gesetzen, das Kärntner COVID-19-Gesetz hat die:

Ldtgs.Zl. 60-1/32:

Bericht und Antrag des Ausschusses für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung zum selbständigen Antrag des Ausschusses gem. § 17 Abs. 1 K-LTGO betreffend das Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz, die Kärntner Bauordnung 1996, das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (37. K-DRG-Novelle), die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz, das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz, das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Kärntner Heimgesetz, das Kärntner Kinderbildungs- und –betreuungsgesetz, die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999, das Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetz, das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 (30. K-LVVG-Novelle), das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993, das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz, das Kärntner Schulgesetz, das Kärntner Stadtbeamtenengesetz 1993, das Kärntner Tourismusgesetz 2011, das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017, das Klagenfurter Stadtrecht 1998 und das

Villacher Stadtrecht 1998 geändert werden (Kärntner COVID-19-Gesetz) ./ mit Gesetzentwurf

Ich erspare mir noch einmal die Aufzählung und darf dem im Ausschuss gewählten Berichterstatter, Abgeordneten Stefan Sandrieser, das Wort erteilen. Allerdings, bevor ich dem Berichterstatter das Wort erteile, darf ich festhalten, dass die Auflagefrist für den vorliegenden Gesetzentwurf, diese beträgt mindestens zwei Tage vor der Behandlung in zweiter Lesung, nicht eingehalten werden kann, weshalb die Verkürzung dieser gemäß § 20 Absatz 2 Kärntner Landtagsgeschäftsordnung bei Anwesenheit von zwei Dritteln der Mitglieder des Landtages beschlossen werden muss. Weiters ist darüber abzustimmen, dass über den Selbständigen Antrag unmittelbar in die zweite Lesung eingegangen werden soll. Ich darf um Ihre Zustimmung für beide Anträge ersuchen, es ist die einfache Mehrheit erforderlich. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Nunmehr, geschätzter Herr Berichterstatter, hast du das Wort vom Rednerpult aus. Bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Regierungsmitglieder, geschätzte Damen und Herren hier im Kärntner Landtag! Es wurde bereits alles einbegleitet, der Herr Präsident hat bereits gesagt, es geht um die Ldtgs.Zl. 60-1/32, um die Änderung einer Reihe von Gesetzen unter dem Titel „Kärntner COVID-19-Gesetz“.

Ich ersuche um das Eingehen in die Generaldebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Generaldebatte ist eröffnet. Ich darf noch darauf verweisen, dass wir auch in Absprache mit den Vertretern der Landtagsparteien zumindest in der ersten Runde das Rotationsprinzip vereinbart haben nach der Stärke der Landtagsparteien, zum einen und zum Zweiten habe ich

Ing. Rohr

auch gebeten, damit wir da sozusagen die Frequenz zwischen dem Rednerpult, dem Herrn Landeshauptmann und dem Präsidenten-Pult entsprechend verringern, dass die Wortmeldungen schon von den einzelnen Klubs zur Verfügung gestellt werden. Ich werde versuchen, dies in entsprechend geordneter Weise, dem Rotationsprinzip nach Möglichkeit folgend, abzuarbeiten. Als erster Redner zu Wort gemeldet ist der Stellvertretende und heute amtierende Klubobmann, Abgeordneter Andreas Scherwitzl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter Scherwitzl (SPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Mitglieder der Landesregierung! Hohe Beamtschaft! Geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, die mittels Livestream unsere Debatte verfolgen! Es ist heute ein insofern bemerkenswerter und historischer Tag, dass wir als Kärntner Landtag in der Lage waren, in einer außergewöhnlichen Situation, in einer freiwilligen Selbstbeschränkung sozusagen, als einmalige Ausnahme die Anzahl der Mitglieder hier im Landtag zu reduzieren, um die entsprechenden Sicherheitsabstände wahren zu können. Es ist dies keine Selbstverständlichkeit. Es ist eine außergewöhnliche Situation, dass wir in einem einstimmigen Beschluss, nicht nur im Rechts- und Verfassungsausschuss dieses COVID-19-Gesetz vorzulegen übereingekommen sind, die parlamentarischen Prozesse, die unsere Geschäftsordnung vorsieht, abzuändern, nämlich in der Form, dass wir am Vormittag eine Ausschuss-Sitzung hatten und bereits jetzt im Plenum in die Generaldebatte und in die Spezialdebatte, in die zweite Lesung und in die dritte Lesung eintreten. Es ist auch das keine Selbstverständlichkeit.

Aber erlauben Sie mir, bevor ich mich näher inhaltlich zu dem vorliegenden Gesetz äußere, zunächst einmal mich den Worten des Präsidenten anzuschließen: Ich möchte auch von dieser Stelle aus allen Menschen in Kärnten danken, die hier leben, dass sie sich so diszipliniert, einerseits bezogen auf ihr eigenes Verhalten, aber auch so rücksichtsvoll bezogen auf die Mitmenschen verhalten, denn nur so ist es gemeinsam möglich, die Ausbreitung dieser fürchterlichen Epidemie einzugrenzen. Ich möchte von dieser Stelle aus den Dank dem gesamten Gesundheits-

personal, den Ärzten, den Pflegeern, allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Krankenanstalten, in den Ordinationen, bei den Rettungsdiensten, überall, wo medizinische Unterstützung geleistet wird, aussprechen. Ich möchte ganz besonders, auch weil sie eine besonders gefährdete Gruppe zu pflegen und zu betreuen haben, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Pflegeheimen danken. Wenn man den Begriff „Schlüsselpersonal“ für eine Berufsgruppe in Anspruch nimmt, dann glaube ich, sind es die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Pflegeheimen ganz besonders. Aber selbstverständlich sind von diesem Dank alle Beschäftigten der Mobilen Pflege nicht ausgeschlossen. Ich möchte auch allen Freiwilligen danken, als Bürgermeister erleben wir das tagtäglich, die sich bei uns in den Gemeindeämtern melden und ihre Mithilfe anbieten. Wir erleben eine besondere Form von Solidarität und Nachbarschaftshilfe, die eigentlich in den letzten Jahren, in den letzten Jahrzehnten etwas zurückgegangen ist. Und wenn es irgendetwas Gutes gibt an dieser Krisen-Situation, dann ist es vielleicht der Umstand des Zusammenwachsens, der Wert der Gemeinschaft, der wieder neu entdeckt wird. Das sollten wir für die Zukunft mitnehmen, das ist ein besonderes Gut! Ich möchte allen Bediensteten, die für unsere Versorgung verantwortlich sind, ganz besonders danken, nämlich auch, dass sie bereit waren, diesen Versorgungsauftrag aufrechtzuerhalten im Handel, als vor Wochen die Geschäfte tatsächlich gestürmt wurden, als es zu so etwas, das man „Hamsterkäufe“ nennt, gekommen ist, die ihre Arbeit verrichtet haben, ohne, dass ihnen Schutzmasken zur Verfügung gestanden sind. Die für uns da waren, ohne Rücksicht darauf, dass sie infiziert werden könnten und die eigentlich auch mit Menschen konfrontiert waren, die sich in dieser Situation sehr oft sehr rücksichtslos verhalten haben, die die Handelsangestellten gekränkt und beleidigt haben und nicht erkannt haben, dass sie eigentlich für uns alle da sind. Und diesen Menschen gebührt für diese Zeit und für das, was sie während dieser Zeit auf sich genommen haben, ganz besonderer Dank! (*Beifall im Hause.*) Ich glaube, das sollte auch einmal gesagt werden. Der Herr Präsident hat sich bei den Kollegen und Kolleginnen der Landesregierung, beim Landeshauptmann, bei der Gesundheitsreferentin bedankt, aber da stehen auch Menschen dahinter. Diese Menschen sieht man sehr oft nicht, weil sie in der Öffentlichkeit nicht

Scherwitzl

so präsent sind, aber der Koordinationsstab des Landes Kärnten, der geführt wird vom Günther Wurzer, der das letzte Mal dem Landtag für Auskünfte zur Verfügung gestanden ist, leistet hervorragende Arbeit. In der KABEG Wolfi Schantl, der die gesamte Koordination für die Krankenanstalten übernommen hat. Seitens der Landessanitätsdirektion die Dres. Oberleitner und Wallenko an der Spitze, die mit ihrem fachlichen Know-how, mit ihrem Wissen, mit ihren Fähigkeiten nicht nur den Regierungsmitgliedern, sondern in Wahrheit dem ganzen Land zur Verfügung stehen. Von dieser Stelle aus sollen auch diese gewürdigt und bedankt sein! (*Beifall im Hause.*) Wir haben in Kärnten rechtzeitig begonnen mit dem Koordinationsstab. Und wenn es heute heißt, Österreich ist anderen Ländern einen Schritt voraus, dann gilt es für Kärnten ganz besonders. Innerhalb Österreichs ist Kärnten einen Schritt voraus und die Zahlen über Infektionen, über Menschen in Krankenhäusern, über Menschen in den Intensivstationen beweisen das. Und wir können alle nur hoffen, dass unsere Arbeit, die wir gemeinsam leisten, dass dieses Gesetz, das wir heute gemeinsam beschließen werden, dazu beiträgt, dass es in Zukunft auch so sein wird.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich aber nicht verschweigen, denn ich glaube, als Parlamentarier sind wir es uns selbst und der Öffentlichkeit schuldig, den einen oder anderen kritischen Aspekt zu erwähnen in dieser gesamten Krisenbewältigungssituation. Ich möchte nicht vertiefend auf Tirol eingehen, das Krisen-Management vor Ort, die Rolle der Bundesregierung dabei, dazu werden wir noch mehr als genug Zeit haben, aber es muss dennoch gesagt werden: Mit entschlossenerem und mit früherem Handeln, vor allem in Tirol, hätte man tausende Infektionen in Österreich und in ganz Europa vermeiden können. Es wird die Verantwortung für dieses „Versagen“, so nenne ich es, zu klären sein, die juristische und die politische Verantwortung. Wir müssen auf der Hut sein, dass die Corona-Krise nicht zum „HETA“ Tirols wird, wenn ich als Kärntner diese Metapher bemühen darf, und es wird auch letztlich für uns alle darauf ankommen, am Ende des Tages für ganz Österreich und auch für uns Kärntner, gegenüber unserem Nachbar-Bundesland Solidarität mit den Menschen in Tirol zu zeigen, sie werden es brauchen.

Österreich hat in der Bewältigung der Krise entschlossen gehandelt. Es hat einen Schulterchluss gegeben auf Bundesebene zwischen Regierung und Opposition, es gibt ihn auf Landesebene. Und dennoch darf man die Augen nicht davor verschließen, dass das staatliche Handeln hart an der Grenze der Legitimität vortritt. Wie hat es der pensionierte Präsidialchef des Bundeskanzleramtes, Manfred Matzka, formuliert: Es ist der Virus im Maßnahmen-gesetz. Er hat die Bundesgesetzgebung gemeint. Es liegt meines Erachtens an allen Parlamentariern, an National- und Bundesräten, aber auch an uns Landtagsabgeordneten, auf der Hut zu sein, damit mit Ermächtigungsgesetzen am Ende des Tages nicht die Demokratie ausgehöhlt wird. Ich zitiere: „Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch COVID-19 hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung der gesundheitlichen Versorgung, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsleistungen und Bedarfsgegenständen zu treffen. In den zu erlassenden Verordnungen können Geldstrafen festgesetzt werden.“ Zitat-Ende. „Kommt uns das bekannt vor“, schreibt Manfred Matzka in seinem beeindruckenden Gastkommentar im „Standard“ diese Woche. Ist es auch! Es ist der Text des Kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes von 1917, nur die Worte „Krieg“ wurden durch „COVID-19“ und „wirtschaftlich“ durch „gesundheitlich“ ersetzt. Die Folgen sind bekannt, sie führten uns direkt in den Ständestaat, in den Austrofaschismus, an das Ende der Demokratie in Österreich. Sie alle sind historisch gebildet genug, zu wissen, wie es weitergegangen ist. Bei vielen der jetzt ergangenen Verordnungen wird der Verfassungsgerichtshof in wenigen Monaten feststellen, dass sie entweder rechts- oder sogar verfassungswidrig waren. Das permanente Agieren mit Erlässen, also generellen Weisungen an untergeordnete Behörden, ist höchst fragwürdig. Es führt im Ergebnis dazu, dass selbst die Ministerialbürokratie den Überblick verliert – siehe „Oster-Erlass“. Man sollte die Bundesregierung daran erinnern, dass auch die Obersten Organe an das Legalitätsprinzip der Bundesverfassung gebunden sind. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Scherwitzl

Warum funktioniert das System trotzdem? Ganz einfach: Weil die Menschen in unserem Land mündig und vernünftig genug sind, die Empfehlungen der Fachleute zumindest zeitlich befristet einzuhalten. Dort, wo es um die persönliche Freiheit geht, sind sie nicht mehr bereit, mitzugehen, siehe „verpflichtende Handy-App“. Für jeden Demokraten, jede Demokratin gilt es, an Tagen wie diesen ganz besonders auf der Hut zu sein. Wir können den staatlichen Institutionen vertrauen, aber das darf keinen Maulkorb, getarnt im nationalen Schulterchluss für die Opposition, Medien oder Regierungskritiker bedeuten. Wenn man mit Notstandsgesetzen – und diese Formulierung bezieht sich ausschließlich auf die Bundesebene, das Land hat diese Möglichkeit gar nicht – wenn man also mit Notstandsgesetzen Grundrechte außer Kraft setzt, kann man nicht, wie Kanzler Kurz, von juristischen Spitzfindigkeiten sprechen, denn gerade dann kommt es in einem Rechtsstaat auf juristische Präzision an.

Wir haben heute ein sogenanntes „Kärntner COVID-19-Gesetz“ zu behandeln, benannt nach der Virus-Erkrankung, die verantwortlich ist für diese Ausnahmesituation. Wir beschließen das als Kärntner Landtag in einer absoluten Ausnahmesituation, so wie ich das eingangs bereits erwähnt habe. Diese Ausnahmesituationen hat der Kärntner Landtag zuletzt 1918 beziehungsweise 1945 erlebt. Wir erinnern uns, 1918 konnte in Kärnten im Gegensatz zu den anderen Bundesländern nicht einmal die Landtagswahl durchgeführt werden, der Landtag war trotzdem handlungsfähig. Und wir sind heute handlungsfähig, auch wenn wir uns im Konsens auf eine reduzierte Zahl an Abgeordneten verständigt haben. Daher ist es möglich und vertretbar, wenngleich nicht mit der tiefsten inneren Überzeugung, von parlamentarischen Usancen, von den üblichen Verfahren abzuweichen, aber es darf nicht die Regel werden. Wir haben eine umfassende Vorlage zu beschließen, die kein Begutachtungsverfahren durchlaufen hat. Und eine umfassende Sammelnovelle ist aus legislativer Sicht durchaus kritisch zu sehen, das verschweige ich auch gar nicht. Ziel ist es, mit einem straffen parlamentarischen Verfahren, wir beschließen heute 26 Einzelgesetze, 26 Materiegesetze, das hätte bedeutet, wenn man es in anderer Form abgeführt hätte, 26-mal Berichterstattung, daher diese Entscheidung für ein Sam-

melgesetz, mit einem straffen parlamentarischen Verfahren die Anwesenheit und Infektionszeit hier herinnen in diesem Saal für die anwesenden Personen, also für uns selber, für die Landesregierungsmitglieder, für die hohe Beamtenschaft maximal zu reduzieren. Wie gesagt, das ist die Ausnahme, ein Sammelgesetz in dieser Form zu beschließen und wird und darf nicht zur Regel werden.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal meinen Dank an alle Landtagsparteien für diese konstruktive Haltung unterstreichen. Ich darf den Fachabteilungen danken, dem Verfassungsdienst mit Dr. Primosch an der Spitze für die Vorbereitung, die nach bestem Wissen und Gewissen durchgeführt wurde. Wir haben im Rechts- und Verfassungsausschuss heute eine sehr, sehr intensive inhaltliche Diskussion dazu geführt. Das beweist zwei Dinge, nämlich einerseits, dass die Fachbeamtenschaft des Landes Kärnten hervorragende Arbeit leistet und dass die Menschen im Land auch wissen sollen, dass die Parlamentarier, die hier als Volksvertretung in diesem Haus, in diesem Saal für sie sitzen, sich in ihren Fachmaterien auskennen. Wir haben auf sehr hohem inhaltlichen Niveau diskutiert, das nicht immer eine Selbstverständlichkeit ist, ohne Untergriffe, ohne Polemik, immer an der Sache ausgerichtet, am gemeinsamen Dienen, wie es der Auftrag der Volksvertreter ist für die Menschen in diesem Land.

Alle Maßnahmen sind zeitlich befristet, auch das macht es etwas leichter möglich, diese Vorgangsweise zu wählen. Grob zusammengefasst, was behandeln wir in der vorliegenden Gesetzesnovelle: Einerseits wird die Möglichkeit von Videokonferenzen eingeführt, für die Landesregierung, für Aufsichtsratssitzungen der Kärntner Beteiligungsverwaltung, für Gemeinderatssitzungen. Es wird in die Dienstrechte öffentlich Bediensteter eingegriffen, sowohl auf Landesebene als auch Gemeinde-Ebene, indem eine einseitige Anordnung von Erholungsurlaub möglich wird durch den Dienstgeber, also durch die Bürgermeister beziehungsweise durch die Personalverantwortlichen auf Landesebene. Auch das ist keine Selbstverständlichkeit! Und ich möchte an dieser Stelle den Personalvertretungen, den Gewerkschaften herzlich danken und allen Bediensteten des Landes und unserer Gemeinden, dass sie bereit sind, in Solidarität mit den Kolleginnen und Kollegen der Privatwirt-

Scherwitzl

schaft auch diese Maßnahme mitzutragen. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*) Es sind Erleichterungen vorgesehen für die Rauchfangkehrer. Man darf das ja nicht unterschätzen: wir nähern uns zwar jetzt dem Sommer und die Öfen werden stillgelegt, es ist ja keine Heizsaison mehr, aber dennoch ist die Aufgabe und der Dienst der Rauchfangkehrer ein sehr wertvoller, was die Wartung von Heizungsanlagen betrifft, was das Kehren von Kaminen betrifft, nämlich wenn es um die Brandvorbeugung geht, und wir haben hier Erleichterungen im Gesetz beschlossen. Wir haben die Möglichkeit für Gemeinden und Städte und für die Träger von Kinderbildungs- und -betreuungseinrichtungen geschaffen, dass sie die Elternbeiträge von Gesetzes wegen reduzieren dürfen. Damit ist sichergestellt, dass vor allem die Bürgermeister und die Gemeinden nicht in einem gesetzlichen Graubereich agieren müssen, einerseits im Spannungsfeld zwischen der Einhaltung der Gesetze, den Auflagen der Gemeindeaufsicht, auf nichts verzichten zu dürfen und andererseits den Eltern, die zurecht sagen, wenn wir eine Leistung nicht bekommen, sprich wir unsere Kinder ja nicht in die Kinderbetreuungseinrichtung bringen sollen, warum sollten wir dann dafür bezahlen müssen? Gleichzeitig ist das Land selbst so entgegenkommend, dass die Gruppenförderungen im vollen Umfang für alle Betreuungseinrichtungen weiter gezahlt werden an die Gemeinden und an die Träger, denn damit ist sichergestellt, dass diese Einrichtungen auch erhalten bleiben.

Wir haben den Vorrang des vereinfachten Verfahrens vor den Bauverhandlungen, also vor den Ortsaugenscheinen im Bauverfahren – ist auch ein Vorteil. Und wir haben das im Rechts- und Verfassungsausschuss diskutiert, wir haben das so geregelt, unter voller Wahrung der Parteien-Rechte. Es darf nicht mit solchen „Notgesetzen“, wenn Sie mir diesen Begriff erlauben, dazu führen, dass Anrainer-Rechte ausgehöhlt werden, dass Parteien-Rechte untergraben werden. Es ist unsere Aufgabe, in der Rechtsordnung sicherzustellen, dass das auch in Zukunft und egal, in welcher gesetzlichen Formulierung, egal, in welcher Verfahrensart sichergestellt ist. Wir haben Erleichterungen in der Wohnbeihilfe, nämlich sowohl für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, für Pensionistinnen und Pensionisten, die das weniger brauchen werden, denn dort ist ja das Einkommen weiterhin sicherge-

stellt, als auch für Selbständige, für EPU – das war ein Einwand, der von den Kollegen der Freiheitlichen Partei gestern noch artikuliert wurde, wir haben das heute noch eingearbeitet und mit übernommen, ein sehr wertvoller Beitrag, und ich glaube, das beweist auch die Qualität unserer Zusammenarbeit. Und wir haben Unterstützungsmaßnahmen für die Wirtschaft vorgesehen im Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, die subsidiär greifen. Subsidiär bedeutet, dann, wenn aus welchen Gründen auch immer, aus welcher Spezialkonstruktion heraus auch immer Maßnahmen des Bundes nicht reichen.

Zum Schluss kommend, erlauben Sie mir noch, dass ich einen Blick in die Zukunft richte: Die Gesundheitskrise ist noch lange nicht vorüber, es wird keine absolute Sicherheit vor Erkrankung geben, ohne oder bevor es nicht wirksame Medikamente oder eine Impfung gibt. Der Wissenschaftler Tomas Pueyo hat es in einem vielzitierten Artikel oder Beitrag als „the Hammer and the Dance“ – also, den Hammer und den Tanz – bezeichnet. Dieser Beitrag ist auch die Grundlage für das Agieren vieler Regierungen in Europa und weltweit. Den Hammer werden wir bald hinter uns haben, das Herunterfahren des gesamten Systems, um die Epidemie-Spitze abzufachen. Aber abflachen bei der gleichen Menge bedeutet, dass man es strecken muss. Und dieses Strecken bezeichnet er dann als den Tanz. Ich würde eher sagen, es wird ein Tänzeln werden, nämlich ein Tänzeln, ein vorsichtiges Herantasten, was ist möglich, was kann man wieder eröffnen, was kann man wieder in Betrieb nehmen und wie wirkt sich das auf die Infektionsphase aus. Und das wird ein Tänzeln werden über einen längeren Zeitraum, weil aufgrund der Inkubationszeit dieses Virus natürlich nicht sofort und unmittelbar sichtbar wird, wie das Öffnen von Geschäften oder anderen Institutionen sich auswirken wird, welchen Einfluss das auf das Infektionsverhalten haben wird, auf die Krankheitsverläufe haben wird, auf das Gesundheitssystem haben wird, denn all das, was wir hier tun, gemeinsam in Österreich, in Europa, in vielen, vielen Ländern, dient ja dazu, vorzubeugen, dass das Gesundheitssystem nicht überfordert und überlastet wird. Man braucht sich keiner Illusion hinzugeben, das wird nicht in zwei oder drei Wochen erledigt werden, es wird sich dieses Tänzeln, der Tanz über Monate hinziehen. Vor uns steht – oder wir sind mitten drin - eine Wirt-

Scherwitzl

schaftskrise mit einem gewaltigen Konjunktur-Einbruch in ganz Europa, wahrscheinlich sogar der Weltwirtschaft. Das werden wir zu bewältigen haben. Wir werden eine noch nie dagewesene Staatsverschuldung sehen, aber diese Schulden werden irgendwann einmal zurückgezahlt werden müssen. Und ich sage das klar und unmissverständlich, es wird selbstverständlich eines Beitrages jener bedürfen, die es haben und nicht jener, die es brauchen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)* Es hat einen Vorstoß von Vizekanzler Kogler gegeben, eine Erbschaftssteuer einzuführen, es hat den Vorstoß gegeben, eine Vermögenssteuer einzuführen, all diese Maßnahmen werden wohl unumgänglich sein. Und es wird gelten, nach dieser Krise einen deutlichen Schritt hin zu mehr Verteilungsgerechtigkeit zu machen. Wir werden Massenarbeitslosigkeit erleben, die jene der Nachkriegsjahre wahrscheinlich übersteigen wird, in Europa wie in Österreich. Und es besteht die Gefahr von Massenarmut. Es wird an der Politik liegen, auf diese und viele andere Fragen die richtigen Antworten zu geben, aber all das wird weitere staatliche Mittel bedürfen. Es wird juristische Nachschärfungen brauchen, beispielsweise bei der Definition der Risikogruppen und dem Umgang mit diesen, arbeitsrechtlich und sozialrechtlich. Wir werden darüber nachdenken müssen, ob Maßnahmen, die wir in der jüngeren Geschichte gesetzt haben, beispielsweise die Abschaffung des Entgeltfortzahlungs-Fonds, nicht ein brauchbares Instrumentarium wären, um genau eine Maßnahme für diese Risikogruppen setzen zu können und ihre weitere Berufstätigkeit zu ermöglichen, in der Privatwirtschaft genauso wie im öffentlichen Dienst. Es wird sozialrechtliche Verbesserungen brauchen, in der Bedarfsorientierten Grundsicherung, bei der Erhöhung des Arbeitslosengeldes, und es wird eine aktive Arbeitsmarktpolitik brauchen, vor allem auch sehr wahrscheinlich für die Problemgruppe, die wir jetzt schon auf dem Arbeitsmarkt hatten vor der Krise, nämlich die älteren Erwerbslosen. Es wird eine völlige Neujustierung, eine Neuausrichtung des Gesundheitssystems brauchen, nämlich den volkswirtschaftlichen Zweck in den Vordergrund zu stellen und nicht den Sparstift der Betriebswirte. Es herrscht dringender Handlungsbedarf in der Pflege. Es braucht die Absicherung pflegender Angehöriger, die werden ja nirgends erwähnt in der jetzigen Phase und die stehen ihren Mann und ihre Frau, die sind an der Seite

ihrer Familienangehörigen. Und was diese Menschen leisten, sieht man erst jetzt in diesen Tagen. Auch wenn es im Stillen passiert, man wenig von diesen Menschen hört, dürfen wir nicht auf sie vergessen. Es wird ein bisschen mehr Großzügigkeit gegenüber Betreuungspersonen aus dem Ausland brauchen, aus dem osteuropäischen Raum. Mit dem Streichen von Familienbeihilfen kommt man hier nicht weiter. Jetzt Charterflüge zu organisieren, aber bei der Hilfe für die EPU, und diese Betreuungspersonen wurden ja als Ein-Personen-Unternehmen definiert, aber bei der Hilfe dieser EPU jetzt auf ein österreichisches Konto abzielen, um zu verhindern, dass sie eine Stützung aus dem Krisenfonds bekommen, wird mittelfristig nicht funktionieren, ich nenne es einfach zynisch. Es wird eine Neujustierung vieler Bereiche unseres Wirtschafts-, Arbeits- und Gesellschaftslebens brauchen. Und es wird länger dauern als ein paar Wochen Ausgangsbeschränkungen. Wir müssen auf der Hut sein, das habe ich heute bereits mehrmals ausgeführt, keine Massenverelendung zuzulassen, weder in Österreich noch in Europa. Und wir werden die Augen für die Welt wieder öffnen müssen. Auch wenn wir glauben, mit geschlossenen Grenzen können wir irgendjemanden schützen, müssen wir letztlich in der Realität erkennen, dass das Gegenteil der Fall ist. Das Virus kennt höchstens medizinische, aber sicher keine staatlichen Grenzen. Es wird ein Mehr an Gerechtigkeit und Solidarität brauchen, überall und in allen Bereichen unseres Zusammenlebens.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen haben wir ein starkes Band des Zusammenhalts, der Solidarität gesehen. Dieses Band wird manches Mal in diesen Tagen schon wieder schmaler. Wir dürfen nicht zulassen, dass es reißt. Wie hat unser Bundespräsident gesagt: *Wir schaffen das!* *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächstem Redner darf ich dem Klubobmann Mag. Gernot Darmann von den Freiheitlichen das Wort erteilen.

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident, für das erteilte Wort! Werte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren zu Hause, die Sie diese Sitzung verfolgen! Ja, ich bin auch recht dankbar, um gleich dieses Wort heranzuziehen, dass der Kollege Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl mir das eine oder andere auch inhaltlich aufgelegt hat, nicht nur als Vorsitzender des Rechts- und Verfassungsausschusses, sondern auch als diplomatischer Kritiker der Maßnahmen der Bundesregierung. Ich werde als Freiheitlicher etwas weniger diplomatisch sein, weil ich mir zwar durchaus auch von den zuständigen Ministerien eine Maske verordnen lasse, aber nicht den Mund verbieten lassen werde. Ich glaube, dass das auch ganz wichtig ist, dass es weiterhin erlaubt ist, den Hausverstand, das eigene Hirn einzuschalten bei der Umsetzung von notwendigen Maßnahmen für die Bevölkerung, aber auch gleichzeitig, wenn man das Hirn einschaltet, sicherzustellen, dass sich einerseits der Gesundheitsschutz auf der einen Seite für die Risikogruppe und auf der anderen Seite der Erhalt unserer Wirtschaft nicht gegenseitig ausschließen dürfen. Ich glaube, dass das eine sehr wichtige Erkenntnis ist, die in den letzten Wochen, ja sogar schon Monaten nicht in Wien in Richtung Bundesländer gelebt wurde. Und es möge mir eingangs erlaubt sein, das auch festzuhalten, durchaus mit ruhiger Stimme, aber mit kritischem Ansatz. Das auch deswegen, weil heute die Dankbarkeit angesprochen wurde gegenüber all jenen Bürgern, die sich an die Maßnahmen halten, an all jene Personen, die an vorderster Front gegenüber diesem Virus auftreten und versuchen, eine Epidemie dieser Art und Weise zumindest in Grenzen zu halten. Diese Dankbarkeit lässt sich aber viel besser in Taten darstellen als in Worten. Und diese Taten sind nach wie vor seit vielen, vielen Wochen, insbesondere seitens der Bundesregierung zu vermissen. Ich muss es hier an dieser Stelle vorweg eingangs gesagt haben, denn wenn ich mir wirklich den Kopf zerbreche und beinahe alltäglich mit der Ärzteschaft, aber auch mit Pflegekräften in Kontakt bin - keine Sorge, nicht im persönlichen, sondern im telefonischen und digitalen Kontakt - dann ist es zum Haare raufen, dass bis zum heutigen Tag österreichweit, aber leider auch in Kärnten eine Unterversorgung mit Schutzausrüstung in der notwendigen Anzahl

und Qualität im Gesundheits- und Pflegebereich gegeben ist. Und das, obwohl uns dieser Virus seit Jänner verfolgt, wir als Freiheitliche auf diese Problemstellung und auf die notwendige Vorsorge in diesem Bereich der Schutzausrüstung seit Ende Jänner, Anfang Februar hingewiesen haben, zum damaligen Zeitpunkt all jene, die sich jetzt in den Medien großartig brüsten mit zwei, drei, vier Pressekonferenzen am Tag auf Bundesebene damals gesagt haben, alles egal, das passt schon alles, das werden wir schon alles machen, haben wir alles vorrätig, verschenken wir auch noch recht viel von unserer Schutzausrüstung ins Ausland, alles kein Problem und jetzt auf dem Weltmarkt immer wieder auch in Pressekonferenzen zugeben müssen, kaum oder zumindest nur manchmal Schutzausrüstung irgendwie aus China nach Österreich importieren zu können. Das ist meines Erachtens ein Punkt, den wir ansprechen müssen, weil wir aus Fehlern der Gegenwart und der letzten Wochen für die Zukunft lernen müssen. Und ich habe es auch heute bereits im Rechts- und Verfassungsausschuss mehrfach angesprochen: wer sagt uns denn - und ich will nicht den Teufel an die Wand malen, und Gott bewahre uns davor - dass nicht eine nächste Welle nach einem Abebben dieser Epidemie uns wieder erfassen wird und dann in diesem Bereich das Gleiche wieder von vorne losgehen wird, ja, ja, wir werden schon machen, wir werden schon wieder neue Schutzausrüstung bestellen und die gleiche Unterversorgung weitergelebt wird und vielleicht sogar durch verantwortungslose Politiker, wo auch immer, durch welche Partei auch immer, schöngeredet wird. Ich glaube, dass das hier und heute auch der richtige Moment ist, um diese Kritik ganz klar auch anzubringen! Das war der erste Punkt, die Unterversorgung, und ich gehe davon aus, dass unser Gesundheits- und Sozialsprecher das Thema Pflegebereich noch viel stärker ansprechen wird, unser Harald Trettenbrein.

Das Zweite, der Wirtschaftsbereich: Auch das muss gestattet sein, hier und heute anzusprechen, wenn wir sehen, welche Entwicklung mit dem Wirtschaftsbereich auch der Arbeitsbereich in Österreich geht. Durch das bewusste - ich unterstreiche das! - durch das bewusste Abgehen eines geltenden Gesetzes, nämlich des Epidemiegesetzes, welches eine umfassende Schadensabgeltung in allen Bereichen im Zuge dieser

Darmann

Corona-Krise möglich gemacht hätte, nämlich aller Betroffenen, hat man der Wirtschaft nicht nur massiven Schaden zugefügt, den Unternehmen massiven Schaden hinterlassen, sondern gleichzeitig den Arbeitnehmern ein Riesenproblem aufgemacht. Schauen wir uns die Entwicklung an: Arbeitslose oder in die Kurzarbeit geschickt zu werden, das heißt, in diesem Bereich tut sich so viel, und wir sind hier nicht am Ende der Fahnenstange. Diese hunderttausenden, nämlich mittlerweile 600.000 Arbeitslosen und mehr, die vielen hunderttausenden in Richtung Kurzarbeit, das wird doch nicht das Ende jetzt gewesen sein. Es wird uns noch mehr erwischen, wenn wir hier nicht notwendiger Weise entgegensteuern und endlich eine Gegenstrategie entwickeln. Jetzt ist das eine oder andere schon wieder angekündigt worden auf Bundesebene, und Gott sei Dank, sage ich auch, dass hier bei entsprechenden Sicherheitsvorkehrungen, das war unser Vorschlag, für den wir sofort belächelt worden sind, auch die Wirtschaft wieder Luft zum Atmen bekommt und Geschäftszweige wieder öffnen können. Aber auch dort ist man wieder so intransparent an die Öffentlichkeit herangetreten, dass Branchen, die miteinander vergleichbar sind, unterschiedlich behandelt werden. Auch das ist kein Zugang, den wir der Bevölkerung, aber vor allem der Unternehmerschaft, die ja Arbeitnehmer hat, sichern - und bis jetzt auch entsprechend bezahlt hat -, zumuten können. Auch das muss hier und heute erlaubt sein, als Kritikpunkt anzuführen, denn ich hoffe doch, dass das eine oder andere zumindest über Medienkanäle auch in Richtung Bundesregierung vermittelt wird, wenn man uns auch sonst schon nicht wirklich seitens der Bundesregierung zuhören will. Deswegen muss ich auch eines sagen, weil vorher der Schulterchluss auf Bundesebene zwischen Bundesregierung und Opposition angesprochen wurde, ich traue mich hier zu sagen, dass dieser Schulterchluss so interpretiert wurde, nämlich von einer Seite, nämlich Regierungsseite, dass es eigentlich zum Augenschließen bei Problemstellungen in Österreich führen sollte, seitens der Opposition, dass man wegschaut, dass man schönredet und alles positiv mitbegleitet. Aber so kann es auch nicht sein, werte Damen und Herren, dafür haben wir eine ganz andere Verantwortung gegenüber unseren Bürgern, gegenüber dem Souverän, dem wir als Dienstleister zur Verfügung stehen. Und auch das sollte man einmal „behirnen“, wenn man in

der Verwaltung tätig ist, in der Regierung, in welchem Bundesland oder in der Bundesregierung auch immer oder in der Gesetzgebung, wir sind Dienstleister am Volk. Und das Volk hat sich nicht nur Transparenz, sondern auf der anderen Seite auch klare Maßnahmen zum richtigen Zeitpunkt zu erwarten.

Da kommen wir zum nächsten Punkt meiner Kritik, der eingangs auch erwähnt werden muss: das ist der leise, aber dennoch wahrzunehmende Zug der Bundesregierung, Österreich zu einem Überwachungsstaat zu machen. Auch wenn man da und dort wieder zurückgerudert hat, insbesondere seitens des Nationalratspräsidenten Sobotka, was die verpflichtende Installation eines Überwachungs-Apps betrifft, es ist unbestritten eine Bewegung im Gange, die zwar großartig als Big Data umschrieben werden kann, damit keiner so schnell darauf kommt, was es eigentlich heißt, aber nichts anderes ist als ein Weg hin, der beschritten werden soll durch staatliche Instanzen zu einem Überwachungs- und Bespitzelungsstaats unserer Bürger. Und das wird auch mit Freiheitlichen nicht gehen, auch da werden wir weiterhin den Mund aufmachen, vielleicht sogar mit vorgezogener Gesichtsmaske. Verstehen wird man uns mit unserer Kritik.

Und der nächste Punkt, der heranzuführen ist, ist ebenso der Bereich, der hier im Schatten dieser Corona-Krise auf die Bürger wieder abgeladen wurde. Und ich spreche hier nur Ossiach und Villach-Langauern im Kärntnerland an. Es gibt andere Asyl-Großquartiere in ganz Österreich, die jetzt im Schatten dieser Corona-Krise vielleicht mit neuen, vielleicht bereits mit Asylwerbern, die seit ein, zwei Monaten in Österreich sind, beschickt wurden, und das noch dazu mit der Argumentation des Innenministeriums, und alleine diese Argumentation muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, dass man gegebenenfalls, falls irgendwo in einem Asylquartier eine Epidemie ausbricht und der Corona-Virus dort Leute infiziert hat, andere Leute schnell wegbringen muss. Ich sage, wie kann man nur eine solche Argumentation wählen, aus Quartieren, wo sich bereits der Virus eingeschlichen hat, dann diese Personen auf andere Bereiche in Österreich zu verteilen, wo es noch keinen Virus gibt. Das heißt, man trägt bewusst dieses Risiko auf dem Rücken der Bevölkerung quer durch Österreich und meint, dass die Bevölkerung

Darmann

ruhig sein wird in den betroffenen Gemeinden und sich alles gefallen lässt. Man hat gesehen, zu welcher Aufregung das geführt hat, nicht nur in Kärnten, auch in der Steiermark und in anderen Bundesländern, wo ruchbar geworden ist, welche Quartiere aufgemacht wurden und aus welchen Beweggründen man diese Asylwerber dorthin gebracht hat: um sich vor einem Virus zu retten, der bereits in ihrem bestehenden Quartier war. Man muss sich das einmal vorstellen! In unseren Kasernen wird die Kaserne sofort zugemacht, wenn ein Infektionsverdacht dort ist und dann kommt kein Bundesheerler mehr aus dieser Kaserne raus, mit einem guten Grund, dass er gegebenenfalls, sollte er auch schon angesteckt worden sein, keine anderen mehr anstecken kann. Der Innenminister lässt die alle durch ganz Österreich führen und hofft, dass dort keine Ansteckung mehr passiert und dass sie davor noch nicht angesteckt worden sind. Ist das weise! Ich sage, nein! Ich sage, das ist verantwortungslos und die Bevölkerung hat sich dort zu recht aufgeregt. Und jetzt bin ich aber schon fertig, was die Verantwortung oder vielleicht noch die Verantwortungslosigkeiten der Bundesregierung in den letzten Wochen und Monaten betrifft. Die Kritik, die hier zu äußern ist, habe ich angebracht und die werde ich mir auch nicht nehmen lassen, insbesondere aufgrund der Tatsache, da mir einer etwas niemals unterstellen kann: dass ich nicht auch Verwandte habe in älterer Generation, um welche ich mir Sorgen mache – meine Eltern. In diesem Bereich braucht keiner parteipolitisch dann irgendwo daherkommen und zu sagen, ihr kritisiert leicht, weil euch liegt es eh nicht an der Gesundheit der Bürger und man könne immer alles schlechtreden, aber so ist es nicht. Gerade wenn man diese Verantwortung lebt und wenn man weiß, dass man in der eigenen Familie – nicht nur dort, aber auch dort – entsprechende Verantwortung zu leben hat, auch ich natürlich auf Distanz bin zu meinen Eltern, auch meine Kinder, ihre Enkel, die Großeltern nicht sehen können, dann ist diese Verantwortung wohl hoffentlich für jeden von uns glaubwürdig, aber das bringt mit sich, dass Fehlentwicklungen angesprochen werden müssen, um diese ehest abzustellen, um für unsere Bürger in Österreich etwas weiterzubringen.

Und jetzt landen wir damit sehr wohl auch im Land Kärnten beim Sammelgesetz. Und ich bin

hier dankbar auch hinsichtlich der Gesprächsbasis, die es hier gegeben hat, unter allen im Landtag vertretenen Fraktionen. Im Vorfeld – Präsident Rohr hat es bereits angesprochen – hat es eine, wenn man es so will, telefonische Präsidiale gegeben, wo wir uns abgestimmt haben über den Ablaufplan dieser Sitzung. Und ich habe dort von meiner Seite aus und seitens des Freiheitlichen Landtagsklubs klargemacht, dass ich keine Sammelgesetzgebung im Sinne eines „Nötigungsgesetzes“ wie im Nationalrat haben möchte, wo man querbeet eine Abstimmung macht unter dem Motto, „Friss oder stirb“, entweder allem zustimmen kann oder eben gegen alles sein kann, aber es nicht möglich ist, in den Einzelpunkten auch entsprechend, wenn notwendig, wenn inhaltlich auch begründbar, andere Abstimmungsverhalten an den Tag zu legen. Wir haben uns darauf verständigt, es ist entsprechend umgesetzt und heute wird auch artikelmäßig abgestimmt, um die Einzelgesetze zu werten. Ich sage aber auch dazu, dass wir heute im Rechts- und Verfassungsausschuss den einen oder anderen von uns aufgeworfenen möglichen Kritikpunkt auch ausräumen konnten durch entsprechende Diskussion und Befragung der Auskunftspersonen, darüber hinaus aber sehr wohl nach wie vor Handlungsbedarf in einigen Punkten bestanden hat, wo wir als Freiheitliche auch begründet im Sinne einer konstruktiven Verantwortung für unser Land, für unsere Bürger, aber auch für eine konstruktive Oppositionspolitik gesagt haben, wir werden zwar zustimmen, aber ersuchen auch alle, in sich zu gehen, ob nicht eine Verbesserung dieses jeweiligen Gesetzestextes, wie er vorliegt und abgestimmt wird, durch einen Zusatzantrag von den Freiheitlichen möglich ist.

Und wir werden diese Zusatzanträge entsprechend stellen, insbesondere zum Kärntner Heimgesetz, wo es darum geht, auch wie bei den Kärntner Krankenanstalten Notquartiere in einem vereinfachten Bewilligungsverfahren errichten zu können. Unserer Meinung nach haben zu pflegende Klienten in den Heimen keine Notwendigkeit, in Krankenanstalten, sollen es auch Notquartiere sein, verlegt zu werden, sondern wenn es hier auch notwendige Notquartiere im Bereich der Heime geben soll, die vereinfacht errichtet werden sollen, dann hat auch diese entsprechende Regelung hier abgebildet zu werden. Das haben wir auch als Zusatzantrag angeführt

Darmann

und bereits abgegeben. Und ein weiterer Punkt betrifft – und da sind wir uns nicht ganz einig mit der Gesundheitsreferentin, aber es soll so sein, das ist halt der unterschiedliche Zugang zur Thematik, dass wir in der jetzigen Phase, aber auch in jeder künftigen Epidemie-Phase davon ausgehen, dass es nur verantwortungsbewusst seitens der Politik ist, rechtlich eine Vorkehrung dafür zu treffen, dass es keine Vor-Ort-Kontrollen durch echte Menschen in einem abgeschlossenen System eines Heimes beispielsweise gibt, wo dort unsere höchsten Risikopersonen verbunden in einem Heim praktisch situiert sind und diese natürlich auch virusfrei gehalten werden sollen. Es versteht doch niemand, dass für ein einfaches Gespräch zwischen dem Land Kärnten in einer Kontrolle und einem Pflegeleiter eines Seniorenheimes über die Thematik der Einhaltung von Schutzmaßnahmen und wie der ganze Pflegeablauf ist, tatsächlich eine externe Person dort hinfahren muss und das noch dazu in der höchsten Epidemie-Phase, um dort vor Ort mit dieser einen Person zu reden, die natürlich ein Restrisiko hat, dass ein Virus eingeschleppt wird, um dieses Virus dann als Pflegeleiter den Pflegern und schlussendlich den Klienten weiterzugeben. Das ist nicht notwendig! Derzeit sieht aber das Gesetz, nämlich das Kärntner Heimgesetz keine Regelung in der Art vor, dass diese digitalen Kontrollen auch jederzeit machbar sind. Das haben wir extra auch in dieser Sammelgesetzgebung in vielen anderen Bereichen – die digitalen Konferenzen – wortwörtlich eingeführt, und wir sehen auch die Notwendigkeit nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft, das gleich jetzt dingfest zu machen und die rechtliche Grundlage für diese digitalen Kontrollen auch zu finden. Ich weiß, die Kollegin Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner in ihrer Funktion als Sozialreferentin sieht das noch etwas anders, meines Erachtens wäre es aber dennoch nur im Sinne schlussendlich der Klienten und der zu schützenden Personengruppe, diese Möglichkeit der digitalen Kontrolle auch durchzuführen. Das von unserer Seite, diese Zusatzanträge wird es heute geben.

Wir haben uns aber auch darauf verständigt, und das scheint mir auch wichtig zu sein, weil wir gestern scheinbar medial etwas aneinander vorbeigeredet haben, dass es im Bereich der Heimhilfe und der Heimhelfer, die in Kärnten vorhanden sind, eine rechtliche Notwendigkeit gibt,

ihnen auch ein freiberufliches Arbeiten möglich zu machen. Wir haben derzeit in der geltenden Rechtslage des Landes Kärnten ein wortwörtliches, schwarz auf weiß abgebildetes Verbot der freiberuflichen Tätigkeit der Heimhilfe. Und ich weiß auch, und das sei hier auch für das Protokoll erwähnt, dass eine Heimhilfe niemals eine Pflegeleistung am Klienten abhalten könnte, aber Haushaltstätigkeit entsprechend durchführen und ersetzen. Und wenn wir diese Möglichkeiten haben, auf viele hunderte, wenn nicht sogar tausend derzeit noch nicht im Angestellten-Verhältnis befindliche Heimhelfer zuzugreifen, muss es doch in unserem Sinne sein, keine Probleme, sondern die Problemlösung zu suchen und gemeinsam – und das hat dann heute auch einstimmig, wenn man es so will, der Ausschuss als Arbeitsauftrag an die Sozialreferentin mitgegeben – auf Bundesebene dafür Vorkehrungen zu treffen, dass dieses Einsetzen der Heimhilfe in Kärnten, aber auch in anderen Bundesländern praktisch für den Ausfall von 24-Stunden-Betreuungskräften auf der anderen Seite möglich sein wird. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*) Ich glaube, dass das wichtig ist, werte Damen und Herren, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, weil es hier, wenn man so will, es ist zwar ein kleines Türkl, aber es ist ein Notausgang im Hinblick auf die Thematik, die uns Mitte des Monats, spätestens eine Woche später einholen wird, nämlich dass 24-Stunden-Betreuungskräfte nach und nach unser Österreich verlassen werden und aufgrund der restriktiven Maßnahmen auch in ihren Heimatländern vermutlich kaum noch einen Willen haben werden, wieder zurück nach Österreich zu kommen, um dieser 24-Stunden-Betreuung nachzukommen. Und wir haben hier 1.600 Klienten beziehungsweise betroffene Familien allein in Kärnten, die hier natürlich einen Ersatz in der Betreuung brauchen. Und wenn ich schon bei diesem Ersatz bin, möchte ich eine weitere Anregung hier einbringen, und auch da wäre die Sozialreferentin höflich aufgefordert, das mit der Bundesregierung zu regeln, nämlich dass es auch in Hinkunft, in der Anerkennung der Angehörigen in der Betreuung ihrer Familienmitglieder nach Wegfall der 24-Stunden-Betreuung sehr wohl weiterhin die Förderung durch den Bund gibt. Sobald die Betreuungskraft, die zurzeit zum Großteil aus dem Ausland kommt, in der 24-Stunden-Betreuung die Tätigkeit aufgibt, wird die Förderung für diese Tätigkeit eingestellt, selbst wenn man in

Darmann

diesem Bereich Alternativlösungen im Angehörigen-Bereich oder in der Familie sucht. Und da braucht es entsprechende Notwendigkeiten, aber ich glaube, auch das wird noch unser Sozialsprecher, Harald Trettenbrein, noch einmal betonen und ausführen, denn es ist auch sein Leib und Leben-Thema, in dem Bereich ist er sehr firm und hat sich entsprechend eingebracht, und das ist eine Möglichkeit, dieses Thema für ganz Österreich positiv zu lösen.

Werte Damen und Herren, da bin ich aber immer noch nicht am Ende meiner Ausführungen, denn zwei Punkte gehören mit Blick in die Zukunft noch angesprochen. Alles was wir jetzt besprochen haben, betrifft die unmittelbare Gegenwart, kritisch gesehen, vielleicht sogar die letzten Wochen und vielleicht auch die zwei Monate, die wir schon hinter uns gebracht haben, auch die nahe Zukunft, aber wenn wir eine Krise betrachten, sollen wir nicht in dieser verharren, auch in unserem politischen Denken nicht, sondern einen Blick darüber hinaus und in die Zukunft werfen. Die nahe Zukunft sagt uns, nicht nur uns Freiheitlichen, sondern vielen Eltern, dass der Sommer naht. Und wenn jetzt viele Elternteile, Alleinerziehende, vielleicht auch beide Eltern von Kindern in unserem Land aufgrund dieser Corona-Krise in Kurzarbeit geschickt worden sind oder vielleicht sogar jetzt aufgefordert worden sind, ihren gesamten Resturlaub aufzubrauchen, dann können wir alle hoffen, dass Richtung Sommer hin die wirtschaftliche Lebensfähigkeit sich etwas verbessern wird. Das heißt aber in weiterer Folge, dass jene, die jetzt ihren Urlaub aufzubrauchen gehabt haben, im Sommer keinen Urlaub mehr haben werden und jene, die in Kurzarbeit bisher waren, im Sommer sicherlich nicht gleich wieder Urlaub nehmen können. Und dann kommen wir zu jenen Gemeinden, die es bisher noch nicht geregelt haben, dass es im Sommer eine Betreuungsüberbrückung – das ist meistens der Monat August – gibt in der Kinderbetreuung für die Kindergartenkinder, auch für die Volksschulkinder, und die Landespolitik, aber auch die Bundespolitik wird sich hier irgendwie darauf verständigen müssen, dieses Loch, diese Lücke in der Kinderbetreuung im Sommer bereits jetzt durch die entsprechenden Maßnahmen in Angriff zu nehmen, nämlich in der Art, dass die Eltern wissen, im Sommer ist Verlass darauf, dass hier auch querbeet durch Kärnten, aber es wird auch hier wieder alle Bun-

desländer betreffen, die Kinder gut und sicher betreut sind, während sie ihrer hoffentlich dann wieder gegebenen Arbeit in der Wirtschaft nachgehen können. Das ist ganz, ganz wichtig! Ich weiß wohl, auch wenn manche Bürgermeister jetzt hinter der Maske versteckt sind, dass viele – oder nicht viele, aber doch einige Gemeinden das bereits geregelt haben, dass auch durch finanziellen Mehraufwand immer im Sommer eine Betreuung sichergestellt ist, aber die meisten Gemeinden haben das nicht getan, vielleicht auch aus finanziellen Erwägungen, weil sie es sich auch nicht leisten können und deswegen einen Rückhalt des Landes, insbesondere auch des Bundes brauchen.

Und schlussendlich, wenn ich den Blick in die Zukunft wage, wird es auch notwendig sein, aber das wird auch von unserer Seite her ein Bürgermeister sicherlich noch näher beleuchten, vielleicht auch ein Stadtrat, nämlich Christoph Staudacher, in weiterer Folge dafür zu sorgen, dass es in Zukunft auch seitens des Bundes, wieso nicht auch fürs Land, einen entsprechend dotierten Topf gibt, der ein Investitionsprogramm für die Gemeinden, aber auch ein Regionalförderungsprogramm möglich macht. Denn es wird notwendig sein, auch wieder mit Blick in die Zukunft, so schnell wie möglich Geld, nämlich vernunftbegabt in unsere Wirtschaft zu pumpen. Und das bringen am effizientesten die Gemeinden vor Ort zustande, aber auch das Land Kärnten durch entsprechende investive Maßnahmen. Nur, dazu brauchst du einmal das Geld, und ich sage, da wird auch der Bund in Verantwortung sein, diese Töpfe bereitzustellen, einerseits direkt in Richtung Gemeinden, andererseits aber auch in Richtung hier bei uns, Bundesland Kärnten, um mit Investitionen die Wirtschaft anzutreiben und damit Arbeitsplätze wieder erneut über die Wirtschaft, über unsere Unternehmer festzumachen.

Geschätzte Damen und Herren, das heißt, insgesamt darf ich zusammenfassen, es ist nicht alles Gold was in Pressekonferenzen glänzt, wir haben als Freiheitliche Partei in vielen Bereichen uns äußerst konstruktiv eingebracht, um hier noch nicht geregelte Maßnahmen auf den Weg zu bringen und das im Sinne des Kärntnerlandes und unserer Gemeinden, hinter denen schlussendlich überall Menschen stehen, und wir haben uns auch, wie ich meine, in einer konstruktiven Auseinandersetzung im Ausschuss in den meis-

Darmann

ten Themenstellungen gefunden. Das ist eine Qualität der Auseinandersetzung, die hoffen lässt, dass vieles andere in Zukunft, sollte das uns da und dort noch peinigen, noch gemeinsam „zum derheben“ ist. Fakt ist aber auch, und da sind wir alle gefordert, dass wir nicht immer alles was beispielsweise auch aus Wien uns vorgelegt wird, abnicken, sondern hinterfragen und dass dieses Hinterfragen zulässig sein muss. Das erwartet sich die Bevölkerung, die kriegt meistens eh selbst eine aufs Dach, medial ausgerichtet über die Zeitungen durch die Hohe Politik in Wien, auf der anderen Seite auch im Sozialen Medien-Bereich, wo sich schon kein Bürger mehr in vielen Bereichen traut, den Mund aufzumachen. Aber dafür braucht es umso mehr die Volksvertreter, die dieses Wort auch leben und dass sie dort auch die Kritik anbringen, wo sie anzubringen ist und wenn es notwendig ist, auch mit der notwendigen Lautstärke. Dafür sind wir auch gewählt worden, nicht alles schönzureden, sondern für die Bürger entsprechend gescheit zu entscheiden. Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächsten Redner darf ich dann dem Klubobmann Mag. Markus Malle das Wort erteilen, wobei ich darauf verweise, dass wir um 13.17 Uhr eine Dringlichkeitsanfrage der Freiheitlichen bekommen haben und ich spätestens (*Klubobmann Darmann: Machen wir es gleich.*) – Gleich.

Ldtgs.Zl. 60-2/32:**Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Bewältigung der COVID-19-Krise in Kärnten**

Herr Klubobmann Darmann, wenn es einen Redner zur Begründung der Dringlichkeitsanfrage gibt – machst du es selbst? Dann erteile ich dir gleich das Wort zur Begründung der Dringlichkeitsanfrage und unterbreche dafür die Generaldebatte. Ist erledigt, danke! Du hast das Wort, ich verweise auf drei Minuten Redezeit.

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Jetzt springen wir zur Dringlichkeitsanfrage. Auch das war mir wichtig im Vorfeld dieses heutigen Landtages, sicherzustellen, dass wir auch mittels dringlicher Maßnahmen im Falle des Falles auf die Landesregierung zugreifen können. In diesem Fall geht es natürlich um die Gesundheitspolitik im Land Kärnten, um das Herstellen entsprechender Transparenz nicht nur gegenüber den Bürgern, sondern bei dieser Dringlichkeitsanfrage auch gegenüber den Gesundheits- und Pflegeberufen, die sich hier in vielen Bereichen leider nach wie vor verlassen fühlen. Ich habe das vorhin mit Maßnahmen oder nicht rechtzeitig oder nicht umfassend gesetzten Maßnahmen des Bundes erklärt, selbiges scheint aber auch in vielen Bereichen das Land Kärnten in seiner Eigenverantwortung zu treffen, wenn es darum geht, unsere Betreuer, unsere Pfleger im Stationären, aber auch im Mobilen Pflegebereich, aber genauso im Medizinischen Bereich entsprechend mit Schutzausrüstung auszustatten, um das einmal grob zu formulieren in der Kürze der Zeit, die mir für diese Begründung bleibt. Geschätzte Damen und Herren, werde Regierungsmitglieder, aber insbesondere geschätzte Gesundheitsreferentin, ich habe selbst durch viel Kontakt mit der Ärztekammer, mit der Ärzteschaft kommuniziert bekommen, dass die Ärztekammer natürlich davon abhängig ist, Schutzausrüstung auch über das Land, über die Landesverantwortung zugeteilt zu bekommen, da ich selber auch einen Kontakt vermitteln wollte, um umgehend innerhalb von wenigen Tagen – und das schon vor Wochen – Schutzausrüstung in höchster Qualität und in entsprechenden Mengen über Shanghai nach Kärnten bringen zu können. Dieses Angebot ist aber nur in einem kurzen Telefonat scheinbar auch seitens des Landes Kärnten mit dem Unternehmer aus Kärnten besprochen worden, es gibt scheinbar mehrere solche Angebote in Richtung Land Kärnten, mir hat man aber immer kommuniziert, man ist eh mit dem Bund in Verbindung, der Bund wird alles sicherstellen, der Bund wird zuteilen und wir werden beliefert. Das ist die eine Seite der Ankündigungen. Die andere Seite ist, wir haben den Pflegebereich, wir haben den Gesundheitsbereich, wir haben die Mediziner in den Ordinationen, wir haben die Mediziner in den Krankenanstalten, wir haben die Pfleger im Mobilen Dienst, wir haben

Darmann

die Pfleger im Stationären Bereich, wir haben die 24-Stunden-Betreuer und alle warten auf Schutzausrüstung. Ob es die Schutzmasken sind mit entsprechender Güte, um auch im Gesundheitsdienst damit tatsächlich arbeiten zu können, ob es Einweg-Mäntel sind, nicht Kunststoff-Schürzen, ärmellos, die derzeit in Verwendung befindlich sind, ob es Handschuhe sind (*Vorsitzender: Halbe Minute noch!*) – Dankeschön! – an allen Ecken und Enden fehlt es und seit Wochen wäre es möglich gewesen, in Eigenverantwortung auch Schutzausrüstung anzukaufen, zu besorgen und auszuteilen. Und ich glaube, das ist es notwendig, entsprechend mit der zuständigen Gesundheitsreferentin hier im Zuge einer dringlichen Anfrage zu besprechen, da viele Fragen an uns herangetragen wurden, die wir in dieser dringlichen Anfrage zusammengefasst haben. Wir haben diese gestern bereits der Gesundheitsreferentin zukommen lassen, um sie nicht heute kurzfristig zu überfallen. Ich glaube, auch das gebietet der Anstand in einer solchen Phase, und danke schon jetzt im Vorfeld für die Zustimmung zur Dringlichkeit. Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren, ich lasse über die Zuerkennung der Dringlichkeit zu dieser Dringlichkeitsanfrage abstimmen. Wer dafür stimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Dann wird diese Dringlichkeitsanfrage auch am Ende der Tagesordnung entsprechend beantwortet werden.

Und ich darf nunmehr die **Generaldebatte zum Tagesordnungspunkt 1** wiedereröffnen und dem Klubobmann Markus Malle das Wort erteilen.

Klubobmann **Malle** (ÖVP):

Zuerst einmal, lieber Gernot, danke vielmals, ich bin nicht gewohnt, dass jemand vor mir herputzt, aber trotzdem danke vielmals, dass du es gemacht hast, das war super! (*Erwiderung von Klubobmann Darmann.*) – Das haben wir 2013 bis 2018 gemacht, ich weiß, was das heißt!

Sehr geehrte Damen und Herren zu Hause! Hohe Regierungsbank! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir kommen in herausfordernden Zeiten zusammen. Ich denke, es waren die letzten Wochen für jeden Einzelnen herausfordernd und spannend, sowohl beruflich wie auch privat. Beruflich sowohl für die Firmeninhaber, die sich den Kopf darüber zerbrochen haben: kann ich wieder aufsperrn, wann kann ich wieder aufsperrn, wie zahle ich meine Mitarbeiter, wie kann ich meine Liquidität aufrechterhalten. Aber auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich Gedanken darüber machen, ob ihr Job erhalten bleibt, wie das mit der Kurzarbeit ist, wie sie mit dem Arbeitslosengeld zurechtkommen, wie sie den Kindergarten zahlen, wie sie die Miete zahlen, wie das hier weitergeht. Ich glaube, dass es aber auch für viele ein extrem spannendes privates Umfeld war, das erste Mal seit langer Zeit 24 Stunden zu Hause mit seinen Liebsten, draufzukommen, dass vielleicht doch nicht der Lehrer das Problem ist, sondern man sonst bei den Kindern das Eine oder Andere verabsäumt hat, dass es doch eine große Herausforderung ist, Kinder nicht nur zu bespaßen, sondern auch zu erziehen, zu beaufsichtigen, ihnen tagtäglich neue Aufgaben zu geben. Aber auch die Sorge um die ältere Generation, wo sich aus meiner Sicht sehr viel Positives auch getan hat. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, die tatsächlichen Herausforderungen kommen erst auf uns zu, die stehen uns erst bevor, nämlich dann, wenn wir die sogenannte Corona-Krise bewältigt haben, wenn es darum geht, den Wirtschaftsstandort wieder hochzufahren, den Sozialstaat herzustellen, zu bezahlen, zusammen zu bekommen, die Mehrausgaben im Gesundheits- und Sozialbereich, den Arbeitsmarkt zu finanzieren und auch die größere Anzahl von Arbeitslosen wieder in Beschäftigung zu bekommen. Denn spätestens seit dieser Krise ist klar, dass nicht die Politik Arbeitsplätze schafft und dass es zwar schön ist, wenn wir bei Pressekonferenzen sind, wenn sich die jeweiligen Arbeitsmarkt-Referenten hinstellen und sagen, schaut, wie toll wir gearbeitet haben und wieder ist die Arbeitslosigkeit gesunken – Jobs schafft nicht der Staat, sondern immer nur die Unternehmerinnen und Unternehmer und dafür ein herzliches Dankeschön und auch ein Dankeschön dafür, dass sie jetzt an ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern festhalten. Ich geniere mich ein bisschen für jene, die es nicht tun, son-

Malle

dern versuchen, sich als Krisengewinnler den Benefit zu holen. Für mich ist es aber auch spannend, ob der kritischen Reflexion, die gekommen ist, es ist, glaube ich, das erste Mal, dass ich nach zwei Oppositionspolitikern hier an diesem Rednerpult stehe und, lieber Andi (*Anmerkung: gemeint Abgeordneter Scherwitzl*), man merkt, dass du beides kannst, wobei ich nicht weiß, wo du den Oppositionspolitiker so gut gelernt hast. Es ist für mich aber trotzdem eine paradoxe Situation. Wenn wir uns anschauen, was uns die letzten vier Wochen begleitet hat, dann waren es total viele Aussagen, wie: das ist ja alles viel zu viel und viel zu weitreichend und was da alles passiert und warum müssen denn so harte Sachen kommen, warum so früh, warum machen wir denn jetzt schon die Ausgangssperre, warum ist denn unsere Bundesregierung so hart? Und heute höre ich: es war alles zu spät, zu langsam, zu weit, zu kurz. Und irgendwie passen die Dinge nicht zusammen. Für mich war es immer so, Österreich war immer ein Land von acht Millionen Fußball-Fans. Man hat immer reden können, jeder hat besser als der Prohaska gewusst, was passiert. Im Moment habe ich das Gefühl, wir haben acht Millionen Virologen und jeder weiß, wie genau mit dem Virus umzugehen ist. Dass wir acht Millionen Verfassungsjuristen auch noch haben, die sagen, Epidemiegesetz oder COVID-19, alles falsch: Bitte seien wir uns dessen bewusst, dass all diese Argumentationen nur denen Nahrung geben, die sagen, es ist alles nur erlogen, es ist alles nur Fake, es ist alles nicht so schlimm, warum macht man denn das Ganze überhaupt? Die Verniedlicher, die Impfgegner. Die, die hergehen und sagen, es ist ja alles nur erfunden, um die Finanzkrise zu vertuschen, es ist alles nur erfunden, um die Migrationskrise zu erfinden. Für mich ist das auch ein bisschen ein politisches Paradoxon. Je härter die Maßnahmen sind, je besser die greifen, je besser wir da sind – und die Angela Merkel ist jetzt nicht irgendjemand, wenn die sagt, Österreich ist Vorreiter, wie toll das greift! Und aus meiner Sicht, und da verlasse ich mich schon auch ein bisschen auf den Peter Kaiser, der ja bekannt dafür ist, zu kritisieren, was auf Bundesebene passiert, der jetzt, glaube ich, auch mehrfach öffentlich gesagt hat, dass die Zusammenarbeit funktioniert und dass das Krisen-Management passt. Ich glaube, es ist ein Paradoxon, weil je stärker und härter die Maßnahmen sind, je weniger Infektionen wir haben,

je besser wir aus der Krise kommen desto mehr geben wir denen Futter, die sagen, war ja eh alles nicht so schlimm, hätten wir alles nicht so machen können. Und ich würde euch bitten, das in der Argumentation und in der Diskussion mit zu bedenken. Denn für mich ist etwas klar: Diese Krise ist nicht dazu geeignet, um politisches Kleingeld zu machen und den Frust über verlorene Wahlen vor ein paar Monaten kundzutun. Aus meiner Sicht hat die Bundesregierung besonnen, richtig und gut agiert, aber, ja, es sind Fehler passiert, weil die Regierung trotzdem, muss man ganz ehrlich sagen, gesagt hat, Aktion vor Perfektion. Ich kann mich noch so gut erinnern, wie alle gesagt haben, bitte, jetzt gebt uns endlich einen ungefähren Zeitplan, wie soll denn das ablaufen, wann kommen wir wieder in Richtung Normalität, sagt uns doch einen groben Zeitplan, nicht im Detail, aber wir brauchen einen groben Zeitplan. Dann geht die Regierung her und gibt einen Zeitplan und genau dieselben Personen sagen, das ist eine Katastrophe, wo sind denn die Details, mit dem können wir ja nichts anfangen. Ich glaube, zu kritisieren gibt es genug, aber der größte Gegner aus meiner Sicht war immer die Ungewissheit. Umso mehr hat mich heute die Arbeit im RVI und die Arbeit im Vorfeld extrem positiv gestimmt, wo man aufeinander zugegangen ist, wo man Adaptionen vorgenommen hat auf Zuruf einzelner Fraktionen und wo wir mit einem Schulterchluss eine gute COVID-19-Sammelnovelle 1 gemacht haben. Der Andi Scherwitzl hat schon ausgeführt, was da alles drin ist, für mich ist aber klar, dass auf diese COVID-19-Sammelnovelle 1 unbedingt in der nächsten Landtagssitzung eine Zweier-Novelle kommen muss. Wir brauchen, bitte, unbedingt Maßnahmen, um das Hochfahren zu unterstützen. Wir müssen etwas gegen die Arbeitslosigkeit tun, wir müssen schauen, dass wir Leute wieder in Beschäftigung bringen, wir müssen rigoros Rahmenbedingungen flexibilisieren, das was wir auf Landesebene können, weil jede übermäßige Hürde auch eine Verhinderung von Beschäftigung ist und die könne wir im Moment nicht brauchen. Und ich bin ganz beim Gernot Darmann, jeder Krise wohnt eine Chance inne und wir könnten jetzt hergehen und wirklich Dinge neu denken, Althergebrachtes über Bord werfen und sagen, denken wir gewisse Dinge einfach neu, fangen wir von Null an! Was hindert uns denn? Was sind denn die großen Probleme? Womit sind denn die Baubehörden in

Malle

den Gemeinden und Bezirkshauptmannschaften am meisten befasst, wo wir uns an den Kopf greifen und manchmal selbst beschäftigen? Die Dinge könnten wir jetzt angehen und müssen wir jetzt angehen.

Ich habe eine klare Bitte an Sie, liebe Kärntnerinnen und Kärntner, weil es wird auf Sie ankommen, wie gut wir das Hochfahren schaffen, und das wird die tatsächliche Krise werden: Ich darf Sie bitten, „heimzukaufen“! Wir haben gerade in dieser Krise bemerkt, wie abhängig wir im regionalen Umfeld voneinander sind und dass Amazon für keinen regionalen Job verantwortlich ist, außer für den Packerl-Austräger. Wir brauchen aber die regionalen Jobs, wir brauchen die regionale Wertschöpfung, die ist ganz, ganz dringend für uns! Und wenn ich mir anschau, dass wir im Bereich von Medizinprodukten so abhängig sind vom internationalen Markt, dass wir in ganz Europa keine einzige Produktionsstätte für Antibiotika haben, um uns ein paar Euro zu ersparen, das ist eine Abhängigkeit, die darf es nicht geben! Da müssen wir gemeinsam etwas dagegen tun, und ich glaube, Gernot Darmann hat es auch angesprochen, wenn ich mir anschau, wie die Preise für Masken in den letzten Wochen hinaufgeschnellt sind, wieder ein paar Krisengewinnler, die sagen, super, jetzt hole ich mir ein paar Euro heraus! Ich glaube, da müssen wir umdenken und einfach sagen, ich zahle lieber ein paar Cent mehr, aber ich weiß, dass es aus dem regionalen Umfeld kommt und dass wir eine regionale Wertschöpfung haben und dass tatsächlich Jobs hier im Land davon abhängen. Und ich bitte Sie auch, behalten wir uns diese gegenseitige Wertschätzung und Unterstützung bei, die in den letzten Wochen hochgehalten worden ist. Ich denke, davon können wir alle profitieren. Und geben wir bitte nicht der Verlockung nach! Wenn man sich die Zahlen der letzten zwei Tage anschaut, dann merkt man hier schon auch eine Verschlechterung. Das ist vielleicht auch so ein Punkt: Die Bundesregierung hat Lockerungen in Aussicht gestellt auf massivem Druck und schon fangen die Leute an, wieder ein bisschen mehr draußen zu sein, du siehst wieder mehr Autos auf den Straßen, es ist mehr Frequenz da. Es geht eh schon; ich war eh schon so lange daheim; es kommt Ostern; auf mich kommt es nicht an – das sind die falschen Aussagen! Es kommt auf jeden Einzelnen, auf jede Einzelne an, damit wir aus dieser Krise

kommen. Bitte! Es geht nicht darum, ob ich in den nächsten zwei Wochen fischen gehen kann oder paddeln oder surfen, sondern dass wir keine Krise auf Jahrzehnte haben und dafür kann man, glaube ich, auch zwei Wochen auf das Paddeln oder das Angeln verzichten.

Halten wir zusammen statt zu sudern, dann packen wir das! Danke vielmals! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächstem Redner darf ich dem Abgeordneten Gerhard Köfer vom Team Kärnten das Wort erteilen.

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Meine sehr geschätzten Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Ich darf vorweg bemerken, dass ich mich persönlich an alle gesetzlichen Maßnahmen halte, sollte heißen, ich halte Abstand, ich trage eine Maske und Handschuhe im Supermarkt, ich wasche mir die Hände, reduziere meine sozialen Kontakte und gehe nur dann außer Haus, um jemandem zu helfen oder Besorgungen zu machen. Ich bin überzeugt, dass dieses Virus gefährlich ist und dass dieses Virus mir und Ihnen Ihr Leben kosten kann. Damit bin ich also ein braver Staatsbürger, der sich an die Regeln hält. Aber ich bin auch jemand, der den Mut besitzt, Dinge anzusprechen oder auszusprechen, die sich dann zu diesen Zeiten fast niemand mehr auszusprechen traut, ohne sofort als ein Verharmloser dargestellt zu werden. Trotz aller Beschränkungen habe ich meine sozialen Kontakte per Telefon mit meinen Freunden, vielen Bekannten, aber auch Experten aus dem Bereich der Medizin, der Medien, Bildung und vor allem der Wirtschaft, und viele meiner künftig getroffenen Aussagen spiegeln auch die Meinung derjenigen wider, die keine Möglichkeit haben, sich hier öffentlich auszudrücken. Ich darf Ihnen eines versichern: nicht wenige dieser Leute, eigentlich fast alle haben das Gefühl, dass wir uns derzeit in einem schlechten Film befinden. Der Titel dieses spannenden Thrillers könnte lauten: „Wie bringe ich als Regierung eine Bevölkerung dazu, ihre Rechte schleichend aufzugeben?“ Und immer wieder wird in diesen Ge-

Köfer

sprächen die Befürchtung laut, dass Österreich sich zu einem Überwachungsstaat entwickelt. Da ist auch die unsensible Aussage des Nationalratspräsidenten Sobotka wenig hilfreich, der meinte, man sollte diese stark kritisierte Überwachungs-App des Roten Kreuzes verpflichtend einführen. Er wurde jedoch dann sehr schnell von seinen eigenen Leuten wieder dementiert. Wie auch immer!

Eines sei aber hier auch, liebe Freunde, klar erwähnt: Ich erteile an dieser Stelle allen Weltverschwörern eine klare Absage! Ich halte nichts von einem Komplott zwischen Bill Gates oder den Rothschilds und auch nichts davon, dass die Handy-Masten dann dafür zuständig seien, dass dieser Virus ausgelöst wurde und schon gar nicht, dass irgendein Geheimdienst diesen Virus als Waffe in der Welt eingesetzt hat. Warum sollten sie denn das auch tun? Ich kann außer den Multi-Pharmakonzernen keinen wirklichen Gewinner dieser weltweiten Pandemie erkennen. Aber genauso wenig halte ich davon, jeden besorgten Bürger, jeden unbestrittenen Fachexperten, auch Journalisten, Mediziner und bisher – das muss man dazusagen! - bisher anerkannte Virologen, die eine andere Meinung als diese Regierung haben, sofort als Verharmloser, Querulant oder Sektierer zu bezeichnen. Diese extreme Ausgrenzung anderer Meinungen, fachlich fundierter Meinungen zum Teil, auch in manchen Medien dient offenbar dazu, die Meinung der Regierung als die einzige Wahrheit dazustellen. Da wundert mich auch deine Kritik am Koalitionspartner SPÖ, lieber Kollege Malle, es wird ihnen wohl erlaubt sein, dass sie zu bestimmten Dingen eine andere Meinung haben, das sind nicht gleich irgendwelche weltverschwörungstheoretischen Ansätze. Ich glaube, man kann das durchaus auch akzeptieren. Aber wie auch immer, Fakt ist, dieses Virus ist gefährlich und es gibt es.

Wie gefährlich ist eigentlich dann dieser Erreger? Die Antwort lautet: Man weiß es schlicht und ergreifend nicht. Vor allem auf der offiziellen Seite des Gesundheitsministeriums, wenn man da nachblättert, steht wörtlich, man kann die Gefährlichkeit dieses COVID-19-Virus noch nicht genau beurteilen. So das Bundesministerium für Gesundheit, das stammt nicht von mir! Man geht derzeit von einer Sterblichkeitsrate, hier auf dieser Seite, von bis zu drei Prozent aus. Weiters steht da, ähnlich wie bei der saisonalen

Grippe durch Influenza-Viren sind vor allem alte und immungeschwächte Menschen betroffen. Also dürften doch Ähnlichkeiten vorhanden sein. Und auf die Frage von Armin Wolf in der „ZIB 2“ am Montag, dass es in Österreich zumindest 1.500 Grippe-Tote gibt, antwortete der Kanzler in seinem Interview, jeder, der das vergleicht, argumentiert dumm. Mag sein, dass es für Corona derzeit noch keinen Impfstoff oder keine Medikamente gibt, aber die Tatsache, dass tausende Menschen in Österreich jährlich an Grippe sterben und das ohne, dass die Bevölkerung irgendwelche Einschränkungen erfährt, scheint den Herrn Kanzler offenbar wenig zu berühren. Aber auch hier gilt für mich persönlich: Jeder Grippe-Tote hätte vielleicht durch eine dementsprechende Prävention, die es auch gegeben hätte, verhindert werden können.

Fakt ist auch, dass sämtliche Zahlen, Daten und Fakten rund um diesen Erreger ständig richtiggestellt werden müssen. Bei allem Respekt vor der Meinung der Bevölkerung bei den letzten Umfragen, dass die verantwortliche Politik hier einen guten Job gemacht hätte und die Umfrage-Werte von Kanzler Kurz und seinen Freunden in die Höhe schnellen, soll so sein - bin ich aber jemand, so wie der Kollege Malle gesagt hat, ich habe keinen Frust, dass ich eine Wahl verloren habe, die letzte im Herbst – gab es bei allem Bemühen unzählige Fehler, Pleiten und Pannen. Aber das öffentlich auszusprechen, grenzt schon fast an Majestätsbeleidigung. Es ist bei Experten unbestritten, dass von Seiten des Staates und des Landes viel zu spät, zumindest um 14 Tage zu spät reagiert wurde. Obwohl uns damals längst allen bewusst war, dass dieses tödliche Virus im Nachbarland Italien ausgebrochen ist, wurde der Villacher Fasching noch mit tausenden Menschen, auch mit vielen Besuchern aus Italien durchgeführt und durchgezogen. Die Causa Ischgl in Tirol, wo offenbar aus kommerziellen Gründen, also aus wirtschaftlichen Gründen der Schibetrieb viel zu spät eingestellt wurde und nicht zuletzt der guten Kontakte, die man damals auch hatte, nach Wien. Anstatt rechtzeitig zu reagieren, hat man gebannt auf die Entwicklungen in Italien gestarrt und ohne rechtzeitig dafür zu sorgen, dass es ausreichend Schutzkleidung für unsere Krankenhäuser, das medizinische Personal oder die Pfleger gibt. Auch auf die niedergelassenen Ärzte, Kassen- und Zahnärzte wurde völlig vergessen. Erst als man dann den

Köfer

Ernst der Lage einschätzen konnte und wie es dann wirklich gefährlich geworden ist, wurden in Nacht und Nebel-Aktionen – als solche darf ich sie bezeichnen – Erlässe und Verordnungen am laufenden Band beschlossen und in täglichen Pressekonferenzen getrommelt. Und hier stand das persönliche Marketing des jeweiligen Ministers im Vordergrund, das eigentlich ein Krisen-Management hätte sein sollen, dieses wurde aber von den eigentlichen Experten im Hintergrund abgewickelt. Es war keine Kamera, es war kein Mikrofon vor diesen Politikern sicher, täglich wurden die gleichen Botschaften von allen ventiliert. Man hatte schon den Eindruck, es gibt jetzt eine Pressekonferenz, in der man ankündigt, dass es morgen eine Pressekonferenz geben wird. Das hat ja auch einen Sinn, so tötet man sehr bewusst und gezielt jegliche Diskussion und die Kritik in der Bevölkerung. Aber wen wundert es, wenn die Sozialen Medien mittlerweile von einem kontrollierten Chaos sprechen. Unsere Regierungsvertreter verbreiten täglich neue Botschaften, die oftmals schon am nächsten Tag dann schon keine Gültigkeit mehr haben, ich darf einige Beispiele bringen: Ursprünglich hieß es, Schutzmasken sind untauglich, nicht notwendig, kurz danach gab es die Schutzmasken-Verordnung für alle, vor allem in den Supermärkten. Eine Verordnung an sich, wie sie auch vom grünen Vizekanzler emotionell ganz dramatisch uns eingehämmert wurde, wir müssen uns alle daran halten, ihn das persönlich aber offensichtlich am wenigsten interessiert hat, er ist ja demonstrativ und grinsend ohne Maske dann am Tag darauf in den Supermärkten spazieren gegangen. Also, das hat wenig mit Vorbildwirkung zu tun. Vor wenigen Tagen wurden uns dann wieder mit großem Trara vom Kanzler 15.000 Tests am Tag versprochen, das wären vom Tag des Versprechens bis heute mindestens 220.000 gewesen. Tatsache ist, bis zum heutigen Tag – da werden aber die anderen Tage zuvor schon mit berechnet – gibt es maximal oder lediglich 126.000. Das heißt, über 100.000 Tests finden gar nicht statt, wurden aber mit großem Brimborium angekündigt. Mich wundert es, dass dies niemand hinterfragt, warum das dann auch so ist, man kann offenbar auf die Aussagen dieser Regierungspolitiker wenig vertrauen. Aber es geht noch weiter: Eine Ausgangssperre – und wir erinnern uns, als der Innenminister gesagt hat, eine Ausgangssperre wird nicht notwendig sein, kurz danach gibt es dann eine Ausgangssperre

gleich über mehrere Wochen und die Schließung sämtlicher Handels- und Dienstleistungsbetriebe. Es gibt zu wenig Schutzbekleidung, wie der Präsident der Ärztekammer heute in den Medien feststellt. Dann gab es den peinlichen sogenannten Oster-Erlass des Herrn Gesundheitsministers, bei dem fünf familienfremde Personen auf Besuch kommen können und der dann am Tag darauf gesagt hat, nein, das war ein Irrtum, ich habe mich geirrt, das habe ich falsch ausgedrückt. Man versucht also, mit heftigen Worten in die Medien zu kommen, diese Corona-Pandemie vergleicht man – und das ist für mich besonders verwerflich! – mit dem blutigen und brutalen Zweiten Weltkrieg, der damals 55 Millionen Menschen auf grauenhafteste Art und Weise das Leben gekostet hat. Man spricht auch immer wieder vom Krieg, es werden bewaffnete Milizsoldaten, tausende bewaffnete Milizsoldaten werden einberufen, ich frage mich, wozu? Was weiß man, was wir bis dato noch nicht wissen? Und da hatte der Politologe und Psychologe Harald Haas in der ORF-Sendung „Im Zentrum“ am Sonntag eine unglaubliche Erklärung dafür, das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen. Er meint wörtlich, dass man im Deutschen Innenministerium ein Papier geleakt hätte, mit folgendem Inhalt: Man müsse die Bevölkerung, man müsse die Menschen in eine Art Schockstarre versetzen und Horror-Szenarien entwickeln. Aber auch die Ängste der Kinder sind hier mit einzubeziehen. Und man sollte täglich von hunderttausenden Toten reden. Soweit der Experte für Massenpsychologie, Harald Haas, in der Sendung von Claudia Reiterer.

Meine geschätzten Damen und Herren, als ob es nicht schon reichen würde, dass die Menschen in Österreich, in Europa, weltweit längst verunsichert und verängstigt sind, zeigt man uns täglich immer wieder Bilder von überfüllten Krankenhäusern in Italien, Spanien, den Vereinigten Staaten, menschenleere Städte und Verstorbene, die in Totensäcken mit Gabelstaplern in Kühlhäuser verbracht werden. All das ist dramatisch, unglaublich und grauenvoll! Aber nicht genug davon! Man kann ja noch etwas nachlegen! Unser Kanzler malt schreckliche Bilder, wie es sein hätte können, wenn man nicht so großartig reagiert hätte. Kurz nahezu wörtlich: Jeder von uns wird persönlich einen Toten kennen. Jeder von uns wird persönlich einen Toten kennen oder – und jetzt kommt es! – es hätte eine massive

Köfer

Ausbreitung mit bis zu 100.000 Toten geben können. Bei aller Wertschätzung und bei großem Respekt vor all jenen, die verstorben sind, es ist auch meine Familie davon nicht verschont geblieben, wir haben heute in Österreich 295 Menschen, die in der Statistik als verstorben geführt werden. Das sind 295 zu viel! Ich will das auch gar nicht bewerten, nach welchen Kriterien hier vorgegangen wird, aber zwischen 295 und 100.000 ist noch ein riesen Unterschied. Weltweit haben wir derzeit in etwa 90.000 Tote zu beklagen. Also, von dieser Zahl sind wir noch Gott sei Dank weit entfernt. Aber der Kanzler hat gleich noch etwas gemacht, dem das gleich widerspricht, er hat eine Stichprobe durchführen lassen in Österreich mit 2.000 Bürgern, die hat er in Auftrag gegeben mit dem Ziel, zu testen, inwieweit dieses Corona-Virus innerhalb der österreichischen Bevölkerung schon verbreitet ist. Die Testergebnisse dürften jetzt vorliegen, erstaunliches Ergebnis, die Zahl der Infizierten liegt in Österreich im Promille-Bereich, also unter ein Prozent. Der Kanzler wieder wörtlich: „Wenn man alles zusammenzählt“, Achtung jetzt auf die Wortwahl, wieder im Konjunktiv, „was es jemals hätte geben können, was die Durchseuchung betrifft, wären wir auf maximal ein Prozent, eher darunter gekommen.“ Aussage des Kanzlers. Was bedeutet das? Wenn nicht einmal ein halbes Prozent der Österreicher infiziert ist - und infiziert ist nicht krank, und infiziert ist nicht im Krankenhaus, und infiziert ist noch lange nicht in der Intensivstation und auch nicht verstorben – wenn diese Rate bei null Komma noch etwas liegt, stellt sich die Frage, wer eigentlich dafür, dass es so gut läuft, verantwortlich ist. Ich kann euch die Antwort geben: nicht die Politik. Es sind sicher 99 Prozent der österreichischen Bevölkerung, die sich sehr diszipliniert, mit viel Hausverstand und Gefühl an die vorgeschlagenen Maßnahmen der Fachexperten und Mediziner gehalten haben. Und das eine Prozent, ich rede hier nicht von fünf Prozent, ich rede von einem Prozent, die werden es ohnehin nie lernen. Die Bürger von Österreich sind die eigentlichen Helden dieser Krise, nicht irgendein Politiker, denn ohne die Disziplin dieser Bevölkerung, unserer Bevölkerung, von uns allen wäre es nicht möglich gewesen, dieses Virus vorerst in die Schranken zu weisen. Unser Dank, und das sage ich auch ganz klar, gilt in erster Linie den Fachexperten, diesem Mitarbeiterstab, der im Hintergrund steht, der offenbar

hier verborgen bleiben muss, aus allen Bereichen, für ihre umsichtige Beratung der österreichischen Bevölkerung, für ihre fachliche Kompetenz. Aber warum drängen sich dann täglich irgendwelche politischen Sprechpuppen ins Rampenlicht? Die Frage stellt sich deshalb, weil niemand von denen, die sich hier hinstellen, die Ängste eines arbeitslosen Arbeiters und eines arbeitslosen Angestellten und deren Familien persönlich kennt. Das unterstelle ich einmal, brauchen wir nur die verschiedenen Lebensläufe anzuschauen. Auch niemand, der jetzt von diesen maßgeblichen Politikern jemals in der freien Wirtschaft als Unternehmer tätig war, um mitfühlen zu können, was es heißt, Gehälter bezahlen zu müssen, zu investieren, sich für seinen Betrieb zu verschulden oder wie viele es jetzt machen, seinem über Generationen hinweg aufgebauten Unternehmen die drohende Insolvenz nahezulegen. Woher sollen sie das auch verstehen? Die tausend Kleinst- und Mittelbetriebe, die eh schon bis jetzt ums Überleben gekämpft haben, ihr Haus oder sonstiges Eigentum als Haftung für einen Bankkredit eingesetzt haben und jetzt vielfach vor dem Ruin stehen.

Und als traurigen Höhepunkt – und jetzt kommt es! – stellt der medial etwas ins Abseits gestellte grüne Vizekanzler, der auch seine Werte, wie Freiheit des Einzelnen, längst über Bord geworfen hat, der meinte, er müsse auch einen rhetorisch starken Beitrag dazu liefern, indem er meinte, es wird mehr Tote geben (*Einwand aus den Reihen der Abgeordneten.*) – darf ich ausreden? – als wir uns alle vorstellen können. Was heißt denn das? Ich kann mir vieles vorstellen. Woher will der Herr Vizekanzler wissen, was ich mir vorstellen kann? Er vermittelt der Bevölkerung als Vizekanzler Mut und Zuversicht: Wir werden mehr Tote haben, als wir uns je vorstellen können. Und er war es auch – und da haben nicht viele aufgepasst – der in einem Interview vor wenigen Tagen feststellte, dass es ein Erfolg der Grünen war, dass man sich im Freien bewegen darf. Was heißt das? Ich konnte das nicht glauben, was der gesagt hat und habe bei meinem Recorder ein paarmal zurückgespielt, aber das hat er wirklich gesagt, es war ein Erfolg der Grünen, dass wir uns im Freien bewegen dürfen. Es stellt sich die Frage, was läuft da hinter den Kulissen zwischen den Parteien? (*Klubobmann Darmann: Neue Evolutionstheorie!*) Warum ist es ein Erfolg der Grünen, dass wir an die frische

Köfer

Luft dürfen? Das kann ja nur heißen, dass die ÖVP ursprünglich gar nicht wollte, dass die Bevölkerung, die Bürger eines Landes an die frische Luft dürfen und in ihren Wohnungen und in ihren Häusern wochenlang ausharren müssten. Ohne Veto der Grünen wäre es offenbar so gewesen.

Meine Damen und Herren, mir ist schon bewusst, dass jeder Tote, egal, woran jemand verstirbt, die betroffene Familie darunter leidet, und ich habe schon gesagt, auch wir waren zu Hause nicht davon verschont, jedoch ist diese bewusste Form der Panikmache für mich fast schlimmer, und sie verbreitet Angst, und die Angst verbreitet sich bekanntlich schneller als jedes Virus. Man ist bemüht, mit starken Ansagen die Bürger eines Landes vor allem auf ihre Pflichten hinzuweisen, man möchte dann ja am Ende der Krise als Retter der Österreicher gefeiert werden.

Und da bin ich schon bald am Schluss. Da gibt es noch diesen Innenminister, der fast schon stolz die aktuellen Zahlen der Anzeigen jeden Tag verkündet: Tausende Österreicher wurden angezeigt, weil sie den Mindestabstand nicht eingehalten haben. Ja, großartig, so weit haben wir es schon gebracht! Und dann wird plötzlich von Spuck-Attacken und Corona-Partys gesprochen, und auf die Nachfrage von einem Journalisten: „Entschuldigung, Herr Innenminister, wie oft war denn das genau der Fall?“, hat es keine Antwort des Innenministers mehr darauf gegeben. Auch bereichert sehr gekonnt die Salami-taktik der Regierung mit immer härteren Maßnahmen. Und wenn man schon stolz darauf ist, dass der Nachbar seinen Nachbarn anzeigt und dann – und jetzt kommt es! – als besonders aufmerksamer Bürger und Lebensretter bezeichnet wird, dann hört es sich schön langsam mit meinem Verständnis auf. Wer mit zu wenig Abstand in der freien Natur spazieren geht, wird zum Lebensgefährder abgestempelt. Diese Form, meine Freunde, des Denunziantentums kennen wir aus einer Zeit, die wir nie mehr haben wollen.

Auch werden jetzt per Gesetz die Bürgermeister – und das finde ich jetzt auch unglaublich notwendig – über infizierte Gemeindebürger informiert, mit der Begründung der Grünen, Sigi Maurer, dann kann man leichter „Essen auf Räder“ bestellen. Das muss man sich trauen. Das muss man zuerst wirklich in den Mund nehmen. Und man vergisst offenbar dabei, dass es sehr

leicht zu einer Stigmatisierung dieser betroffenen Familien, sehr schnell vor allem in einem kleinen Bereich, in einem kleinen Ort kommt, wenn dann alle wissen, dass der Nachbar infiziert ist, dann wird der Bogen um diese Familie umso größer. Und wieder dieser Politologe und Psychiater Harald Haas stellt die Frage: „Bleiben wir ein Rechtsstaat?“ Und er meint, wir müssen aufpassen, dass diese getroffenen Maßnahmen nicht zu einem Dauerzustand werden. Auch handelt diese Regierung offenbar nach dem Motto, „Gesundheit oder Wirtschaft“, eine Alternative dazu gibt es nicht. Es gibt sehr wohl eine Alternative, die heißt „Gesundheit und Wirtschaft“. Daher sollte man mit der gleichen Kraft, mit der gleichen Priorität, mit dem gleichen Engagement sich um die Gesundheit und die Wirtschaft beschäftigen, vor allem mit den verbundenen Arbeitsplätzen. „Koste es, was es wolle“, und da darf ich den verstorbenen Bundeskanzler Kreisky einmal zitieren, der sehr ähnlich damals reagiert hat, der da meinte, „mir sind ein paar Milliarden Schilling Schulden lieber als hunderttausende Arbeitslose“. Da mag er schon Recht gehabt haben, aber mit der Folge, dass die Steuerbelastung danach auf 40 Prozent gestiegen ist. Und da wir heute noch an den Staatsschulden knabbern, ist das zu überdenken.

Aber egal, der Zweck heiligt ja auch die Mittel. Und jetzt komme ich noch zum Schluss kommend, zu einer Zahl: 38 Milliarden Euro. Früher hat es irgendwelche Maßnahmen gegeben, die mit einer Milliarde Euro, mit zwei Milliarden Euro verbunden waren, da hat man schon überlegt, ist das noch finanzierbar? Aber jetzt hat man 38 Milliarden Euro, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung gestellt werden und der Wirtschaft, und da haben wir momentan 600.000 Arbeitslose in Österreich, ein absoluter österreichischer Rekordwert, Tendenz weiter steigend. Und eine Million Arbeitslose, liebe Freunde, ist nicht ganz ausgeschlossen. Tausende Betriebe werden Insolvenz anmelden oder sich auf Jahre hin hoffnungslos verschulden. Ein 38 Milliarden Euro Hilfspaket, voll von Stundungen, Kredit- und Haftungsübernahmen und sonstigen Dingen, die unsere Betriebe aber bitteschön nicht geschenkt bekommen. Das muss man ja einmal dazusagen. Hunderttausende Arbeitnehmer, die ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, die auch nicht – und das ist auch wichtig! – in ein seelisches Tief verfallen und schnell

Köfer

ler als gedacht in die Armut abstürzen. Ich hoffe, dass man vor allem diesen Menschen bei diesem sehr lockeren Ausspruch, „koste es, was es wolle“, 38 Milliarden Euro, auch gedacht hat. Und ich hoffe auch, und das wünsche ich mir, und das wird auch sehr genau überprüft werden, was aber schwierig wird, dass diese 38 Milliarden Euro bei den Richtigen ankommen werden. Auch da habe ich meine Zweifel, weil bedauerlicherweise sind lediglich drei Milliarden Euro für Arbeitnehmer reserviert, wie ich meine, ein viel zu bescheidener Ansatz für die hunderttausenden betroffenen Familien.

Und zum Schluss sage ich noch, warum macht der Herr Finanzminister - nicht unclever: er gründet eine neue Finanzagentur, die jetzt das Geld verteilt. Das macht dann nicht mehr das Finanzministerium, sondern die selbst gegründete, schnell mit Freunden bestückte Agentur. Das ist mir nicht schlüssig. Das wird nur dann schlüssig, wenn man weiß, dass diese Agentur vom Nationalrat nicht kontrolliert werden darf. Na ja, dann schwindelt man halt am Nationalrat, am Kontrollorgan, an der Demokratie – ich bleibe jetzt auch im Konjunktiv - es könnte ja die Möglichkeit bestehen, etwas vorbei zu schmuggeln. 38 Milliarden Euro, liebe Freunde, da werden noch wir selber, unsere Kinder, unsere Enkelkinder zahlen müssen, aber eh egal für die heute dafür Verantwortlichen, die sind dann ja eh nicht mehr im Amt, ist ja eh „wurscht“.

Zum Schluss kommand: Die Frage, ob diese verordneten Maßnahmen die richtigen waren und ob im richtigen Verhältnis auch die Entscheidungen getroffen wurden, wird uns aber erst, glaube ich, die Zukunft beantworten können. Eines steht fest, wir werden alle lernen müssen, mit diesem Virus zu leben, daher sollten wir die angeordneten Maßnahmen weiterhin beachten. Diese Maßnahmen sind laut den Fachexperten sinnvoll und wirken. Und trotzdem müssen wir, jeder für sich, mit sehr viel Augenmaß, Fingerspitzengefühl und Hausverstand hier vorgehen. Ich wünsche mir – das ist jetzt ehrlich gemeint, ein Wunsch - dass die Gesellschaft wieder zusammenwächst. Ich wünsche mir aber auch, dass die Regierung das Vertrauen der Bevölkerung behält, denn sonst wird es innere Unruhen geben, die in einem katastrophalen Ausmaß noch enden können. Und ich bezweifle, dass es eine bessere Welt danach geben wird. Ich wäre froh, wenn wieder alles so wird, wie es

bisher war. Und wenn uns das gelingt, bin ich überzeugt, alles wird gut! Ich wünsche euch, ich wünsche allen Kärntnerinnen und Kärntnern ein schönes Fest, bleibt gesund! (*Beifall von Abgeordnetem Klocker.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als Nächstem darf ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Peter Kaiser das Wort erteilen. Bitte!

Landeshauptmann **Kaiser** (SPÖ):

Danke, Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses! Werte Regierungskollegin, werte Regierungskollegen! Geschätzte Zuhörer und Zuseherinnen zu Hause an den Geräten! (*Den Vorsitz übernimmt Zweiter Präsident Strauß.*) Die Corona-Krise hat eigentlich alles verändert, was man bis vor zwei Monaten noch als normal, als festgeschriebene Dogmen dargestellt hätte. Wir haben eine Situation, in der auf einmal eine Pandemie, das heißt, eine weltweite Seuche regional, nationalstaatlich bekämpft wird. Wir haben eine Situation, in der viele Verhaltensformen, wie sie bis vor zwei Monaten galten – und es möge jede und jeder an sich selber denken, wie man einander begrüßte, wie man kommunizierte – ins völlige distanzhaltende Gegenteil verkehrt wurden, und es mag aberwitzig klingen, aber Distanz ist zu einer neuen Vertrautheit geworden. Wir haben Umwälzungen nicht im politischen System, aber im Herangehen an Bereiche, die sich völlig in ein Gegenteil verkehrt haben, das vor zwei Monaten noch nahezu absolute Gültigkeit hatte. Denken Sie auch hier im Hohen Haus daran, wie oft ein Gesundheitssystem in Kärnten, das jetzt einer der Pfeiler im Kampf gegen die Corona-Krise ist, kritisiert wurde, wie oft Worte, wie, die Privaten würden es besser und viel kostengünstiger machen, gepflogen wurden und wie sehr jetzt dieses Gesundheitssystem an Stabilität und Notwendigkeit kaum zu überbieten ist. Denken wir hier herinnen in diesem Raum daran, wie oft wir über die Bedarfsorientierte Mindestsicherung gelästert, debattiert, Höhen infrage gestellt haben. Schon ganz zu schweigen von Debatten über Grundeinkommen. Heute ist es gang und gäbe, dass man über ein Grundeinkommen nicht nur für die Menschen, die arbeitslos sind, sondern für Un-

Kaiser

ternehmer und auch für Landwirte spricht. Denken wir daran, wie man belächelt worden ist, wenn man gemeint hat, es soll die Politik das Primat über die Wirtschaft haben. Krisen-Management kann jetzt nur so und ausschließlich so, in einer Demokratie funktionieren, außer man redet Autokratien wie in China oder Ungarn das Wort. Und denken wir daran, wie oft ich hier – und das hat Kollege Malle ja schon indirekt angesprochen – auch die Bundesregierung kritisiert habe, weil sie eben nicht auf Augenhöhe verhandelt hat, in vielen für dieses Land und seine Menschen entscheidenden Fragen. Heute gibt es diese Augenhöhe, und das ist gut so! Es ist gut für Österreich, es ist gut für die Zusammenarbeit und den wechselseitigen Austausch von Informationen in einer Situation, wo nicht die politische Farbe, sondern das Rot-Weiß-Rot Österreichs, aber auch die Gesamtzusammenhänge in der gesamten Welt größere und höhere Bedeutung haben. Und um das Ganze vielleicht mit einem anderen Beispiel abzuschließen: Denken wir daran, wie sich Generationenverantwortung – Kollege Köfer hat das angesprochen – eigentlich ins Gegenteil verkehrt hat. Jene Menschen, die diese Zweite Republik aufgebaut haben, die mit vielen Entbehrenungen einen Sozialstaat Österreich geschaffen haben, sind jetzt diejenigen, die mehr als jemals zuvor auf Rücksichtnahme, Schutzmaßnahmen und die Solidarität der jüngeren Gesellschaftsmitglieder angewiesen sind, diese einfordern, und ich kann es bis heute sagen, zumindest in einem äußerst hohen und wahrscheinlich nie von jemand so eingeschätztem Ausmaß auch bekommen.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben als Land Kärnten gemeinsam mit meinem Koalitionspartner versucht, eine Strategie zu entwerfen, die nichts Großartiges ist, der wir aber versuchen – und so auch die heutigen Gesetze, die Sie beschließen werden – stringent zu folgen. Und diese Strategie hat eine ganz klare Priorität: An oberster Stelle ist die Gesundheit der Menschen. Und dazu gehören all jene Bereiche von Krankenhäusern, Gesundheitsbereichen bis zu den Pflegeheimen, die absolut jene Orte sind, die es im ganz Besonderen zu schützen gilt. Als zweite Priorität sehen wir die Existenzsicherung. Sie gestatten, dass ich das etwas flapsig formuliere. Negativ getestet zu sein, dann aber kein Dach über dem Kopf zu haben und von Erfrierung bedroht zu sein oder zu verhungern, weil man

keine finanziellen Mittel hat, ist nicht der Preis, den wir für die Gesundheit zahlen wollen. Und der dritte Bereich, und auch bei dem werden Sie heute viele positive Dinge bei diesem Sammelgesetz beschließen, ist die Aufrechterhaltung der Strukturen um fast jeden Preis. All das, was ich jetzt gesagt habe, werden wir brauchen, um das – und ich gratuliere allen vier Rednern, die vor mir gesprochen haben, weil sie auch das Wesentliche herausgearbeitet haben – all das werden wir brauchen, um eine Art neuen Wiederaufbau in dieser Republik Österreich, in Europa und wahrscheinlich weltweit zustande zu bringen. Und ich möchte, dass dieser Wiederaufbau – und auch dort schließe ich an alle vier Vorredner an – dass dieser Wiederaufbau unter demokratischen Strukturen, unter demokratischen Entscheidungen und in einer Demokratie stattfindet, denn obwohl das formal vielleicht da und dort gegenüber China und anderen Staaten als Nachteil erscheinen mag, es ist mittel- und langfristig der einzige richtige Weg, und ich denke, wir sollten ihn gemeinsam gehen. *(Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion.)*

Gestatten Sie, dass ich auch die Gelegenheit nutze, den Damen und Herren des Hohen Hauses auch zu vermitteln, wie der Alltag bei uns in Kärnten in dieser Kooperationsebene und in dieser Zusammenarbeit aussieht: Wir haben jeden Tag in der Früh einen Austausch mit dem staatlichen Krisen- und Kommunikationsmanagement, dem dann die tägliche Sitzung des Koordinationsgremiums des Landes Kärnten, bei dem Kollegin Prettnner, Kollege Gruber und meine Wenigkeit präsent sind, die Dinge erarbeitet, neue Entscheidungen trifft, Positionen gegenüber dem Bund oder sonst jemandem auch erarbeitet. Im Hintergrund arbeitet Kollege Fellner damit, dass die Stabseinheiten, die vom S1- bis S7-Regime uns zuarbeiten, die entsprechenden Arbeiten auch mit den Ergebnissen kombinieren und an uns weitergeben. Von dem ausgehend, treffen wir dann Entscheidungen in den zahlreichen Videokonferenzen mit der Bundesregierung und den Landeshauptleuten, die finden – das hat es noch nie gegeben – zweitägig statt, aber dazwischen gibt es auch mit den meisten Ressorts auf Bundesebene bilaterale, multilaterale Gespräche mit den jeweiligen Referenten. Das führt dazu, dass wir in der Lage sind, Entscheidungen gemeinsam zu treffen, nicht immer auf der millimetergenauen Augenhöhe, aber letzt-

Kaiser

endlich so, dass es immer wieder auch Chancen für ein Korrektiv, nicht im Augenblick des Aussprechens einer Maßnahme, aber zumindest in der Umsetzung, die ja zumeist in Gesetzesformen, Erlässen, Verordnungen, Gesetzen gegossen wird, um hier dann doch das, was man vor Ort braucht, entsprechend mit einbringen zu können. Und wir haben darüber hinaus danach die Information der Oppositionsparteien und der Klubs des Kärntner Landtages. Und dies auch ganz bewusst deswegen, weil es notwendig ist, in einer Situation, in der Regierung bar ihrer Exekutiv-Funktion mehr gefordert ist, die gesetzgebende Körperschaft, die letztendlich als einzige in diesem Land Gesetze machen, verändern, adaptieren und novellieren kann, auch die entsprechende Information als Grundlage ihrer Arbeit hat. Und zu all dem haben wir in Kärnten noch etwas, was niemand anderes hat: Wir haben eine EUREGIO mit Friaul-Julisch Venetien und dem Veneto, die auch wöchentlich ihre Positionen, ihre Strategien abgleicht, anpasst und die Meinungen austauscht. Und das war der Grund, dass wir früher als die österreichische Bundesregierung, früher als jedes andere Bundesland bereits mit Warnungen, die in Friaul-Julisch Venetien, Veneto von der Lombardei kommend uns weitergegeben worden sind, bereits am Fasching-Sonntag, weil die Faschingszeit schon apostrophiert worden ist, mit der ersten Sitzung dieses Koordinationsstabes, mit der ersten Pressekonferenz, mit der ersten Vermittlung von Maßnahmen, die sofort zu treffen sind, um Schlimmeres zu verhindern, vorgebracht haben und mit unserer Gesundheitsreferentin Beate Pretzner an die Öffentlichkeit gegangen sind und damit vielleicht einen kleinen Beitrag geleistet haben, Zeit zu gewinnen, früher vorbereitet zu sein. Und die hohe Bereitschaft der Kärntnerinnen und Kärntner, die ich ebenso hervorstreiche, auch so zu lenken und zu leiten, dass wir derzeit mit Zahlen innerhalb Österreichs aufscheinen, die trotzdem Wachsamkeit erfordern, aber geringer sind, als überall anderswo.

Geschätzte Damen und Herren, wir haben von dem Bereich ausgehend, auch damit einen Punkt erreicht, den ich Ihnen ganz kurz in der Statistik wiedergeben möchte, deswegen, weil daraus auch die entscheidenden Entwicklungen der nächsten Tage abhängig sind. Wir haben jeden Tag um 18.00 Uhr einen Stichtag, von dem aus

wir die Zahlen vergleichen können und damit Entwicklungen einschätzen können. Am heutigen Tag – und ich habe das jetzt adaptiert zum letztmöglichen Zeitpunkt, nämlich von vor einer Stunde – haben wir in Österreich 13.095 infizierte Personen. In Kärnten sind es 361. Das entspricht einem Prozentanteil an den gesamtösterreichisch Infizierten von 2,76 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von 6,4 Prozent. Wenn ich anschau, wie viele Personen derzeit hospitalisiert sind, dann sind es 32 Personen, die im Krankenhaus liegen, 19 davon in sogenannten normalen Stationsbetten, 13 davon auf der Intensivstation. Wir haben 5 Menschenleben zu beklagen, aber wir haben gleichzeitig – und das ist die positive Zahl – 25 Personen von gestern auf heute, die genesen sind und insgesamt somit 173 Personen, die diese Krankheit hatten und jetzt wieder gesund sind. Und wenn ich das jetzt saldiere, dann haben wir mit heutigem Tag 187 Personen, die offiziell infiziert sind, als infiziert gelten, und das wiederum entspricht einem Anteil an der Kärntner Bevölkerung, die – wie Sie ja wissen – 561.000 Personen beträgt, von 0,065 Prozent. Das sind Fakten und Daten, die man ganz einfach auch wissen muss, um daraus die Schlussfolgerungen für die nächsten paar Tage zu ziehen, und viel länger sind Strategien beziehungsweise sind Maßnahmen im Rahmen einer Gesamtstrategie, wie ich gesagt habe, wahrscheinlich nicht planbar. Wenn ich mir nur anschau, dass von diesen 187 Personen 150 daheim sind, von Visiten-Ärztinnen und –Ärzten, die wir in gemeinsamer Arbeit mit der Ärztekammer, mit den Krankenanstalten rekrutiert haben, die täglich zu den Infizierten, die daheim sind, fahren und diese betreuen, dann kann man erahnen, wie gut dieses System auf dieser Ebene funktioniert, dasselbe gilt für die 19 in den Normalbetten sowie die 13 in den Intensivbetten-Bereichen.

Soweit einmal der statistische Teil. Jetzt kommt es zum entscheidenden Bereich, wie geht es in den nächsten Tagen weiter? Und Sie haben mehrfach schon Appelle aus allen gesellschaftspolitischen Schichten, so gestern auch von den drei größten Glaubensgemeinschaften in unserem Bundesland gehört, weil wir alle gemeinsam erkennen, dass nur bei Einhaltung dessen, was in Gemeinsamkeit mit der Bundesregierung vorgegeben, erarbeitet und verordnet wurde, wir es schaffen werden, diese letztlich abflachende und

Kaiser

sich in positiver Hinsicht senkende Kurve auch weiterhin beibehalten zu können. Wir werden vor einer Frage stehen: Geht diese Normalisierung gerade jetzt bei großartigem Wetter während der Osterfeiertage aus unserer Sicht in die richtige Richtung weiter oder droht uns das, was dem vielgepriesenen Singapur oder Südkorea jetzt gerade eben passiert, nämlich der Anstieg in eine zweite Welle. Und eine zweite Welle, glauben Sie mir das, wäre nach all dem, was wir in den letzten Wochen und Monaten erlebt haben, äußerst schwierig auch im Bewusstsein der Menschen wieder zu verankern. Daher hier heute und gerade vor Ihnen, geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses, der dringende Appell, jeder möge sich selber schützen, indem er sich an das hält, was es derzeit an Reglements gibt. Wenn ich mich selber schütze, schütze ich andere. Wenn sich jeder andere selbst schützt, schützt er mich. Und das ist etwas, was man aufeinander aufpassen, einander behüten, Solidarität, Mitmenschlichkeit oder wie immer nennen kann. Wie immer Sie es nennen, es ist unabdingbar, denn es entscheidet unsere nahe Zukunft. (*Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion.*) Ich möchte auch kurz erwähnen, warum das so wichtig ist, und auch hier schließe ich an einen Vorredner an: Meine Damen und Herren, das Bundesland Kärnten zählt 561.148 Personen mit Stichtag 01. Jänner 2020. Mit Stichtag 01. April 2020 waren in der Republik Österreich 562.000 Personen arbeitslos. Arbeitslose in der Größenordnung unseres Bundeslandes Kärnten! Daher ist es so wichtig, daher ist es so notwendig, dass wir alles tun, um möglichst sicher eine zweite Welle zu vermeiden, Schritt für Schritt wieder so in die Gänge zu kommen – ich verwende diesen lapidaren Begriff –, um wieder in Normalitäten zu kommen, die uns lange genug mit dem, was jetzt allein schon passiert ist und global noch anhält, um uns mit dem so auseinanderzusetzen, dass wir diesen Wiederaufbau für unser Österreich, für unser Europa, wahrscheinlich auch weltweit gemeinsam zustande kriegen. Denn täuschen wir uns über eines nicht hinweg: Unsere Wirtschaft ist exportorientiert, unsere Lebensverhältnisse sind entscheidend von Industrie und Tourismus geprägt, unsere Psyche ist keine, die sich abkesselt und abschottet, wir möchten mit Menschen Kontakt haben, das ist eine gesellschaftliche Konstante. Das heißt, wir werden nicht mit dieser Abgekapseltheit wie derzeit auf immer und ewig und längste Zeiten auskommen

können. Daher ist es wichtig, sich jetzt zu disziplinieren, um dann, wenn es die Chance für die Zukunft gibt, hier wieder diesen Wiederaufbau zu leisten, bei dem ich jede und jeden warne, zu glauben, dass das in wenigen Monaten getan ist. Es wird sehr, sehr vieles an Neuem geben müssen, Grundsicherungen, Absicherungen der Existenzen, langfristige Programme, einen Europäischen Wiederaufbau-Fonds, um nur einiges schlagwortartig, ohne näher auszuführen, dafür fehlt heute die Zeit, anzusprechen und Ihnen aufzuzeigen, in welche Richtung auch wir hier im Kärntner Landtag bei Budget-Erstellungen, bei Rechnungsabschlüssen, bei Perspektiven und Strategien uns in nächster Zeit auseinandersetzen werden.

Ich möchte zu den 27 Artikeln des Sammelgesetzes nur jene mit einigen wenigen Gedanken streifen, die jetzt meinen Zuständigkeitsbereich betreffen. Es ist das Landes-Verfassungsgesetz, das – und hätten Sie mich vor Monaten gefragt, hätte ich gesagt, brauchen wir nicht – Videokonferenzen auch der Landesregierung sowie anderer öffentlicher Körperschaften ermöglicht. Ja, manchmal braucht es offensichtlich einen anderen Anschlag als den, den wir gewohnt sind, um auch in diese Technologien so einzusteigen und damit Demokratie ausüben zu können, wenn physisches so nicht machbar ist. Wir haben mit der Kärntner Dienstrechtsgesetz- und Landesvertragsbedienstetengesetz-Novelle auch geregelt, dass Telearbeitsanordnungen möglich sind, auch das mag so ein kleiner Türspalt in die Zukunft sein, gleichzeitig aber auch als Solidarität gegenüber allen anderen in der Privatwirtschaft verstanden, dass wir auch die Möglichkeit haben, von Dienstgeber-Seite her zwei Wochen an Urlaub zuzuordnen, damit trotz alledem die notwendige administrative Arbeit über die Bühne gehen kann. Wir haben das Kärntner Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsgesetz, wo wir heute sicherstellen – und das haben viele in diesem Land nicht verstanden –, dass wir normalerweise von Gesetzes wegen überall dort, wo Kindergärten keine Gruppenstärke mehr haben, und das sind hunderte in diesem Land, sicherstellen müssen durch Ihre Entscheidung, geschätzte Abgeordnete, dass wir zu 100 Prozent die Gruppenförderung, egal, ob für Kindertagesstätten oder für Kindergärten, auszahlen dürfen, auch wenn die gesetzlichen Fristen beziehungsweise Schritte und Größenordnungen unter-

Kaiser

schritten sind. Und wir werden das auch verlängern. Wir verlängern das auf die Dauer dieses Kindergartenjahres, und wir werden es auf Anregung, die von vielen Seiten der Parteien dieses Hauses auch gekommen ist, auch in entsprechender Form machen, dass wir das Kärntner Schulgesetz hinsichtlich des Nachlasses von Elternbeiträgen bei Ganztages-Schulbesuchen ermöglichen werden, um hier jenen, die zwar keine Leistung empfangen, auch weniger Geld haben, es zu ermöglichen, dass hier ein Nachlass, eine Stundung oder eine Reduzierung des Preises möglich gemacht wird. Und wir haben mit dem Kärntner Volksbegehrensgesetz auch Terminverschiebungsmöglichkeiten für Einleitungsverfahren und für Abhaltung von Volksbegehren gemacht. Alles keine großen Schritte, aber Schritte, die zeigen, dass alle Abgeordneten des Kärntner Landtages und die Kärntner Landesregierung wissen, dass in gewissen Bereichen derzeit Veränderungen, auch wenn sie zeitlich beschränkt sein mögen, notwendig sind.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, mich auch bei Dr. Primosch herzlich zu bedanken, es war eine großartige Leistung, das so mit den Einbindungen der Meinungen aller im Kärntner Landtag vertretenen Parteien zustande zu bringen, dass wir uns heute – Sie gestatten den Begriff – soweit fit machen, um den neuen Herausforderungen unter diesen gegebenen Umständen auch adäquat von Gesetzgeber-Seite und Exekutive begegnen zu können. Ich möchte mich aber auch beim Koordinationsgremium des Landes Kärnten unter der Führung von Günther Wurzer bedanken! Danke allen Menschen insgesamt, die zur Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen, des beruflichen, des wirtschaftlichen, des arbeitsmäßigen Lebens in Kärnten beitragen, und ich kann nur noch einmal an Sie alle appellieren: Seien wir vorsichtig, lassen wir uns nicht durch Dinge jetzt verleiten, so knapp davor, dass wir wieder den ersten sanften Schritt in die so vielgepriesene und so anstrengenswerte Normalität uns selbst vermessen! Bleiben Sie gesund, frohe Ostern an alle, ich danke dem Kärntner Landtag, dass er so großartig die Demokratie, die gesetzgebende Körperschaft in diesem Land vertritt! *(Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Danke, Herr Landeshauptmann! Als nächster Redner ist der Abgeordnete Mag. Leyroutz am Wort, ich darf ihn zum Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Leyroutz** (FPÖ):

Hohes Haus! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Interessierte Zuhörer zu Hause vor den Bildschirmen! Ich möchte mich eingangs den Dankesworten vom Kollegen Scherwitzl, die sehr ausführlich waren, vollinhaltlich anschließen und ebenfalls sämtlichen Personen, aber insgesamt allen Kärntnerinnen und Kärntnern für die Konsequenz in der Beibehaltung der Maßnahmen und für ihren Einsatz für die Allgemeinheit danken! Wir haben heute im Ausschuss eine unheimlich interessante und gute Diskussion zum Maßnahmenpaket geführt, was ja schlussendlich auch dazu geführt hat, dass insbesondere bei der Wohnbeihilfe ein sehr wichtiger Einwand von uns auch von der Koalition berücksichtigt worden ist, nämlich dass auch selbständige EPU und Unternehmer in den Genuss einer Wohnbeihilfe kommen können, wenn die Voraussetzungen vorliegen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Zeichen für die Unternehmer, um das einmal voranzustellen.

Vielleicht, bevor ich näher auf die einzelnen Bestimmungen, insbesondere dann zur Änderung des Tourismusgesetzes eingehe, ein paar allgemeine Repliken zu meinen Vorrednern, die kürzeste zum Kollegen Köfer: Kollege Köfer, der du dich immer als die konstruktive Opposition bezeichnest, du hast heute wahrscheinlich den Kärntner Landtag mit dem Nationalrat ein wenig verwechselt, nachdem du mit keinem einzigen Wort auf die heute zu fassenden Beschlüsse eingegangen bist. Es wäre interessant gewesen, wie deine Partei zu den einzelnen Punkten steht, aber so viel dazu. *(Abg. Köfer: Wir haben noch einen Redner. Abgeordneter Klocker: Nicht so ungeduldig!)*

Als Replik zu Kollegen Scherwitzl: Ich bin bei dir, dass Maßnahmen erforderlich sein werden, insbesondere in Bezug auf die Wirtschaft und in Bezug auf die Verteilungsgerechtigkeit. Was aber nicht angehen kann, ist, das vorneweg gleich ideologisch lösen zu wollen, mit der Einführung von Vermögens-, Erbschafts- und ande-

Leyroutz

ren Steuern. Ich glaube, das ist ein wenig ein zu kurz gegriffener Ansatz. Es wird tatsächlich nicht auf den Klassenkampf ankommen, sondern auf den wahren Begriff Solidarität und wirklicher Verteilungsgerechtigkeit, wo man wahrscheinlich die bisherigen Denkschulen außer Acht lassen wird müssen und überlegen, wie man tatsächlich das Wirtschaftssystem in Österreich, in Kärnten auch wieder retten kann und wie man insbesondere nicht nur auf die unselbständigen Arbeitnehmer schauen wird, sondern auch auf die Unternehmer. Wir dürfen ja nicht vergessen, dass die Unternehmer die wirklich Leidtragenden sind. So schmerzlich es ist, dass die Angestellten und Arbeiter ihre Jobs verlieren, so gibt es doch für diesen Personenkreis eine adäquate Hilfe und sie haben eben nicht mit solchen Verlusten zu kämpfen. Ich erinnere daran, dass Beherbergungsbetriebe, Seilbahnunternehmen und Gastronomiebetriebe überhaupt geschlossen sind und sofern sie nicht die Möglichkeit haben, im Rahmen eines Caterings tätig zu sein oder im Rahmen eines Abholdienstes, dass sie tatsächlich null Einnahmen haben. Wenn du ein Unternehmen hast in einer Größenordnung mit 20, 25 Mitarbeitern, dann laufen dennoch die Kosten weiter, bei null Einnahmen. Und bei Nulleinnahmen ist der Härtefall-Fonds 1 und 2, den die Bundesregierung hier vorgestellt hat, einfach nicht ein adäquates Mittel, weil wenn ich einen Zuschuss monatlich von 500,00 Euro oder 1.000,00 Euro bekomme, kann ich nicht einmal ein bis zwei Prozent wahrscheinlich meiner Ausgaben tätigen.

Und das ist genau der Punkt, der mich zum Kollegen Malle führt und zu den Ausführungen heute im Ausschuss durch den für den Tourismus zuständigen Landesrat Schuschnig, der auch für die Wirtschaft verantwortlich ist. Ich glaube, dass die vorgenommene Gesetzeslage auf Bundesebene, nämlich mit dem COVID-19-Maßnahmengesetz und der de facto Aushebelung des Epidemiegesetzes, tatsächlich einer der wirklich größten Fehler der Bundesregierung war, weil der dazu geführt hat, dass Unternehmer mittlerweile Bittsteller sind. Ich habe bereits ausgeführt, mit 500,00 bis 1.000,00 Euro können eben die Verdienstentgänge und die Entschädigungen nicht aufgefüllt werden. Und wenn von Landesrat Schuschnig davon gesprochen wird, dass das Epidemiegesetz nur für einen ganz eingeschränkten Kreis gelten würde, nämlich wenn in

dem Unternehmen selbst ein Anlassfall auftreten würde, dann sei ganz allgemein auf die Materialien zum Epidemiegesetz verwiesen, wo genau das nicht ausgeführt wird auch auf den klaren gesetzlichen Wortlaut. Ich glaube, und das werden wir heute noch mit einem Dringlichkeitsantrag untermauern, es ist eine dringende Notwendigkeit für den Geldmarkt, für das wirtschaftliche Überleben der Unternehmer, einen Anspruch der Unternehmer auf eine vollkommene Entschädigung wieder sicherzustellen und herzustellen, denn hier geht es tatsächlich um Solidarität. Denn die Unternehmer, Gastronomen, Beherbergungsbetriebe haben ihre Unternehmen nicht geschlossen, um sich selbst zu schützen, sondern erweisen damit auch der Allgemeinheit einen Dienst, nämlich auf Einnahmen zu verzichten, um die Ausbreitung des Virus hintanzuhalten, und genau damit wird den Bestimmungen des Epidemiegesetzes entsprochen. Und es ist einfach nicht einzusehen, dass auf der einen Seite einzelne Berufsgruppen von Schließungen nicht betroffen sind, wir als Politiker, die Landesbeamten, der gesamte öffentliche Bereich gehört zu dem Kreis, der davon nicht betroffen ist, der nach wie vor über das Einkommen verfügt, aber die Unternehmer sind von heute auf morgen tatsächlich auf sich alleine gestellt. Und wenn wir insbesondere bei den kleinen, kleinsten und mittleren Unternehmen die Eigenkapital-Struktur ansehen, dann wissen wir, dass Mitte bis Ende des Jahres die Insolvenzen ins Haus stehen werden. Und was das dann schlussendlich für den Kapitalmarkt, für den Arbeitsmarkt bedeutet, wissen wir alle, daher ist hier dringend Handlungsbedarf gegeben.

Und um noch auf Kollegen Malle zu replizieren, der ausgeführt hat, dass die derzeitige Krise kein Spielfeld für politisches Kleingeld-Waschen ist: Ich stimme dir vollkommen zu, wir handeln auch dementsprechend unserer Verantwortung. Nur, wenn ich mir die Tätigkeit der Bundesregierung ansehe, wenn ich mir die tagtäglichen Pressekonferenzen ansehe, wo man dann kurzfristig Pressekonferenz und Inhalte ändert, um sich selbst besser darzustellen und dann darstellt, man hat ein Unternehmen gefunden, das 500.000 Schutzmasken produzieren kann, dann geht das an der Kommunikation, dann geht das am Informationsbedürfnis vorbei und da steht eben das politische Kleingeld im Vordergrund und das eigene Darstellen, und das ist eigentlich zu-

Leyroutz

tiefst zu verurteilen. Ich würde mir wünschen, dass mehr die Fachinformation im Vordergrund steht, vor allem insbesondere die Fachinformation durch Experten und da, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die derzeitige Information auch in Kärnten und in Österreich viel zu kurz gegriffen. Ich würde mir wünschen, dass weniger die Politik die einzelnen Punkte diskutiert, aber dafür die Experten und die unterschiedlichsten Experten mit den unterschiedlichsten Fachmeinungen einen Exkurs führen, um die Bevölkerung wirklich in jeder Hinsicht zu informieren, damit nicht Fake-News, wie du richtigerweise auch angedeutet hast, zu sehr herumgereicht werden. Aber Faktum ist, jede Kritik mundtot machen zu wollen unter dem Hinweis auf Fake-News, ist schlichtweg untragbar, und das wird sich so auch nicht spielen, wie überhaupt wir von der Freiheitlichen Partei uns das eigene Denken auch nicht nehmen lassen werden, und ich glaube, das ist ja auch besonders wichtig. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das heutige Kärntner COVID-19-Sammelgesetz wurde von uns im Vorfeld eingehend geprüft, wir haben heute eine umfassende Diskussion zu den einzelnen Punkten geführt, und wir werden dieses Gesetz, nachdem im Vorfeld bereits angekündigt wurde, dass allenfalls eine ziffern- und artikelmäßige Abstimmung erfolgen könnte, dennoch die gesamte Gesetzesbestimmung mittragen, weil wir glauben, dass sie inhaltlich, vor allem unter den formellen Gesichtspunkten richtig ist. Wir haben, wie es Herr Klubobmann Darmann bereits ausgeführt hat, bei einigen Punkten Änderungs- und Ergänzungswünsche, weil wir glauben, dass es sinnvoll ist, sich damit auseinanderzusetzen. Ich glaube auch, dass es notwendig sein wird, und mich wundert es, und da ergeht die Anfrage an dich, lieber Herr Kollege Leikam, warum der Finanzausschuss noch nicht zusammengetreten ist. Ich glaube, es wird wichtig sein, nicht die vergangene politische Tätigkeit aufzuarbeiten, das wird eine Arbeit der nächsten Wochen und Monate sein, da ist das Gebot der Stunde, jetzt, die Finanzierung des Landes Kärnten sicherzustellen. Es ist das Gebot der Stunde, jetzt sich wirklich Gedanken darüber zu machen, was sind die Aufgaben des Landes Kärnten weiterhin. Und wir haben auch heute im Ausschuss darüber gesprochen, dass auch in jeder Krise eine Chance steckt, und ich glaube,

dass genau jetzt diese Chance da ist, um die gesamten Transferleistungen, die Entflechtung der Transferleistungen, insbesondere im Zusammenhang mit der Gemeinden-Finanzierung, mit der Finanzierung der KABEG tatsächlich einmal genau unter die Lupe zu nehmen, um zu überlegen, was ist denn tatsächlich noch sinnvoll, was ist zeitgerecht und wie kann man hier zu sachgerechteren Lösungen kommen, denn wir wissen, dass insbesondere bei der Finanzierung der KABEG einige Finanzierungsbomben zu Lasten der Gemeinden, aber auch zu Lasten des Landes Kärnten stecken, und hier wird Handlungsbedarf geboten sein.

Was mir auch auffällt, ist, dass von der Finanzreferentin bis auf einen Artikel heute noch keine Wortmeldung zur finanziellen Lage des Landes Kärnten zu laufenden Projekten, zu laufenden Projekten in den Gemeinden abgegeben wurde, auch hier wird eine dringende Evaluation erforderlich sein. Und ich glaube, dass der Finanzausschuss das richtige Gremium wäre, um grundsätzlich über die Zukunft zu diskutieren. Und wann, wenn nicht jetzt, bestünden aufgrund des Home-Office für die einzelnen Mitarbeiter des Landes Kärnten tatsächlich auch die praktischen Möglichkeiten, sich Gedanken zu machen, welche Aufgaben muss das Land Kärnten vordringlich in der nächsten Zeit übernehmen, welche Wirtschafts- und welche weiteren Pakete sind zu schnüren, um die Unternehmen, um die Wirtschaft wieder aufzubauen und gleichzeitig für Beschäftigung zu sorgen.

In dem Sinne, bleiben Sie gesund! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächster Redner ist der Abgeordnete Bürgermeister Herbert Gaggl am Wort!

Abgeordneter **Gaggl** (ÖVP):

Herr Präsident! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kärntner Landesregierung und des Landtages! Liebe ZuhörerInnen an den Internetgeräten, wo immer Sie uns jetzt zuhören! „Sei ein Teil der Antwort auf die Probleme dieser Welt!“ Und

Gaggl

das nicht nur heute, aber im Speziellen heute, wo wir Verantwortung für uns selber tragen, aber vor allem Verantwortung für den Nächsten, für den Schwächeren, für den Unmittelbaren, für den wir Verantwortung tragen sollen. Von einem Tag auf den anderen ist alles anders geworden. Wie ich heute hier hereingegangen bin, habe ich mich nicht sehr wohl gefühlt, und zwar nicht, weil ich hier hereingegangen bin, sondern die Art und Weise, wie wir uns begegnet sind. In der letzten Sitzung noch Handschlag, Herzlichkeit, Nähe und heute diese Distanz, die wir nicht gewohnt sind, wo wir aber mit dieser Distanz zeigen den Respekt vor dem anderen und den anderen auch zu schützen und auch dem helfen, wieder den Nächsten zu schützen. Und in dieser Situation haben ganz viele in Österreich nicht gejamert, sondern die Situation erkannt, der Situation sich gestellt, die Bundesregierung, die Landesregierung, die Gemeinden mit den Bürgermeistern und den Kolleginnen und Kollegen und vor allem auch die Bürgerinnen und Bürger hier in Kärnten und in Österreich. Sie haben gemeinsam Lösungen gesucht und nicht gejamert. „Sei ein Teil der Antwort auf die Probleme dieser Welt!“ Und ein Kollege, der vorher an diesem Rednerpult war, also, vorher, vorher sozusagen, der Kollege Köfer, der schaut anscheinend manchmal zu viele Filme, vor allem schlechte Filme. (*Einwand von Abgeordnetem Köfer.*) Auf der einen Seite behauptet der Kollege, wir wissen alle nicht, wie gefährlich das ist und was da herumgeredet wird und auf der anderen Seite sagt er, es ist eigentlich alles zu spät passiert, viel zu spät und sowieso alles falsch, zu viel PR, zu wenig PR, zu wenig Transparenz, zu viele Pressekonferenzen und so weiter. Möge das seine Meinung sein, aber die Meinung der Österreicherinnen und Österreicher ist eine andere: Über 80 % Zustimmung zu den Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung und den handelnden Personen. Ich denke, das hat es in dieser Art und Weise und in dieser Form eigentlich noch nie gegeben. Und ich bin froh darüber, lieber Kollege Leyrouz, dass Pressekonferenzen stattfinden, dass die Menschen informiert werden, dass die Menschen über die aktuellen Situationen, die sich ja stündlich, wenn nicht sogar minütlich ändern, informiert werden. Gerade der Landeshauptmann hat früher gesagt, wie wichtig es ist, die sachliche Information rüberzubringen. Und dass dazwischen auch Fehler passieren können – es passieren allen Fehlern, das ist

selbstverständlich. Der werfe den ersten Stein, der bitte keine Fehler macht! Kollege Köfer redet auch vom Überwachungsstaat und verteidigt jene, die sich nicht an die Gesetze halten, meine Damen und Herren, und da möchte ich schon eines auch klar sagen: Wenn wir uns alle daran halten, werden wir die Chance haben, recht bald wieder in ein normales Leben zurückzukehren. Und wenn diejenigen, die glauben, sich nicht daran halten zu müssen und andere gefährden und uns das wieder sozusagen verzögern, diejenigen noch zu schützen, dazu sind wir nicht zu haben, meine Damen und Herren! Und schauen wir nur nach Italien, schauen wir nach Spanien: Wenn wir die Bilder in Italien anschauen, dann geht mir das Grausen! Ich habe einen lieben Freund, der in Bergamo wohnt mit seiner Familie, mit dem ich öfter telefoniere, der mir gesagt hat: „Weißt du, es ist schon erschütternd, wenn Ärzte entscheiden müssen, ob du behandelt wirst oder nicht, weil die Katastrophe derart groß ist, dass sie nicht bewältigbar ist!“ Gesundheit ist nicht gegen Wirtschaft auszuspielen, nicht gegen Soziales, nicht gegen Arbeitsplätze, sondern es geht nur miteinander, das ist ein Rad, das nur dann funktioniert, wenn alle Räder geschmiert sind und alle Räder funktionieren.

Nun ein paar Sachen zum Corona-Sonderlandtag: COVID-19-Gesetz ist die Antwort darauf, was wir bisher erlebt haben und erleben haben müssen. Einige Details: In Artikel I, die Videokonferenz für die Regierungssitzung, eigentlich „no na net“, muss man sagen. Selbstverständlich, diese technischen Möglichkeiten sollte man nutzen, auch in Zukunft des Öfteren. In Artikel III, in der Allgemeinen Gemeindeordnung ist es vorgesehen, dass man auch im Gemeinderat Umlaufbeschlüsse machen kann und auch Videokonferenzen, genauso wie Gemeindevorstand und Ausschüsse. Auch eine Maßnahme, die dringend notwendig ist, um eben das Funktionieren der Demokratie aufrechtzuerhalten. Ich denke, hier hat der Bund die richtigen Beschlüsse und hier werden auch wir die richtigen Beschlüsse fassen. In Artikel V, in der Bauordnung, ja, dringend notwendig, wenn es um Katastrophen geht, dass Bauten gemacht werden können und vor allem auch, dass mündliche Verhandlungen oder Ortsaugenscheine nicht unbedingt durchgeführt werden müssen, sondern auch anders gehandelt werden kann, im Interesse der Arbeitsplätze und im Interesse der Auftrag-

Gaggl

geber, damit eben auch die Wirtschaft danach wieder oder jetzt wieder ins Rollen kommt. In Artikel VI, die Telearbeit, dass das möglich ist, ich denke, in Zeiten, wo die Digitalisierung so voranschreitet, ist das eine Selbstverständlichkeit, dass die Telearbeit auch stattfinden kann. In Artikel VII, Rauchfangkehrer, ein ganz wichtiger Punkt dabei auch, auch dies muss geregelt werden und das eben nachhaltig, dass eben die Rauchfangkehrer auch das, was sie jetzt versäumen nachholen können und müssen. In Artikel IX, Kinderbetreuung, ist ein wesentlicher Punkt, mit dem ich mich intensiv beschäftigt habe, auch intensive Kontakte mit allen Betreibern und mit dem Kärntner Gemeindebund und auch mit dem Landeshauptmann gehabt habe. Im § 36 wird die Anzahl der Kinder, eben die Gruppenförderung festgelegt, dass diese Gruppenförderung nicht an die Anzahl der Kinder gebunden ist. Die Kurzarbeit wird ermöglicht, also, bei den Betreibern, nicht Gemeinden, sondern eben Betreibern, die private Betreiber sind. Die Reduzierung der Elternbeiträge wird möglich, Kinder-Stipendium wird 50 Prozent reduziert.

Dazu, meine Damen und Herren, ein paar Gedanken noch von meiner Seite zu diesem Kinderbetreuungsgesetz: Die Eltern sollen die Kinder nicht in den Kindergarten bringen, in die Kinderbetreuung, nur jene, die systemerhaltend sind, wo es nicht anders geht oder keine Betreuung vorhanden ist. Und jetzt frage ich mich, ist es ganz korrekt und ist es in Ordnung, wenn man die Eltern sozusagen auffordert, die Kinder nicht in den Kindergarten zu bringen, die Kinder keine Leistung in Anspruch nehmen, dann den Eltern einen Kostenbeitrag vorzuschreiben? Ich glaube, nicht. Gerade in Situationen, wo man Familien, wie auch der Landeshauptmann gesagt hat, unterstützen müsste, wäre es jetzt umso wichtiger, diesen Elternbeitrag auch nicht vorzuschreiben. Der Landeshauptmann war so nett und hat die Gemeinden und Betreiber aufgefordert, auf 50 Prozent der Beiträge zu verzichten. Jetzt müssen sie aber immer noch 50 Prozent zahlen, das passt mit meiner ersten Frage nicht zusammen. Parallel dazu schauen wir jetzt wieder, nachdem die Gemeinden einen Großteil der Finanzierung der Kinderbetreuung übernehmen, auch wenn es private Betreiber sind, so wie beim Andi Scherwitzl zum Beispiel, oder bei mir, weil die Ausfallhaftung da ist, bekommen wir von der Abteilung 3, von unserer Aufsichtsbehörde

das Schreiben und sagen, ihr dürft auf keine Einnahmen verzichten und sparen, überall, wo es geht. Ich habe dem Landeshauptmann dann im Telefonat gesagt, „Herr Landeshauptmann, bitte, das musst du mir noch erklären, wie das funktionieren sollte, auf das eine sollen wir verzichten, und das andere sollte nicht gehen“. Gleichzeitig 50 Prozent weniger Kinder-Stipendium. Das wird auch ein Problem, weil ja genau das, nämlich das Stipendium ist ja auch für die Betreiber ein Betriebsertrag. (*Einwand von Landesrat Fellner.*) – Nein, lieber Herr Landesrat, schau‘, im Grunde genommen bekommen das Stipendium – Warte ein bisschen, bevor du schüttelst, lasse mich einmal kurz ausreden, dann kannst du schütteln. – das Kinder-Stipendium steht dem Kind zu, das heißt, dem Elternbeitrag. Normalerweise haben das Kinder-Stipendium die Eltern zu bekommen und ist nicht über den Betreiber abzurechnen, der einen zusätzlichen Aufwand und sonst etwas hat. Ganz einfach! Wenn jetzt angenommen, ich sage einfach nur einen Betrag, 100,00 Euro die Eltern zahlen müssen für die Betreuung des Kindes, das Stipendium macht dann angenommen 50,00 Euro aus, dann bekommen die Eltern 50,00 Euro und es bleiben netto für die Eltern 50,00 Euro über. Ist das so okay? Sind wir hier d'accord? So! Jetzt habe ich nur einen Betrag genommen, die Beträge stimmen jetzt nicht mit dem überein. Das heißt also, jetzt aber ganz klar zu sagen, wenn die Betreiber jetzt 50 Prozent weniger verlangen, das mindert ja den Ertrag, oder? Danke! Mehr wollte ich nicht haben. Dann muss man sagen, die Gemeinden als gesamtes, ich habe die neuesten Zahlen heute vom Gemeindebund, der auch im RVI-Ausschuss informiert worden ist, wenn man auf 50 Prozent verzichtet auf die nächsten drei Monate, dann sind das zusätzliche Kosten für die Betreiber von 2,9 Millionen Euro, wenn man nur 10,00 Euro verlangt, 4,1 Millionen Euro. Nur als Fakt, das ist Faktum, damit man das einmal klar festlegt. Deswegen, denke ich, wir sollten im Interesse dessen, dass wir gemeinsam auch hier immer wieder sagen, wir wollen kinderfreundliches und familienfreundliches Bundesland sein, dann müssen wir auch in diesen Dingen in der Form handeln, und ich denke, es wäre jetzt der richtige und der gemeinsame Weg, auch das unter Beweis zu stellen. Ich nehme als Beispiel die Steiermark: Es hat hier eine sehr, sehr klare und ganz schnelle Antwort für alle, nämlich für die Steirer und Steirerinnen gegeben, und zwar

Gaggl

folgendes: Da gibt es den Brief, ich kann den auch zeigen, an alle Betreiber, wo man gesagt hat, die Eltern brauchen keinen Beitrag zu zahlen. Bitte, Betreiber, sagt den Eltern, damit wir noch liquid sind, könnt ihr nicht jetzt ein, zwei Monate noch zahlen, aber ihr Eltern bekommt dann entweder eine Gutschrift oder ihr bekommt das Geld zurück überwiesen. Und das Land Steiermark übernimmt die ausfallenden Beträge. Und dann hat wieder jemand gesagt, aber da wird sich ja jemand bereichern, da könnte sich ja jemand bereichern und so weiter, weil Kurzarbeit und hin und her. Das ist wohl relativ einfach zu regeln in einem Satz in einem Gesetz, wo man sagt, okay, dass der tatsächliche zusätzliche Aufwand eben erstattet wird.

Ich denke, da soll man gemeinsam wirklich daran arbeiten, dass es besser wird, damit wir auch in diesem Bereich die Kindergartenplätze und die Betreuungsplätze erhalten können, dass es nicht zu diesen Situationen kommt, wo in den Städten dann vor allem gesagt wird, okay, wenn ich mich jetzt abmelde, dann bekomme ich keinen Platz mehr. Dieses Problem werden wir auf dem Land draußen nicht haben. Welcher Bürgermeister wird dann draußen sagen, du bekommst keinen Platz mehr. Den möchte ich mir anschauen, das wird nicht funktionieren. Deswegen eine große Bitte, wir werden intensiv gemeinsam darüber nachdenken müssen, wie wir dieses Problem lösen, nämlich so lösen, dass es für alle gleich ist, dass nicht ein Betrieb gegen den anderen ausgespielt wird, eine Gemeinde gegen die andere und so weiter, sondern dass das für alle gleich gilt. Diese Bitte habe ich hier wirklich an den Referenten und alle daran Beteiligten, das ist der Gemeindebund, das sind alle privaten Betreiber und das sind natürlich auch die Gemeinden.

Zum Artikel XXIV, die Wohnbauförderung, die Soforthilfe – perfekt und auch das was die Freiheitlichen dazu noch in Ergänzung gebracht haben. Und hier ein kleiner Satz in der Begründung vielleicht, der mir aufgefallen ist, den wir auch für die Zukunft verwenden sollten. Da steht nämlich in der Begründung, „vorübergehend wird empfohlen, unbürokratischer und rascher gewähren zu können“. Ich denke, das sollte überhaupt generell sein, unbürokratisch und rasch, oder? Das sollten wir uns an oberster Stelle hineinschreiben, weil als Begründung zu schreiben und dann das nur zu befristen, unbü-

rokratisch sind wir nur bis Ende August und dann machen wir wieder mit Volldampf dahin, das sollten wir schon ändern. Deswegen denke ich auch mit einem Schmunzeln an eine gemeinsame Fortsetzung. (*Abgeordneter Scherwitzl: Noch unbürokratischer und rascher!*) – Okay, dann fehlt das Noch! Danke, Herr Kollege! (*Ersster Präsident Ing. Rohr übernimmt den Vorsitz.*)

Nun, zu den Gemeinden ist noch zu sagen, weil wir natürlich auch vor Ort draußen intensiv mit der täglichen Situation zu tun haben, die Gemeinden sind in vielen Bereichen Vorbild, und ich möchte wirklich sagen, die Gemeindegemeinschaften und Mitarbeiter, die im Wasser, die im Kanal, die das Müll-, die das Wertstoff-sammelzentrum und so weiter, alles aufrechterhalten, dass es funktioniert, dass ein Wasserrohrbruch am Sonntag-Mittag, um 12.00 Uhr, in zwei Stunden wieder erledigt ist und so weiter – Tausend Dank! Das ist bei Weitem nicht selbstverständlich unter den schwierigen Voraussetzungen. Und die Gemeinden sind auch Vorbild, wenn es um Investitionen geht, meine Damen und Herren! In Österreich sind 65 Prozent der öffentlichen Investitionen von den Gemeinden. 65 Prozent! Und das ist gerade jetzt von größter Bedeutung, weil das sind die Arbeitsplätze in den Regionen vor Ort draußen und deswegen heißt es nicht nur „Heim-Kaufen“, sondern auch „Heim-Investieren“. Das heißt, dort zu investieren, wo wir es brauchen, in den Regionen draußen. Und dafür brauchen auch gerade die Gemeinden Geld und „ohne Geld is ka Musi“, in dem Fall, wie man sagen kann. Und wenn wir die Entwicklung der Zukunft jetzt anschauen, dass die Einnahmen sich massiv reduzieren werden und die Ausgaben sich massiv in dem Ausmaß, wahrscheinlich sogar mehr erhöhen werden, nämlich nicht diejenigen, die die Gemeinden selbst vor Ort haben, dann wird es ein Riesenproblem werden. Und wir wollen nämlich ein Teil der Lösung sein, alle Gemeinden, weil im Endeffekt wohnt jede Kärntnerin und jeder Kärntner in einer Gemeinde. Wir wollen ein Teil der Lösung sein und deswegen bitte ich auch und daher ein Appell an den geschätzten Gemeindefürsprecher: Machen wir eine Task Force! Es ist extrem notwendig für die Gemeinden, jetzt sofort zu handeln, damit wir in Zukunft wieder starten können. Wie sollen wir hochfahren, wenn es für die Feuerwehren, für die Straßen, für die Schulen, für Sport, für Spielplätze, für Ortsbild,

Gaggl

für Tourismus, für kleinste, minimale Projekte kein Geld gibt? Wenn wir das Schreiben bekommen, alle Projekte einzustellen, alles zu sparen und alles einzunehmen? Ich bitte dich darum, (*Einwand von Landesrat Fellner.*) – Bitte? Ja, ich habe es bekommen. Es sind alle Projekte, die noch nicht – (*Neuerlicher Einwand von Landesrat Fellner.*) – Auch, ja! (*Vorsitzender: Bitte, nach Möglichkeit dem Redner zuzuhören und keine Dialoge da jetzt zu führen.*) – Das Schreiben ist hier folgendermaßen gekommen, dass die freiwilligen sind auf das Minimum herabzusetzen, es haben die Bürgermeister eben dafür Sorge zu tragen dass eben die Weisung erteilt wird, dass auch eine Kreditsperre zu machen ist für diese freiwilligen Ausgaben. Es steht drin, dass jene Projekte, die nicht ausfinanziert und nicht begonnen sind, zu hinterfragen und nicht zu starten sind. So steht es drin, und so ist es genau zu handhaben. Damit das richtiggestellt ist, bitte! Aber noch einmal, es geht jetzt nicht darum, was da drin steht, sondern ich appelliere nur, dass wir gemeinsam darüber nachdenken. Das Problem, das auf uns zukommt, das ist vollkommen egal, das ist „wurscht“, welcher Bürgermeister welche Farbe hat oder sonst etwas, das ist vollkommen egal! Wir haben alle das gleiche Problem vor Ort zu lösen und das können wir nur gemeinsam lösen. Deswegen bitte ich darum, dass wir gemeinsam ein Teil dieser Lösung sind und so schnell wie möglich schauen, dass wir hier hochfahren können. Weil wir werden auch schauen, wie schaut es mit den ganzen Arbeitsplätzen vor Ort aus? Tief-, Hochbau, Dienstleistungen, Events, da hängen wahn-sinnig viele Arbeitsplätze daran. Tourismus und so weiter. Und wir werden nur die Wirtschaft und die Arbeitsplätze sichern können, wenn Aufträge erteilt werden und deswegen, glaube ich, müssen wir alles daransetzen, dass die Aufträge in dieser Form auch erteilt werden und dass wir jetzt Maßnahmen setzen auch für kreative Finanzierungen. Kreative Finanzierungen, die mittel- und langfristig dauern, damit wir jetzt Aufträge erteilen können und Arbeitsplätze wieder sichern können und die Arbeitslosigkeit abbauen können.

Ich möchte zum Abschluss kommen und ein herzliches Dankeschön sagen! Und zwar den Menschen Danke sagen, die ein Teil der Antwort auf die Probleme dieser Zeit sind, das sind die Kärntnerinnen und Kärntner! Ein herzliches

Dankeschön, denn ohne euch würden wir heute nicht so gut dastehen, wie wir eigentlich dastehen in dieser Krise! Tausend Dank! Ich danke ganz herzlich den System-Erhaltern, das sind die Ärzte, das medizinische Personal, die Hilfsorganisationen, die Verwaltung, die nicht hoch genug einzuschätzen ist in dieser Krise, die Sicherheit, die Polizei, die Feuerwehren, die Bildung und der Handel, wo man sagen muss, das sind Menschen, die bereit sind, wesentlich mehr zu tun als sie müssen. Hut ab! Ich danke euch ganz, ganz herzlich für all das, was ihr jetzt in dieser Situation leistet! Und die Politik, die Bundesregierung, die Opposition, der Nationalrat, die Landesregierung, der Landtag, die Gemeinden und alle, die im politischen Bereich tätig sind, ihr macht einen tollen Job, denn nicht umsonst würde Österreich in dieser Art so da stehen, wie wir heute da stehen. Und genau so werden wir es auch gemeinsam schaffen können, nämlich ein Teil dieser Lösung zu sein und nicht ein Teil des Problems.

Ich kann nur sagen, wir werden natürlich dieser Novelle zustimmen, weil es ein Paket ist, das nicht nur vernünftig, sondern auch dringend notwendig ist, damit wir noch besser und noch schneller über die Krise hinwegkommen können. Ich wünsche euch von Herzen, dass ihr gesund bleibt, haltet durch, und für euch daheim sage ich nur eines, bitteschön, jetzt zu Ostern halten wir durch! Das ist jetzt das Wichtigste! Werden wir jetzt nicht nachlässig, denn wenn wir nachlässig werden, dann wird es noch sehr, sehr lange dauern. Ich bitte euch von ganzem Herzen, wünsche euch alles Gute und viel Gesundheit für die Zukunft und ein gemeinsames Miteinander! (*Beifall von der ÖVP-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gerhard Klockner vom Team Kärnten. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Klockner** (TKK):

Herr Präsident! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Zu meinem Vorredner noch zwei Sätze: Der eine, danke für die ausgezeichnete Reinigung des Rednerpults! Und zweitens, meine Enttäu-

Klocker

schung, dass scheinbar der Bundeskanzler Kurz auch Sie eingeschüchtert hat, weil wenn man Mandatare oder Landtagsabgeordnete als zu viele Filme-Schauer bezeichnet, wenn sie die politischen Vorgänge beobachten und dann kommentieren, ist das Ihrer nicht würdig, weil in den letzten 28 Sitzungen haben Sie eigentlich nicht mit Worten und Redebeiträgen gegläntzt, die der Sachlichkeit gedient hätten. (*Einwand von Abgeordnetem Gaggl.*) – Ja, dann muss man halt ein bisschen zuhören und aufmerksam sein. So! So viel zu meinem Vorredner, jetzt zur Sache.

Wer heute in Kärnten ein Corona-Feuerwehrgesetz erwartet hat, der wird enttäuscht sein, weil das Kärntner COVID-19-Gesetz ist vielmehr ein Gemenge technischer Natur und reicht von Videokonferenzen bis hin zu Fristen-Hemmungen und solchen technischen Dingen. Aber es gibt auch einige wichtige Punkte in diesem Gesetz. Wir vom Team Kärnten werden diesem Gesamtpaket Großteils unsere Zustimmung geben, denn jetzt ist nicht Zeit – wie schon einige meiner Vorredner gesagt haben – für politische Spielchen. Für die notwendige Aufarbeitung, was da jetzt passiert ist in den letzten Monaten im Bund und insbesondere auch in Kärnten, das ist ja unsere Aufgabe als Kärntner Landtag, wird es nach der Krise ausführlich Zeit geben, um das noch einmal zu beleuchten.

Ein gänzlich unkommentiertes Durchwinken des Gesetzespaketes wird es von uns aber trotzdem nicht geben. Abgelehnt wird von uns die Corona-bedingte Urlaubsregelung für Landes- und Gemeinde-Bedienstete, weil diese für uns viel zu ungenau gestaltet und definiert ist und möglicher Willkür Tür und Tor öffnen kann. Diese Regelung lässt einfach zu viel Spielraum zu, insbesondere was genau das Schlüsselpersonal sein soll. Nicht ausreichend erachten wir auch die Maßnahme zur Wohnbeihilfe, weil hier hätte es aufgrund der Situation nicht nur eine Anpassung und Erweiterung der Bezieherkreise, was ja positiv ist, erwartet, sondern auch eine gesetzlich normierte Erhöhung der Beihilfe. Bitte, nicht zu vergessen, in den letzten Jahren hat es überhaupt keine Erhöhung der Wohnbeihilfe gegeben und gerade in dieser Situation hätte man da ein Zeichen setzen können.

Positiv ist, dass mit dem Gesetz auch teilweise die Digitalisierung im Land Einzug hält, aber

interessanter Weise hat es diese Krise gebraucht, um Videokonferenzen, digitale Beschlussfassungen und Home-Office auf den Weg zu bringen. Die aktuelle Krise führt uns vor Augen, wie sehr wir eine Digital-Agenda für Kärnten brauchen. Raus aus der Kreidezeit, rein ins neue Zeitalter! Weiters positiv sehen wir die Punkte, die der Wirtschaft zugutekommen, auch wenn es nur einige wenige sind. Was uns im Gesetz besonders abgeht, sind zumindest einzelne Maßnahmen oder Ansätze, die den Gemeinden direkt finanziell zugutekommen. Die Gemeinden stehen vor riesigen finanziellen Herausforderungen. Wir haben schon in den letzten zwei Jahren diskutiert und debattiert über die Finanzkraft oder die Situation der Finanzen in den Gemeinden und haben festgestellt, dass diese nicht sehr gut ist und diese allgemein mehr Geld brauchen. Und jetzt, in dieser Krise und besonders nach dieser Krise wird es umso mehr sein. Deshalb wäre es absolut angebracht, die Landesumlage vorerst einmal auszusetzen und vielleicht anzudenken, sie ganz, überhaupt abzuschaffen. Diese Forderung wird von uns schon lange erhoben und wir haben offensichtlich jetzt mit dem Städtebund einen Mitstreiter zu diesem Thema gefunden. Ein entsprechender Antrag liegt im Ausschuss und wir hoffen, dass dieser bald zu Gunsten der Gemeinden bearbeitet wird. Ebenfalls fehlt uns eine einheitliche und klare Regelung betreffend die Elternbeiträge für Kindergärten. Kollege Gaggl hat ja schon erläutert, was jetzt neu ist, das ist okay, eine formelle Reparatur und eine Fördersicherung gibt es jetzt – sehr wichtig, aber es gibt trotzdem in Kärnten ein Durcheinander. Die eine Gemeinde erlässt nichts, die andere Gemeinde den halben Beitrag, das sollte – (*Abg. Gaggl: Also gibt es doch sachliche Beiträge.*) – Es gibt sachliche Beiträge, aber heute war einer dabei, der war schwach. Okay, also da sollte man eine einheitliche Regelung für ganz Kärnten für die Kindergarten-Beiträge treffen, damit nicht ein Bürgermeister sagt, der aus der Nachbar-Gemeinde hat zwei Monatsbeiträge erlassen, ich muss nachziehen, obwohl ich es mir nicht leisten kann. (*Klubobmann Malle: Die gibt es ja!*) – Schon, aber viele Bürgermeister warten ja auf die Empfehlungen des Landes. (*Klubobmann Malle: Die gibt es.*) – Ja, die gibt es, okay.

Und jetzt allgemein: Unserem sozialen Frieden droht Gefahr, wenn die Bürger die Beschränkungen, die es gibt, einmal nicht mehr akzeptieren

Klockner

ren und möglicherweise dagegen rebellieren. Noch akzeptiert die Gesellschaft viel, aber das könnte sich schnell ändern. Wir dürfen uns niemals daran gewöhnen, wenn Regierungen, wo auch immer auf der Welt, ohne mit der Wimper zu zucken weitreichende Einschränkungen des Lebens beschließen und damit bürgerliche Freiheitsrechte minimieren oder gar gänzlich außer Kraft setzen. Es ist die Pflicht der Politik auf Bundes- und Landesebene, sorgsam, aber trotzdem schnell Konzepte zu entwickeln, wie wir das öffentliche Leben und die Wirtschaft wieder neu starten können, damit die Menschen ehestmöglich in ihre gewohnte Freiheit und an einen Arbeitsplatz zurückkehren können. Aus der Sicht des Teams Kärnten ist es ein wichtiges Signal, dass der Kärntner Landtag heute in der schwierigen Krisen-Phase zusammengetreten ist und damit zeigt, dass die Demokratie in unserem Bundesland weiterhin funktioniert und der Kärntner Landtag voll handlungsfähig ist. Danke sehr!

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, als nächste Rednerin ist die zuständige Gesundheitsreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Dr. Beate Prettnner, am Wort. Ich erteile es ihr, bitte!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner** (SPÖ):

Hoher Landtag! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich muss ehrlicherweise sagen, ich bin ja mittlerweile schon einige Jahre hier im Kärntner Landtag vertreten, aber eine Situation wie diese habe ich bis dato nicht erlebt. Obwohl ich schon viele Krisen miterlebt habe – Hypo, HETA, HCB, etliche Unwetter-Katastrophen, Flüchtlingskrisen –, wir sind krisenerprobt, aber diese Situation hat es noch nicht gegeben. Und dieses Virus hat unser Leben maßgeblich und entscheidend verändert. Alleine, wenn ich die Sitz-Abstände hier, wenn ich uns sehe, wie wir Masken tragend im Alltag uns bewegen, genau diese Situation hätten wir uns vor einem Monat noch nicht vorstellen können, aber es wird schön langsam für uns zur Realität. Was ich für Kärnten sagen kann, ist, dass wir sehr schnell reagiert haben und dass das möglicherweise damit zu-

sammengehangen hat, dass es in unserem angrenzenden Nachbarland, in Italien derart verheerende Auswirkungen gehabt habt. Und es war der Fasching-Samstag, als die ersten Todesfälle bekannt geworden sind in Italien, und es war zu vermuten, dass noch einiges kommen wird und deshalb haben wir hier in Kärnten auch wirklich schnell reagiert und gleich am nächsten Tag, am Fasching-Sonntag, schon die erste Pressekonferenz abgehalten und am 26. Februar 2020 ein Koordinationsgremium installiert, das seit diesem Tag tagtäglich zusammentrifft und sich immer austauscht und neueste Informationen wieder eingibt und wieder austariert, welche Maßnahmen zu setzen sind. Und ich bin überzeugt davon, dass dieses rasche Handeln auch Teil dessen ist, dass wir, was die Fallzahlen an Infizierten betrifft, doch eher im niedrigen Bereich uns bewegen, weil es ganz entscheidend ist, dass man diese Strategie, die man Containment Strategy nennt, nämlich das Rückverfolgen der Kontakte, am Anfang am besten im Griff hat. Und deshalb haben wir die Situation auch derzeit in einem relativ guten Griff, und wenn man das mit dieser Methode des „Hammers und des Tanzes“ bezeichnen kann, dann hat uns das geholfen. Es hat uns geholfen, Zeit zu gewinnen, nämlich einerseits die Zeit zu gewinnen, dass wir Patientinnen und Patienten, die noch von der Grippe-Welle betroffen waren, aus den Krankenanstalten gebracht haben, dass wir derzeit auch den Regelbetrieb so heruntergefahren haben, dass wir vorbereitet sind auf noch mehr Fälle, die Corona-infiziert sein können, und es hilft uns auch, Zeit zu gewinnen, die Erprobungen von Medikamenten abzuwarten oder die Therapie-Möglichkeiten, die es in diesem Bereich gibt, denn wir erwarten uns auch da noch einige Erfolge. Und es gibt uns auch Zeit, uns noch für eine Impfung vorzubereiten, die dann ganz andere Voraussetzungen hat für diese Erkrankung.

Im Wesentlichen ist es jetzt einmal auf dieses Faktum abgestellt, dass wir unsere Krankenanstalten so aufbereitet haben möchten, dass wir gewappnet sind für die Patientinnen und Patienten, die in den Krankenanstalten behandelt werden müssen. Das ist das Eine. Aber wir müssen auch im Auge behalten, dass die Krankenanstalten funktionsfähig sind für den regulären Betrieb, für die reguläre Versorgung der Kärntner Bevölkerung, und auch das ist gewährleistet,

Prettner

denn wir stellen mit unseren Krankenanstalten auch sicher, dass jeder, der akut oder auch wenn er ein chronisch Erkrankter ist, diese Krankenanstalten aufsuchen kann. In weiterer Folge müssen wir uns auch darauf vorbereiten, dass wir die Bevölkerung vor diesem Shutdown und den Folgen des Shutdowns schützen müssen. Denn auch das hat enorme gesundheitliche Auswirkungen, nämlich Existenzängste, Depressionen, auch Gewalt in den Familien nimmt zu. Auch für diese Situation müssen wir gerüstet sein.

Aber ich möchte Ihnen jetzt einen Auszug des Maßnahmenkatalogs, den wir seit dem 26. Februar 2020 hier installiert haben, näherbringen. Es wird wahrscheinlich aufgrund des großen Umfangs nicht alles möglich sein, dass ich das in meiner Rede unterbringe, aber ich möchte Ihnen doch das hier zur Kenntnis bringen. An erster Stelle ein ganz, ganz großes Danke an Herrn MMag. Günther Wurzer, der mit großem Einsatz und mit wirklich großem Engagement dieses Koordinationsgremium leitet und tagtäglich bis spät in die Nacht arbeitet, um auch kurzfristige Anfragen, die eintreffen, abarbeiten zu können und um hier sehr entschlossen und kurzfristig arbeiten zu können. Ich möchte mich bedanken bei Mag. Sigrid Wucherer, die rechtlich unverzichtbar ist, die rechtliche Angelegenheiten für uns leitet; bei Landeshauptmann Peter Kaiser, bei Landesamtsdirektor Dieter Platzer, beim Katastrophenschutz, Markus Hudobnik, bei der Landessanitätsdirektorin Dr. Elisabeth Oberleitner, bei Dr. Wolfgang Schantl, bei Ing. Klaus Pabautz von Seiten der Rettungsdienste, die hier wirklich einen ganz, ganz großen Beitrag leisten; beim Landespressedienst Mag. Gerd Kurath und bei den Mitarbeitern der Büros, Leo Murer und Gerald Schallegger sowie auch unserem Projektmanagement, Mag. Carmen Tröbacher.

Ich möchte Ihnen auch zur Kenntnis bringen, wie die Kommunikationsschiene funktioniert. Wir sind hier sehr, sehr eng vernetzt mit den Sitzungen, die auf Bundesebene stattfinden, nämlich mit dem SKKM. Die Videokonferenzen sind in der Früh, um 09.30 Uhr und wir sind auch im ständigen Austausch mit Italien, mit Friaul-Julisch Venetien, mit dem Veneto, wir sind im engen Kontakt mit der Polizei und dem Militär. Wir haben darüber hinaus mit der kritischen Infrastruktur - und da nenne ich KELAG, Infineon, ORF, Katastrophenschutz Klagenfurt-Villach, Krankenanstalten, Verkehrsverbund,

Landesgericht, Wirtschaftskammer, ÖBB - im engen Austausch, im engen Kontakt, um auch hier bedarfsgerecht agieren zu können. Wir haben telefonische Beratungen installiert, wir sind mit den Bezirkshauptmännern und der Bezirkshauptfrau im engen Austausch, weil sie sind die Vollzugsorgane des Epidemiegesetzes und hier auch ganz wichtig, was die Ausführungsgesetze betrifft, die das Epidemiegesetz betreffen, zum Beispiel das Veranstaltungsthema und Grenz-Management und auch die Absonderungsbescheide, die jetzt in besonders hoher Zahl hier erfolgen.

Wir haben es auch eingerichtet, dass Sie als Abgeordnete immer am Laufenden bleiben, es finden täglich die Informationen an alle Landtagsparteien statt, wir informieren über Facebook, über „kärnten.tv“, über Instagram, wir informieren über Mails, wir haben eine Informationskampagne eingeleitet über Rolling Boards, Inse- rate und Spots. Wir haben auch einen Corona-Newsletter vom LPD erstellt, und wir haben Informationen mit Dienstbesprechungen im Amt der Kärntner Landesregierung eingerichtet. Ich kann auch sagen, dass unsere Kommunikation mit den Medien sehr professionell abläuft, nämlich über den Landespressedienst, mit einem einheitlichen Wording, mit Transparenz, unaufgeregt, sachlich, faktenorientiert, mit laufenden Pressemeldungen wird über aktuelle Maßnahmen informiert. Und ich möchte an dieser Stelle noch etwas erwähnen, das vor einem Monat noch ganz anders beurteilt wurde: Unsere Strategie, hier transparent, offen zu kommunizieren, wurde, als es in Kärnten einen sehr bedauerlichen Ernstfall gegeben hat, mit großer Aufregung bewertet. Mittlerweile wissen wir, dass jede Form der Vertuschung und nicht ehrlichen Kommunikation ein Desaster auslöst, und das möchte ich an dieser Stelle auch erwähnt haben. Wir haben eine Hotline installiert mit dem Bürgerservice für allgemeine Fragen und eine Corona-Hotline, wir haben aber vor allem auch im Bürgerservice installiert, dass hier vor allem Fragen zum Thema Pflege individuell, rasch und unbürokratisch beantwortet und auch gelöst werden. Es kommen hier circa 150 Anrufe täglich über diese Hotline. Ich möchte mich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung bedanken, die hier auch aus anderen Fachbereichen jetzt zur Verfügung stehen und diese Telefonanrufe entgegennehmen

Prettner

und fachkompetent auch beantworten können. Ich möchte mich auch bedanken für die Flexibilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, möchte hier auch einen Themenbereich hervorstreichen, nämlich das Grenz-Management, das auch von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus der Landesregierung bestritten wird, die hier gewährleisten, dass die Kontrollen an unseren Grenzübergängen nach Italien und Slowenien lückenlos vonstattengehen. Wir haben die amtsärztliche Rufbereitschaft für ganz Kärnten eingerichtet, wir haben Epidemie-Ärzte neu bestellt und dafür möchte ich mich auch für die gute Kooperation mit der Ärztekammer bedanken. Es hat hier mit der Ärztekammer und mit der Österreichischen Gesundheitskasse auch mehrere Termine gegeben, um das zu gewährleisten, dass wir nämlich einerseits, um unsere Strategie des Rückverfolgens der Kontakte, die eine infizierte Person hat und um das abzugrenzen und abzusondern, haben sich 40 Ärztinnen und Ärzte gemeldet, die unsere amtsärztlichen Ärzte unterstützen jetzt an den Bezirkshauptmannschaften und damit auch Teil dieser Erfolgsgeschichte in Kärnten sind, dass es hier sehr gut funktioniert. Auch dafür ein recht herzliches Danke!

Wir haben auch einen Visiten-Dienst auf die Beine gestellt, da haben sich wiederum Ärztinnen und Ärzte gemeldet, nämlich 25 an der Zahl, die bereit waren, explizit zu den infizierten PatientInnen nach Hause zu kommen, sie zu besuchen, den medizinischen Bedarf zu eruieren und sie zu servizieren, was gesundheitliche Fragestellungen betrifft, und sie arbeiten mittlerweile auch eng zusammen mit den Epidemie-Ärzten und heben teilweise Absonderungsbescheide auf. Sie sind hier ein unverzichtbares Puzzle-Teil unserer Versorgung. Wir haben in Kärnten, das ist meines Wissens das einzige Bundesland, das das so gehandhabt hat, schon vor 14 Tagen - oder drei Wochen ist es mittlerweile schon her - eine Schutzmasken-Auslieferung an die niedergelassenen Ärzte veranlasst, nämlich die Allgemeinmedizinerinnen und -mediziner, die Fachärzte, aber darüber hinaus den Zahnärzten die Masken zur Verfügung gestellt und das in einer Stückzahl - 45.000 für die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte und 12.000 für Zahnärztinnen und Zahnärzte, also durchaus in einer ausreichenden Stückanzahl. Und wir haben auch einen Ordinationsassistenten-Pool für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte eingerichtet. Wir

haben in den Krankenanstalten, mit denen wir sehr eng zusammenarbeiten - und da danke ich auch Herrn Dr. Schantl, der immer wieder an den Koordinationsitzungen teilnimmt - wir haben hier veranlasst, dass unsere Schutzmasken aus den Lagerbeständen noch einmal neu beurteilt werden. Das hat das Verteidigungsministerium übernommen und hat uns die Zertifizierung gegeben, dass wir diese Masken verwenden können. Wir haben bei der KABEG einen eigenen Eingangsbereich für Verdachtsfälle eingerichtet. Wir haben die Freihaltung von stationären Kapazitäten im Krisenfall veranlasst. Wir haben Notfallpläne adaptiert. Wir haben einen Intensiv-Koordinator installiert, das ist Professor Likar. Wir haben einen Koordinator für den Stationären Bereich nominiert, das ist Primarius Universitätsprofessor Dr. Jörg Weber, der vor allem mit den elf Fonds-Krankenanstalten in Kärnten die Koordination des Stationären Bereiches übernimmt. Wir haben mit den SchülerInnen der Krankenpflegeschule und der Fachhochschule in den Krankenhäusern eine Reserve, die eingesetzt werden kann bei Personal-Notständen. Wir haben Notquartiere errichtet. Wir haben ein Notfall-Konzept der Dialyse eingerichtet. Wir haben die Labor-Kapazitäten sukzessive und ständig ausgebaut, nämlich von ursprünglich 20 Tests pro Tag haben wir ausgeweitet am 09. März 2020 auf 70 Test pro Tag in der KABEG, Ausweitung auf 100 Tests am 16. März 2020, Ausweitung auf 400 Tests seit 24. März 2020 und nun haben wir die Ausweitung der Kapazitäten durch Anschaffung neuer Geräte auf 800 Tests pro Tag in Funktion. Wir haben mit einem Labor, einem akkreditierten in Osttirol, einen Vertrag abgeschlossen seit 15. März 2020. Wir haben es gemeinsam mit dem Ministerium geschafft, bei der ILV Kärnten eine Akkreditierung zu erlangen, dass wir auch für den humanmedizinischen Bereich Tests abwickeln können, mittlerweile sind auch hier 60 Tests pro Tag in der Auswertung möglich. Wir haben mit dem LKH Villach eine zusätzliche Test-Kapazität von 40 Tests pro Tag geschafft. Wir haben bezüglich der Proben einen Ablauf eingeführt, dass wir die Probenannahme beim Portier der Kärntner Landesregierung eingerichtet haben. Wir haben mobile Untersuchungen eingerichtet mit dem Roten Kreuz, sehr rasch, sehr unbürokratisch und schnell ist es gegangen und haben auch hier sukzessive erweitert von ursprünglich zwei Teams

Prettner

auf vier Teams, am 14. März 2020 aufgestockt, und nun haben wir ein Drive-In-Konzept, also mit zwei stationären Stützpunkten mit Kapazität 100 Tests pro Tag seit 21. März 2020.

Wir haben, was die Pflege betrifft, in der Mobilen und in der häuslichen Pflege die Stunden-Kontingente der Mobilen Pflege ausgeweitet. Wir haben eine Flexibilisierung der Mobilen Dienste, das heißt, Aufhebung der Regionsbeschränkungen eingeführt, Aufhebung der Kontingente und der Limits eingeführt. Wir haben die Tagesstätten angewiesen, weiter aufzusperren und offen zu haben, um hier auch bei Problemstellungen eine Möglichkeit der Betreuung zu bieten. Wir haben gemeinsam mit den Bundesländern einen einstimmigen Beschluss gefasst, um Betreuungskräften, die vom Ausland kommen und bereit sind, ihren regulären Turnus um vier Wochen zu verlängern, einen Bonus, nämlich einen Trennungsbonus von 500,00 Euro zu gewähren. Wir haben mit dem AMS gemeinsam eine Kooperation, dass wir Personen, die eine Pflegeausbildung haben, auch rekrutieren können, um sie einzusetzen für Betreuungen in der 24-Stunden-Pflege, und auch das ist eine wichtige Maßnahme. Wir haben bei den Pflegeheimen die Pflegeheime auch sehr früh schon informiert, nämlich mit der Installierung des Koordinationsgremiums schon am 26. Februar 2020 sensibilisiert, haben ihnen alle möglichen Unterlagen zukommen lassen und Informationen zukommen lassen. Wir haben ihnen ein Hygiene-Management mit genauen Unterlagen weitergeleitet und sie angewiesen, diese Richtlinien in ihren Einrichtungen einzuhalten. Seit 13. März 2020 gilt ein Besuchsverbot in Pflegeheimen. Wir haben die Maßnahmen und die Krisenpläne immer wieder abgefragt, wir schöpfen die Reserven mit Einzelzimmern aus, dass wir hier bei Bedarf aufstocken können. Wir haben eine Flexibilisierung der Heimverordnung vorgenommen bezüglich des Personalschlüssels, und wir haben die Ausarbeitung eines Leitfadens für Corona-Fälle bei Personal und Bewohnern ihnen übermittelt. Wir haben die Pflege-Sachverständigen angewiesen, hier mit den Heimen in Kontakt zu sein, und das ist etwas, das von meinen politischen Mitbewerbern als kritisch kommentiert wird, das erachte ich aber als sehr wichtig, weil es hat sich schon bewiesen, dass wir bei einigen Heimen noch Potential der Verbesserung haben, was Hygiene-Maßnahmen betrifft und deshalb

werden wir das auch weiter fortsetzen, obwohl wir schon 30 Heime kontrolliert haben. Wir werden das aber noch weiter durchführen, bis wir alle Heime dann letztendlich kontrolliert haben, weil es geht nicht nur um die Überprüfung, die, wie die politischen Mitbewerber sagen, auch digital erfolgen könnte, und das kann sie auch, es werden im Vorfeld ja teilweise Daten digital übermittelt, Dienstpläne zum Beispiel werden schon im Vorfeld übermittelt und können so kontrolliert werden. Aber es gibt doch Bereiche, die nur vor Ort letztendlich geklärt werden können und durch Beurteilung der Situation vor Ort. Und ich garantiere Ihnen, unsere Sachverständigen sind hier sehr, sehr genau, sie arbeiten nach den bestehenden Hygiene-Vorschriften. Es werden auch alle Schutzmaßnahmen eingehalten, aber letztendlich dient es zur Sicherheit in den Pflegeheimen. Ich bin auch sehr stolz, sagen zu können, und ich weiß nicht, wie lange ich das sagen kann, aber solange ich das sagen kann, tue ich das, wir haben derzeit in unseren Heimen keine positiv getesteten Fälle und wenn es nach mir geht, soll das lange so bleiben, aber ich schließe das nicht aus, dass es einmal passieren wird. Es hat nämlich jedes Bundesland ein Problem mit Infizierten in Heimen, aber in Kärnten ist es bis dato noch nicht der Fall, und ich führe es auch darauf zurück, dass sie vom Personal ernstgenommen werden, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehr gut darauf schauen. Und ich möchte erwähnen, dass auch die Pflegeheime Schutzmasken bekommen haben, nämlich in einer Stückzahl von 60.000, die aufgeteilt wurden. Ich habe vor Ostern noch einmal eine Abfrage veranlasst, wie der Bedarf noch ist in den nächsten Tagen, ob es noch mehr Masken braucht, auch um sicherzustellen, dass es über die Feiertage genügend Material gibt. Das ist so erfolgt, wir liefern ständig aus. Ich möchte nur an dieser Stelle erwähnen, dass die Materialbeschaffung derzeit schwierig ist, dass wir aber mit der Materialbeschaffung mit dem Bund, sozusagen mit dem S4 des Krisenstabes in enger Abstimmung sind, dass derzeit auch laufend Material kommt, aber was Masken betrifft, könnte es noch viel mehr sein. Wir haben derzeit 11.000 FFP2-Masken erhalten und 120.000 OP-Masken. Wir gehen davon aus, dass es laufend in den nächsten Tagen immer mehr werden wird, weil derzeit bekommen wir vor allem Desinfektionsmittel und Handschuhe,

Prettner

aber wie gesagt, ich hoffe, dass der Nachschub dann wiederkommen wird.

Was wir in den Pflegeheimen eingerichtet haben, da heben wir uns ab vom österreichischen Standard, wir haben in unseren Pflegeheimen eingeführt, dass jede Bewohnerin und jeder Bewohner, der neu in das Pflegeheim kommt oder der rücküberstellt wird von einer Krankenanstalt, vorher getestet werden muss. Das erfolgt, um eine zusätzliche Sicherheitsmaßnahme einzuführen. Was uns das Corona-Virus gelehrt hat, ist, viele Kilometer einzusparen und trotzdem informativ im engen Austausch zu bleiben. Das tun wir, indem wir mit den Ministern oder mit dem Bundeskanzler – das macht der Herr Landeshauptmann – jeden Tag, jeden zweiten Tag, die Abstände haben sich jetzt schon etwas verkürzt, aber wir haben mit Bundesminister Anshober tagtäglich Konferenzen gehabt, derzeit sind wir in einem Rhythmus von zweimal wöchentlich als Gesundheitsreferent, einmal wöchentlich als Sozialreferent, das heißt, wir sind hier in einem sehr, sehr engen Austausch mit Videokonferenzen und können sehr viele Themenstellungen besprechen und Problemstellungen besprechen und können auch so zu Beschlüssen kommen, die letztendlich den Österreicherinnen und Österreichern und in unserem Fall vor allem den Kärntnerinnen und Kärntnern sehr dienlich sein sollen.

Wir haben in der Behindertenhilfe Maßnahmen gesetzt, wir haben die Behinderteneinrichtungen informiert und geschult, haben auch hier Hygiene-Kräfte installiert und haben sie mit Schutzmaterialien ausgestattet. Wir haben mit Gemeinden Kontakt. Wir sind vor allem mit den Gemeinden insofern in Kontakt, da ja die Bewohnerinnen und Bewohner teilweise von der 24-Stunden-Betreuung betreut werden und deshalb haben wir auch die Gemeinden mit eingebunden, uns Rückmeldungen zu geben, welchen Bedarf es in ihrer Gemeinde individuell gibt, denn es soll ja auch in der Gemeinde die Nachbarschaftshilfe sehr intensiv gefördert werden, um hier bei Betreuungsproblemen dementsprechende Lösungen anbieten zu können. Wir haben engen Kontakt mit der Bildungsdirektion, auch mit Bildungsdirektor Klinglmair, der bei uns immer wieder im Koordinationsgremium anwesend ist und auch hier verschiedene Maßregeln und Pläne, was den Unterricht betrifft, uns näher erläutert hat. Wir haben im Betrieb der Landes-

regierung viel auf Teleworking umgestellt, haben viele Dienstwege geregelt. Das ist mit Landesamtsdirektor Platzer erfolgt. Über 1.000 zusätzliche Telearbeitsplätze sind eingerichtet worden und wie erwähnt, die Sonderjobbörse eingesetzt worden, in vielen Bereichen, wo jetzt Unterstützungsbedarf ist, und wir sind vor allem in der Abteilung 4 und Abteilung 5 auf Hochbetrieb und sind sehr dankbar, wenn es Unterstützung aus anderen Bereichen gibt. Wir haben einen Freiwilligen-Pool eingerichtet, der uns helfen soll.

Wir sind jetzt dabei, die Finanzierung der Krankenanstalten sicherzustellen, das haben wir mittels Umlaufbeschluss im KGF veranlasst, dass die Finanzierung weiter erfolgen soll, wie sie im letzten Jahr auch erfolgt ist, und wir haben das auch getan im Sozialbereich, dass wir die Finanzierung weiter fortsetzen, um hier sicherzustellen, dass die Behinderteneinrichtungen, die Einrichtungen der Chancengleichheit dementsprechend weiter arbeiten können und hier ihre Arbeitskräfte dementsprechend einsetzen können. Wir haben ein Berichtswesen, das sehr gut funktioniert, wo wir täglich unsere neuen Fallzahlen präsentiert bekommen, auch die Fallzahlen, wie sie sich in den einzelnen Bezirken ausgewirkt haben und um auch zu wissen, ob es neue Absonderungsbescheide gegeben hat. Was sehr erfreulich ist, und das ist seit Ende März der Fall, dass wir auch Fälle vermelden können, die gesund geworden sind. Das erfreuliche an diesem Berichtswesen ist, dass derzeit die gesunden Corona-Patienten mehr sind als die, die sich neu infizieren.

Wir bekommen vom Roten Kreuz einen täglichen Lagebericht über Fallzahlen, Proben, Tests, Trends, wir haben die gute Zusammenfassung von Seiten des Bundes, was Österreich betrifft, die einzelnen Bundesländer, was sich in den einzelnen Bundesländern tut, welche Ressourcen es gibt, welche Kapazitäten es gibt. Wie gesagt, wir haben den Grenzschutz eingesetzt, der vor allem, das muss ich sagen, die Bezirkshauptmannschaft Villach sehr, sehr fordert, weil in diesem Bereich doch die Hauptübergänge sind, nämlich die der Autobahn Thörl-Maglern und des Karawankentunnels. Aber auch Klagenfurt-Land und Völkermarkt haben hier Grenzübergänge und auch hier sind die Beanspruchungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter teilweise bis an die Grenze der Belastbarkeit gegeben.

Prettner

Die Bevölkerung arbeitet sehr, sehr gut mit den derzeitigen Maßnahmen, dafür möchte ich mich bei jeder Kärntnerin und bei jedem Kärntner bedanken, dass die Reduktion der Sozialkontakte sich auch an den Fallzahlen der neu Infizierten widerspiegelt, die Hygiene-Anleitungen werden befolgt, Schutzmasken werden getragen, und ich bitte Sie, auch im täglichen Leben jetzt nach wie vor die Abstandsregeln einzuhalten und die Empfehlung, mehrmals täglich Hände zu waschen. Wenn Sie die Ostern heuer anders feiern, bitte, wir gehen davon aus, es wird einmalig so sein, aber es ist heuer extrem notwendig, dass wir diese sozialen Kontakte noch einmal reduzieren, weil es in dieser Woche noch sehr entscheidend ist, dass wir damit verhindern, dass sich neue Fälle weiter infizieren.

Das heißt, der Erfolg, der in Kärnten zu verzeichnen ist, ist einerseits darauf zurückzuführen, dass wir im Koordinationsgremium sehr effizient zusammenarbeiten, dass wird die Containment Strategy sehr, sehr penibel und genau durchführen, dass wir eher auf der vorsichtigen Seite agieren. Und das möchte ich auch am Beispiel der Quarantäne in Heiligenblut hervorheben, dass wir sofortige Maßnahmen setzen bei Verdachtsfällen und dass wir mit den Personal-Ressourcen verstärken. Wir haben die gute Koordination mit den Krankenanstalten, wir haben auch extreme Standards in den Krankenanstalten, was Hygiene-Bedingungen betrifft und auch das ist ein wichtiger Faktor bei der Bekämpfung dieses Virus. Wir haben festgestellt bei unseren infizierten Personen, dass die Faktoren, die zur Verbreitung geführt haben, hauptsächlich aus dem Inland erfolgt sind, nämlich aus Infektionen aus Tirol und aus Salzburg und dass wir den Vorteil haben, dass wir wenige Ballungsräume haben und sich dadurch das Virus nicht so verbreiten konnte. Wenn man positive Effekte hervorheben will von dieser Krise, dann kann man das ablesen an den Umweltdaten, die jetzt deutlich verbessert sind, dass Teleworking jetzt zur Routine geworden ist. Es ist ein massiver Schub für die Digitalisierung, und es entwickeln sich auch neue Geschäftsmodelle, neue Wirtschaftszweige, also wir können diese Situation auch als Chance nutzen, und wir haben last but not least weniger Kriminalität. Aber wir haben auch etwas zu lernen, das ist vor allem, was die Beschaffung betrifft, wenn ich immer wieder damit konfrontiert bin, dass es derzeit weltweit schwie-

rig ist, gewisse Materialien zu bekommen und dazu zählen Schutzmasken, dazu zählt Testmaterial, dazu zählt hygienisches Material wie Desinfektionsmittel, Handschuhe, dass wir wieder mehr auf Eigenproduktion umsteigen müssen, dass wir diese Produktionen wieder zurückholen müssen in unsere Nähe und auch das was Medikamente betrifft, wieder mehr in unserem Land und in Europa agieren müssen, um abzusichern, dass wir in Zukunft hier eine stabile Situation haben.

Was die Änderungen des COVID-19-Gesetzes betrifft, die wir heute zu tätigen haben, so betrifft mich das einerseits mit dem Dienstrecht, das schon erwähnt wurde, andererseits mit der Krankenanstaltenordnung, wo ich auch schon erläutert habe, wo es notwendig ist, diese Maßnahmen zu setzen, um sicherzugehen, dass wir für infizierte Personen Behandlungsmöglichkeiten haben und diese Behandlungsmöglichkeiten so gewählt sind, dass es nicht zu einem Zusammentreffen zwischen infizierten und nicht infizierten Personen kommt, nämlich ist es ganz wichtig, dass der Regelbetrieb in den Krankenanstalten aufrecht bleibt, um die Regelversorgung für die Kärntner Bevölkerung für die Zukunft sicherzustellen. Deshalb ist es notwendig geworden, die Krankenanstaltenordnung zu ändern, und ich bedanke mich für die Diskussion heute im Ausschuss und auch den Beschluss, der letztendlich einstimmig gefällt wurde. Es ist auch in meinem Themenbereich notwendig, das Heimgesetz und die Heimverordnung neu zu regeln, um eben leichter neue Einrichtungen zu eröffnen, und wir haben schon die Verhandlungen in der Finalisierung, wir brauchen jetzt noch die rechtliche Umsetzung, die rechtlichen Rahmenbedingungen, dass wir das auch tun könnten mit den Kuranstalten. Wir haben derzeit mit zwei Betreibern eine Vereinbarung, die wir noch unterzeichnen müssen, wenn eben die rechtlichen Rahmenbedingungen abgeschlossen sind, dass wir hier zusätzliche Kapazitäten, zusätzliche Personen unterbringen können. Eine Erweiterung nach oben ist natürlich möglich, sollte es der Fall sein. Wenn es nicht ist, ist es auch recht, denn wenn wir das gut in den Griff bekommen mit den Corona-Infektionen, dann wird das möglicherweise nicht der Fall sein.

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal erwähnen, es reicht, die Heimverordnung so zu beschließen, wie wir das vorgeschlagen haben und

Prettner

nicht mit der Abänderung zu erweitern, denn wir haben diese Abläufe im Land Kärnten rechtlich geprüft und wir haben die Voraussetzungen. Heute der Gesetzesbeschluss wird reichen, so dass wir diese neuen Einrichtungen zusätzlich anbieten können. Ich bitte Sie diesbezüglich um Beschlussfassung!

Des Weiteren haben wir bei der Wohnbeihilfe nämlich die Wohnbauförderung neu zu beschließen, um auch hier unbürokratischer und schneller agieren zu können. Hier geht es vor allem um die Einkommensnachweise. Die Einkommensnachweise sollen nämlich aktuell sein, die Personen sind jetzt von der Krise betroffen, und wir haben auch aufgenommen, dass wir EPU, das heißt, Ein-Personen-Unternehmen explizit in diese Förderung noch einmal ausdrücklich aufnehmen. Das ist auf die Anregung der FPÖ erfolgt, dass wir diese Veränderung noch einmal erweitert haben, um hier noch treffsicherer zu sein und noch mehr Hilfestellung geben zu können. Wir haben auch bei den HIBL-Maßnahmen finanziell verstärkt, und wir haben hier eine Möglichkeit, individuell in Krisensituationen helfen zu können, und auch diese Möglichkeit besteht. Dazu möchte ich allen meinen Dank aussprechen, ich möchte vor allem auch Herrn Dr. Primosch, der für die rechtlichen Rahmenbedingungen gesorgt hat und vor allem auch meinen Abteilungsleitern, nämlich Herrn MMag. Wurzer und Frau Dr. Berger-Malle danken, dass sie es ermöglicht haben, dass relativ schnell und kurzfristig diese Änderungen zustande kommen, denn wir brauchen das ganz dringend, um Menschen, die in Notsituationen sind, die nötige Hilfestellung zu gewähren.

In diesem Sinne bedanke ich mich bei allen konstruktiven Kräften! Arbeiten wir weiter daran, dass Kärnten, was Fallzahlen betrifft, im unteren Bereich bleibt und dass wir die Situation überschaubar halten, um so ganz, ganz viele Kärntnerinnen und Kärntner vor einer schweren Infektion zu schützen. In diesem Sinne, danke an alle, die jetzt tätig sind, vor allem in den Gesundheitsberufen, aber natürlich auch in der Infrastruktur, im Lebensmittelhandel, in der Bauwirtschaft, die jetzt noch weiter arbeitet, allen ein herzliches Danke! Nur gemeinsam können wir derartige Herausforderungen auch bewältigen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Trettenbrein von den Freiheitlichen. Ich erteile ihm das Wort. Bitte!

Abgeordneter **Trettenbrein** (FPÖ):

Herr Präsident! Hohes Haus! Werte Kolleginnen und Kollegen! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Zu Beginn schließe ich mich einmal allen Dankesworten meiner Vorredner an, ich glaube, man kann in Zeiten wie diesen nicht oft genug Danke sagen! Wir alle sind – so wie das ganze Land, die ganze Republik – in einer schwierigen Situation, alle versuchen, auf ihre Art und Weise mit dieser Lage umzugehen. Viele bringen sind mit Ideen und Vorschlägen ein, viele helfen auch tatkräftig selbst vor Ort, wo Hilfe notwendig ist. Auch ich würde gerne meine drei Enkel wieder in den Arm schließen und sie umarmen und nicht nur, so wie heute aus der „Kronen Zeitung“, wenn mir meine Enkeltochter ausrichtet, dass wir ihr abgehen, das ist mir ein bisschen zu wenig, wie gesagt, ich würde sie auch gerne wieder einmal umarmen. Aber wir als Politiker haben eine andere Verantwortung, meine Damen und Herren, wir als Politiker müssen Vorbild und wir müssen Macher in dieser Situation sein, daher gleich zu Beginn mein Appell an alle: Arbeiten wir gemeinsam, arbeiten wir konstruktiv, arbeiten wir ohne Vorurteile, um diese prekäre Situation zu lösen!

Meine Damen und Herren, es vergeht kaum ein Tag, wo ich nicht einen Hilferuf von einer Betroffenen erhalte, ein Großteil davon kommt vom Personal aus Altenheimen, aus Seniorenwohnanlagen, vom Krankenhaus-Personal, aber natürlich auch von Ärzten und deren Angestellten. Das Thema ist fast immer das Gleiche: fehlende Schutzbekleidung, fehlende Masken oder auch Regelungen mit Überstunden und andere arbeitsrechtliche Folgen. Wenn die Frau Referentin gerade gesagt hat, dass man an die Ärzte Masken ausgegeben hat, ich habe die Information, dass diese Masken gerade einmal für eine Woche gereicht haben, beim einen oder anderen Zahnarzt oder dem einen oder anderen Arzt. Auch hier müssen wir unbedingt nachbessern, meine Damen und Herren! In der 24-Stunden-Pflege sind wir immer noch in der Ruhe vor dem Kollaps. Und dieser Kollaps wird nach Ostern

Trettenbrein

eintreten, wenn hunderte ausländische Betreuerinnen nach sechs bis acht Wochen ihrer Arbeit sozusagen nach Hause fahren und keine Vertretung verfügbar ist. Die Vertreterinnen, die aus den Ländern wie Tschechien, Slowakei, Rumänien oder Kroatien kommen, müssen laut den Plänen ja 14 Tage nach dem Hereinkommen in Quarantäne sein, das ist meines Erachtens fast undurchführbar, und es ist auch nicht geklärt, wie das ablaufen soll. Für eine solche Quarantäne gibt es überhaupt keinen Plan, zumindest ist mir keiner bekannt. Folglich befinden sich die Betreuerinnen auch nirgends in so einer Absonderung, weder gibt es Quartier dafür noch ist die Bezahlung für diese Leerzeit, für diese 14 Tage, wo sie in Quarantäne sind, nach wie vor nicht geklärt, wer das zahlen soll, während sie in der Quarantäne sind. Für 1.600 SeniorInnen ist die Versorgung nicht sichergestellt, meine Damen und Herren, für einige von ihnen könnte eine Lösung darin bestehen, dass die Kärntner Heimhelfer, das ist heute im Ausschuss diskutiert worden, die Haushaltsführung übernehmen, wenn keine 24-Stunden-Betreuung vor Ort ist. Ein Einsatz für die 24-Stunden-Betreuung könnte durchaus so aussehen, wie wir es schon einmal skizziert haben, dass eine Heimhelferin, ein Heimhelfer den Haushalt erledigt, kocht, putzt, mit den Klienten den Tag verbringt und die Mobile Pflege sozusagen die Pflege selbst abdeckt, die eben vorbeikommt und das Pflegerische macht. Damit würden wir natürlich massivst dem Wunsch der Bevölkerung entgegenkommen, zu Hause bleiben zu können. Das ist aber leider Gottes zurzeit nicht möglich. Die Heimhelfer dürfen das angeblich nicht machen. Wenn man das Bundesgesetz ansieht, und das ist auch heute im Ausschuss diskutiert worden, dann muss man wissen, dass das explizit nicht verboten ist. Es steht nur explizit nicht drin als genehmigt, aber es steht auch nicht drin, dass es verboten ist. Das Kärntner Sozialbetreuungsberufegesetz erlaubt ihnen keine freiberufliche Ausübung ihres Berufes zurzeit, sie dürfen nur als Angestellte bei Mobilien Diensten oder in Einrichtungen tätig sein, so wie es jetzt von der Frau Referentin gesehen wird. Das ist meines Erachtens absurd, dass sich ausländische Betreuerinnen – sofort, wenn sie hereinkommen, melden sie sich als Personalbetreuerinnen bei der Wirtschaftskammer an und dürfen sozusagen die Heimhilfe anbieten. Es besteht die Gefahr, logischerweise, dass Pflegebedürftige auch gegen

ihren Willen in Zukunft in Heime oder in Ersatzquartiere kommen, wenn wir dieses Personal nicht haben. Dieser landesgesetzliche Zwang, den Beruf des Heimhelfers nur im Rahmen einer Einrichtung auszuüben, widerspricht meines Erachtens auch dem verfassungsrechtlichen Grundsatz der freien Erwerbstätigkeit, weil das sollte man schon ermöglichen, wenn es auch in anderen Bundesländern geht. Überdies werden hier damit dem Arbeitsmarkt wichtige Fachkräfte entzogen, das muss man auch wissen, denn viele, die die Ausbildung haben, wollen nicht in Abhängigkeit eines Dienstgebers sein, sondern selbständig agieren. Die Einschränkung ist auch sinnwidrig, meine Damen und Herren, weil im GUKG die freiberufliche Ausübung des gehobenen Dienstes für Krankenpflege sehr wohl erlaubt ist. Sie bedeutet auch eine erhebliche Benachteiligung einheimischer Heimhelfer gegenüber ausländischen Kräften, die im Zuge der 24-Stunden-Betreuung jene Arbeiten verrichten, die im Regelfall auch ein Heimhelfer ausführen könnte. Es gibt dazu eine klare Definition, da steht genau wörtlich drin, was ein Heimhelfer alles tun kann. Ich erspare mir, hier das aufzuzählen, es sind einige Punkte, die hier zum Tragen kommen.

Wenn man für die 24-Stunden-Betreuung in Zukunft vermehrt inländische Heimhelfer gewinnen will, muss die Art der Berufsausübung frei wählbar sein. Ich glaube, es ist ein Gebot der Stunde, dass wir hier auch tätig werden. Ich habe frohen Herzens gehört, dass heute im Ausschuss sozusagen hier Konsens erzielt wurde, dass man hier eine Verbesserung der Situation herbeiführen will und dass die Referentin beauftragt wurde, hier mit dem Bund Gespräche zu führen, das wäre schon der richtige Schritt in die richtige Richtung. Auch pflegende Angehörige zu Hause, meine Damen und Herren, die 80 Prozent derjenigen pflegen, die Pflege brauche, auch die brauchen Unterstützung von der öffentlichen Hand. Wie Sie wissen, ich bin selbst betroffen davon, möchte das jetzt nicht wieder ausbreiten, könnte stundenlang darüber reden – Sie brauchen keine Angst zu haben, Frau Kollegin, ich werde das nicht tun. – aber auch hier bedarf es einer großen Unterstützung durch die öffentliche Hand, weil wie gesagt, 80 Prozent zu Hause von den Angehörigen gepflegt werden. Die Frau Referentin hat in ihrer Wortmeldung auf die News verwiesen, ich habe hier gerade die neues-

Trettenbrein

ten News, die „Coronavirus 171: Masken auch in Landesverwaltung“ und hier ist ein Absatz drin, der für mich unverständlich ist, sagen wir es einmal so: „Zum Bereich Pflegeheime informiert Gesundheitsreferentin Prettnner, dass vom Land eigene Pakete mit Schutzausrüstung für mögliche Notfälle geschnürt wurden.“ Frau Referentin, was sind denn mögliche Notfälle? Wir sind mitten in einem Notfall, das heißt, Sie schreiben hier von möglichen Notfällen. Also, wenn wir jetzt keinen Notfall haben, wann dann? Also, das ist für mich auch nicht unbedingt erklärbar, was Sie damit meinen. *(Zweiter Präsident Strauß übernimmt den Vorsitz.)*

Meine Damen und Herren, mir ein großes Anliegen ist eine Gruppe, von der man wenig in den Zeitungen liest, die aber massivst gefährdet ist, das sind die Kinder mit onkologischem Bedarf. Das sind Kinder mit Krebserkrankung, die schon Chemotherapien hinter sich haben. Sie haben ein geschwächtes Immunsystem und sind daher ganz besonders anfällig. Eine verzweifelte Mutter hat mir vor einer Woche geschrieben, dass sie das Problem hat, keine Masken zu bekommen. Diese Kinder müssen regelmäßig zur Blutkontrolle und immer eine Maske tragen. Es müssen aber die richtigen Masken sein. Ich glaube, die Frau Referentin weiß das ganz genau, es sind die FFP3-Masken, die für Kinder in diesem Fall benötigt werden. In der Onkologie haben sie früher immer neue Masken bekommen, wenn sie zu einer Blutabnahme gekommen sind, jetzt geht das nicht mehr, und auch der Online-Verkauf dieser Masken – auf dem Online-Markt sind diese Masken nicht zu bekommen. Ich weiß, Frau Referentin, dass die KABEG für die onkologische Versorgung von Kindern eine Kooperation mit der Uni Graz hat und unsere Kärntner Kinder dort versorgt werden, das ist mir bekannt. Ich habe mit KABEG-Chef Gabriel einige Male telefoniert und er hat auch in Graz interveniert, das hat kurzfristig auch geholfen. Auch mein Dankeschön von hier aus an Gabriel, dass das so kurzfristig funktioniert, denn inzwischen hat sich wieder ein besorgter Vater bei mir gemeldet und gesagt, dass er diese Masken wieder nicht bekommt. Frau Referentin, ich ersuche Sie, dass Sie mit Graz Kontakt aufnehmen und sicherstellen, dass unsere Kinder dort mit diesen Masken, mit diesen lebensnotwendigen Masken versorgt werden, denn ich glaube, sie sind aufgrund ihrer Krank-

heit ohnehin schon gestraft genug und auch hier sollten wir ein Auge darauf werfen, neben all den anderen Problemen, die es in diesem Bereich gibt, meine Damen und Herren!

Bevor ich zum Schluss komme, habe ich den Auftrag bekommen, sagen wir es so, im Namen unserer Bildungs- und Familiensprecherin Ihnen mitzuteilen, dass hier von ihrer Seite aus ein Antrag formuliert wurde, wo es darum geht, den bedürftigen Familien zu helfen, wenn es um die Anschaffung von Laptops und Tablets für das digitale Lernen geht. Wir haben diesen Antrag heute eingebracht. Ich glaube auch, in Zeiten wie diesen ist es ganz besonders wichtig, hier zu helfen, für Menschen, die es sich schlichtweg nicht leisten können, dass wir auch hier von Seiten des Landes unseren Beitrag leisten.

Meine Damen und Herren, wir sind auch als Opposition sehr bemüht, uns einzubringen, da es um die Gesundheit, die Wirtschaft, die Arbeitsplätze und die Grund- und Freiheitsrechte geht. Wir bringen Ideen und Vorschläge ein. Sehen Sie von Seiten der Regierung diese Vorschläge nicht als Belästigung oder als Kritik, sondern sehen Sie sie als das, was es ist, der Versuch von unserer Seite aus, zu helfen. Man hört in Zeiten wie diesen immer, wir sitzen alle im selben Boot. Das stimmt, meine Damen und Herren, wir sitzen alle im selben Boot! *(Abgeordneter Pirolt: Es ist ein Unterschied, ob man rudert oder nur so drinnen sitzt.)* – Genau das ist es, Herr Kollege, und auf das möchte ich jetzt noch hinweisen: Wenn man in diesem gemeinsamen Boot sitzt, dann lassen Sie es aber auch zu, dass wir alle gemeinsam die Ruder in die Hand nehmen und versuchen, gemeinsam ans rettende Ufer zu kommen, denn nur so wird es uns gelingen, mit diesem Boot, bevor es sinkt, am rettenden Ufer anzukommen!

Ich wünsche Ihnen von meiner Seite schöne Ostern, lassen Sie sich Ihre Osterjause trotzdem schmecken, trotz dieser Situation! Bleibt gesund, bleibt fit, denn die große Arbeit für den Landtag wird danach noch kommen. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächsten Redner darf ich den Herrn Landesrat Martin Gruber um seinen Beitrag bitten.

Landesrat **Gruber** (ÖVP):

Hoher Landtag! Geschätzter Herr Präsident! Liebe Regierungskollegen! Liebe Kärntnerinnen und Kärntner, die (*Das Mikrofon ist deaktiviert - Schriftführer Direktor Mag. Weiß: Sie sitzen beim Herrn Schuschnig.*) - Danke! Ja, ist klar, ich habe es sonst anders aufgeteilt und das ist auch gut und richtig so! Es ist auch gut und richtig und bedeutsam, dass der Kärntner Landtag gerade in der derzeitigen Corona-Pandemie unsere Landesgesetze auch für diese Zeit praktikabel gestaltet. Es ist gut und bedeutsam, wie die Kärntner Landesregierung Maßnahmen setzt, die in Zeiten wie diesen, aber vor allem für die Zukunft unserer Heimat wichtig sind und wie wir auch durch diese Krise kommen. Und es ist gut und richtig und beispielgebend, wie unsere Bundesregierung um Bundeskanzler Sebastian Kurz alles unternimmt, Österreich mit sicherer Hand durch diese Krise zu führen.

Viele Bereiche wurden heute schon angeschnitten, auch in unserer Geschichte, in solchen Dimensionen sind solche Maßnahmen der Bundes- und Landesregierung noch niemals dagewesen. Ich denke hier, und ich danke hier auch für das 40 Milliarden Euro schwere Paket der Bundesregierung für die Gesundheit unserer Bevölkerung, für die Stützung unserer Wirtschaft, Landwirtschaft und den Tourismus, für den Erhalt der Arbeitsplätze und Unterstützung unserer Familien, aber auch für soziale und familiäre Härtefälle, die wir als solidarische Gemeinschaft selbstverständlich auffangen müssen. Ich denke hier und danke hier auch für eine so starke Zusammenarbeit zwischen Bund und Land und zwischen den Sozialpartnern, die wir schon lange nicht mehr in dieser Art und Weise erlebt haben, um vor allem die noch nie dagewesenen Herausforderungen auch zu meistern, aber auch wiederholt für den unglaublichen Einsatz der derzeit Berufstätigen. Dies sei noch einmal an alle angesprochenen Sparten, wie es heute schon stattgefunden hat, ausgesprochen. Und ich denke hier und ich danke hier auch für den lösungsorientierten Zusammenhalt in unserer „Zukunftskohalition“ mit unseren flankierenden Maßnahmen, wo wir alles daran setzen, unser Gesundheitssystem und die Einsatzkräfte zu unterstützen, die Versorgungssicherheit durch unsere Landwirte zu sichern und in Branchen, wo es in Kärnten ergänzend zum Bund regional notwendig wird,

auch Unterstützungen zu geben, in den Referaten von Sebastian Schuschnig und mir beispielsweise durch Abgaben-Stundungen im Tourismus, durch Öffnung von Gastronomie und Bauernmärkten, was die Abholung anbelangt, durch mehr heimische Milch und Fleisch in der KABEG und ein Forstpaket für die Holzwirtschaft, durch die Sicherung des öffentlichen Verkehrs und zusätzliche Bauaufträge im Straßenbau und vieles andere mehr, an dem wir tagtäglich auch arbeiten. Entscheidend werden hier jedoch nicht einzelne Maßnahmen sein, entscheidend wird sein, dass jedes Detail im ersten Moment sitzt. Entscheidend wird in den Tagen wie diesen unser Kärntner Zusammenhalt sein, unser gemeinsames Engagement aller Entscheidungsträger und unser aller Liebe zur Heimat, zu unserer Großeltern-Generation, aber auch zu unseren Kindern, um deren Zukunft wir heute hier auch kämpfen. Unsere Kärntner Werte und Traditionen helfen uns dabei, wir sind ein Land, das bereits in der Vergangenheit schon oft für seine Zukunft kämpfen musste. Und wie damals werden wir auch diesmal mit einem neuen Corona-Patriotismus stärker aus dieser Krise hervorgehen. Bringen wir eine neue Kärntner Generation hervor, die unsere positiven Stärken zum Vorschein bringt, unseren Zusammenhalt, unseren Fleiß und unseren Blick in die Zukunft.

Diesen Appell richte ich an die Entscheidungsträger, die Medien, aber auch an alle Kärntnerinnen und Kärntner, die mit jeder noch so klein anmutenden Tat einen wesentlichen Beitrag auch dazu leisten können, sei es, dass wir alle eine neu Ära der Nachbarschaftshilfe und der Ehrenamtlichkeit in unseren Gemeinden und Städten erleben und einläuten, sei es, dass wir nicht nur heuer alle ganz bewusst regional einkaufen, wie beispielsweise auf der von Landesrat Sebastian Schuschnig und von mir initiierten Plattform www.daspackma.at, sei es, dass wir in Zukunft unsere Gastwirte durch Abholung von Speisen unterstützen, unsere Landwirte und Gärtnereien durch den Kauf ab Hof, unsere Geschäfte ab nächster Woche durch bewussten Kauf, unsere Friseure durch Gutschein-Einkäufe als Oster-Geschenke oder die Kärntner Tourismusbetriebe durch einen Urlaub in Kärnten. Halten wir zusammen, schützen einander, helfen uns untereinander! Essen wir Kärntner Produkte, kaufen wir bei Kärntner Betrieben ein, schenken wir Kärntner Gutscheine und buchen wir heuer einen Ur-

Gruber

laub in Kärnten! Entdecken wir gerade durch diese Krise dabei unsere Heimat neu, beleben wir unsere Kärntner Stärken neu, damit unsere Kärntner einmal rückblicken und in einem neuen Sinn unserer Landeshymne sagen können, „wo man mit Mut die Zukunft schrieb“.

Mit diesem Schlusssatz darf ich Ihnen allen ein gesegnetes Osterfest wünschen, und vor allem, liebe Freunde, bleibt gesund! *(Beifall von der SPÖ- und ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

Als nächsten Redner darf ich den Herrn Abgeordneten Bürgermeister Rauter ans Rednerpult bitten!

Abgeordneter **Rauter** (FPÖ):

Eingangs natürlich auch von mir: Gesundheit über alles, jeder Tote ist einer zu viel! Und wenn man so an seine Eltern und Großeltern denkt, glaube ich, sind die Maßnahmen natürlich wichtig. Das, was natürlich schon zu beachten ist, ist das, welche Maßnahme wann greifen muss und wann – vor allem auf die Wirtschaft heruntergebrochen gesehen – die Wirtschaft einfach wieder normal zu arbeiten anfangen kann. Sie alle wissen, dass im täglichen Ablauf nicht nur die Unternehmer, sondern die Dienstnehmer Existenzängste leiden. Ihr habt selbst Gespräche, jeder hat Angst, wie es weitergeht, jeder kämpft um das Überleben und da muss man genau die richtigen Maßnahmen treffen.

Mein Vorredner, Landesrat Gruber, hat gesagt, entscheidend ist, dass jedes Detail beim ersten Mal sitzt. Er ist jetzt zwar hinausgegangen, aber ich werde das jetzt versuchen zu beschreiben, wie der Kärntner Unternehmer und die Unternehmerin das eigentlich bis jetzt durchlebt hat. Der Bund ist hergegangen und hat gesagt, wir müssen natürlich die Wirtschaft stützen, hat als Phase 1 einen Härtefall-Fonds errichtet, wo der Unternehmer mehr oder weniger zum Bittsteller geworden ist, wo er entweder 500,00 Euro oder 1.000,00 Euro bekommen hat oder vielleicht gar nichts, weil auf einmal hat man gesehen, wenn man ins Detail gegangen ist, dass es da auf einmal eine Einkunftsgrenze gegeben hat von 5.527,00 Euro, zusätzlich hat man dann bemer-

ken müssen, wenn jemand eine Mehrfachversicherung hat, ist er aus diesem Topf auch herausgefallen. Und ich darf Ihnen da berichten von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, vom 03. April 2020, die schreiben hier: „Es haben uns zahlreiche Anfragen zur Phase 1 der Richtlinie erreicht, uns ist bewusst, dass in der Richtlinie für die erste Auszahlungsphase des Härtefall-Fonds Begriffe widersprüchlich verwendet wurden und insgesamt die Umsetzung missglückt ist.“ Also, das ist einmal die erste Phase, die von der Bundesregierung angesetzt worden ist für unsere Unternehmer. Faktum ist, das hat gar nicht gegriffen, unglücklich sondergleichen. So, dann ist man draufgekommen, dass die erste Phase eigentlich nicht gegriffen hat, dann hat man eine zweite Phase in diesem Härtefall-Fonds versucht zu installieren. In dieser Phase war eben vorgesehen, dass jeder Unternehmer 2.000,00 Euro monatlich beanspruchen kann, für drei Monate, also insgesamt 6.000,00 Euro. Wenn er aber in der ersten Phase schon Geld erhalten hat, wird das von den 6.000,00 Euro abgezogen. Auch zu dieser Phase 2, den Richtlinien und der ganzen Handhabung muss man dazusagen, auch von der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, ich sage es einfach nur so wie es ist, dass es auch eine unglückliche Ausgestaltung des Antragsformulars in der Phase 2 gegeben hat. Faktum ist, dass sich der Unternehmer und die Unternehmerin da durch diese Formulare gequält hat und de facto es wirklich sehr zur Verwirrung gekommen ist.

Da muss ich natürlich noch eines sagen, weil heute auch schon einmal angesprochen worden ist, in einer Krise müsste es normal unbürokratisch über die Bühne gehen, das heißt, ich stelle mir das so vor, dass der Unternehmer und die Unternehmerin einen Antrag abgibt, der eingereicht wird und ich eigentlich kurzfristig zum Geld komme. Das ist die Hilfe, die wir brauchen! Faktisch ist es jetzt aber so passiert, dass die Bundesregierung eigentlich nicht die Institution, die eigentlich das hätte schnell abarbeiten können, das heißt, das ist das Finanzamt, beauftragt hat, weil warum das Finanzamt? Das Finanzamt, wie Sie alle wissen, hat die ganzen persönlichen Daten von uns, hat die ganzen letzten Einkommensteuer-Erklärungen und die Einkünfte von uns abgespeichert, das Finanzamt bringt es sogar auf die Reihe, dass es eine antragslose Arbeitnehmer-Veranlagung für die

Rauter

Leute macht, weil es die ganzen Daten hat, aber nein, wir haben diese Anträge nicht dem Finanzamt geschickt, wir haben wieder eine Kammer dazwischengeschaltet, das ist die Wirtschaftskammer und die ist eben für diese zwei Formulare zuständig gewesen und keiner hat sich ausgekannt. Für die Unternehmer war das sehr schwer zu beantragen. Und zusammengefasst, es zählt eigentlich immer das Ergebnis. In Deutschland, sehr geehrte Damen und Herren, dauert das vom Antrag bis ich das Geld auf dem Konto habe, drei Tage, bei uns dauert das fast zwei bis drei Wochen, und das ist der Unterschied, wie wir in Österreich in so einem Fall mit Bürokratie vorgehen.

Ich darf Ihnen aber noch ein zweites Beispiel geben, das für die UnternehmerInnen draußen ein sehr großes Thema ist, und zwar die Corona-Kurzarbeit. Warum die Corona-Kurzarbeit? Auf der anderen Seite schaut man natürlich, dass man den Dienstnehmer und die Dienstnehmerin über die Kurzarbeit beschäftigen kann, das hat folgenden Vorteil, dass ich logischerweise mehr Nettogehalt habe als wenn ich beim AMS bin. Beim AMS bekomme ich circa 55 Prozent vom letzten Bezug, bei der Kurzarbeit zwischen 80 und 90 Prozent, das kommt darauf an, wie viel ich verdiene. So! Jetzt haben natürlich einige Unternehmer, um ihre Mitarbeiter zu behalten, diese bei der Kurzarbeit beantragt. Ich kann Ihnen eines sagen, dieses Kurzarbeit-Modell, dieses Antragsformular hat sich fast alle zwei bis drei Tage geändert, das ist fünf- bis siebenmal geändert worden, bis man sich einmal entschlossen hat, wie es tatsächlich ausschauen soll. Und jetzt kommt es zum Besten: Jetzt ist natürlich der März vorbei, jetzt sind wir im April, jetzt kommt es zu den März-Lohnabrechnungen. Faktisch ist, dass aufgrund der fehlenden genauen Vorgaben kein Programm-Hersteller in Österreich diese März-Abrechnung genau abrechnen kann. Warum? Weil sie diese Kurzarbeit in der Lohnverrechnung nicht berücksichtigen können, weil es einfach die genaueren Bestimmungen noch nicht gibt. Da habe ich auch ein Schreiben der Kammer der Steuerberater und Wirtschaftsprüfer, die die ganzen Steuerkanzleien darüber informiert, dass sie im März eine volle März-Abrechnung machen sollen, das heißt, der Mitarbeiter bekommt den vollen Lohn, den er eigentlich nicht bekommt, weil er in Kurzarbeit ist, und in der April-Lohnverrechnung wird es

dann eine Aufrollung geben. Das wird natürlich auch zu gewissen Spannungen und nicht nachvollziehbaren Sachen führen. Ich glaube, das ist auch nicht gar so gescheit, wie das passiert ist.

Nun zum dritten Thema: Das dritte Thema, das jetzt gekommen ist, das ist nicht mehr der Härtefonds, und zwar ist das der Corona-Hilfsfonds. Da hat man jetzt seitens des Bundes versucht, einen Antrag auf Fixkosten-Zuschuss für den Unternehmer und die Unternehmerin bereitzustellen. Wir wissen alle nicht, wie das ausschauen wird, diesen Antrag kann man erst ab 15. April dementsprechend einbringen. Der eine oder andere wird so wie beim ersten Mal beim Härtefall-Fonds wieder herausfallen, und das kann natürlich nicht sein, weil der Unternehmer muss genau wissen: Wie gehe ich jetzt mit meinen Fixkosten um? Und deswegen, heruntergebrochen auf das Land Kärnten stellen eben die Freiheitlichen diesen Antrag beziehungsweise haben wir einen Antrag heute abgegeben, dass der Kärntner Unternehmer und die Unternehmerin eben dementsprechend gefördert gehört. Warum? Wenn es den Unternehmer gibt, gibt es die Arbeitsplätze und das ist aus unserer Sicht natürlich ganz wichtig. Faktum ist, dass man die restlichen 25 Prozent der Fixkosten natürlich auch den Unternehmern zur Verfügung stellen soll. Und natürlich hat jeder Unternehmer das Recht auf einen Verdienstentgang, weil was hilft es mir, wenn die ganzen Fixkosten gedeckt sind, aber ich zum Leben eigentlich nichts habe? Also, das kann eigentlich auch nicht sein.

Jetzt werden Sie sich natürlich fragen, wo werden wir seitens des Landes das Geld hernehmen, und ich habe mich da natürlich vorbereitet, und da ist mir aufgefallen, dass wir da herinnen in den diversen Landtagssitzungen schon einige Male über die ausgegliederten Landesgesellschaften geredet haben. Da haben wir geredet, dass es Doppelgleisigkeiten gibt, da haben wir geredet, dass es zu viele Geschäftsführer, zu viele Prokuristen gibt. Der Landesrechnungshof hat uns da mehrmals Recht gegeben, und ich fordere Sie auf, jetzt in einer Zeit, wo wir wirklich sparen müssen, einmal in die ausgegliederten Gesellschaften zu gehen, das Personal, das wir nicht brauchen, dementsprechend einzusparen und diese Mittel in Zukunft für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen und vor allem für die Kärntner Unternehmen bereitzustellen. Auch die versprochene Reduzierung der Regie-

Rauter

rungsmitglieder von sieben auf fünf, da wäre jetzt eigentlich der richtige Zeitpunkt, da könnten wir uns zwei Regierungsmitglieder samt Büros ersparen. Ich glaube, das ist wirklich das richtige Faktum. Es ist von einem Vorredner von mir zum Beispiel schon die „Kärnten Werbung“ angesprochen worden. Wozu werden wir heuer eine Werbung schalten in Deutschland oder Italien, die werden heuer nicht zu uns kommen. Also, auch diese Ressourcen, diese Beträge gehören alle in einen Topf und da gehört geschaut, dass wir unsere Kärntner Unternehmerinnen und Unternehmer dementsprechend bedienen können. Die KELAG-Dividende: Sie alle haben gelesen in den letzten zwei Tagen, dass die KELAG ein sehr gutes Ergebnis gehabt hat, auch diese Dividenden-Auszahlung könnte man zum Beispiel in diesen Topf tun, so dass wir wirklich in Kärnten eine Vorbildwirkung hätten, dass wir unsere Kärntner Unternehmer und Unternehmerinnen wirklich unterstützen können.

Ich möchte natürlich auch ein Thema ansprechen, das im Detail noch nicht so gefallen ist, und zwar das Thema Land- und Forstwirtschaft. Wenn man jetzt hergeht, kommt man eigentlich darauf, wenn man so eine Krise hat und der ganze Warenverkehr nicht so über die Grenzen geht, wie normal der Warenverkehr, wie wichtig es ist, dass wir unsere Land- und Forstwirte vor der Haustüre haben. Faktum ist aber jetzt so, dass unsere Land- und Forstwirte folgende Situation haben: Der Stier-Preis ist auf 20 bis 80 Cent pro Kilogramm heruntergegangen, man hat circa pro Stier einen Verlust von 250,00 Euro, Altkühe sind zurzeit überhaupt nicht verkäuflich. Der Holzindustrie muss man einmal erklären, warum wir eigentlich Geld in die Hand nehmen, um unsere Waldbauern zu unterstützen, obwohl die Holzindustrie noch immer Holz aus der Slowakei und Slowenien zukaufte. Das muss man auch einmal jemand erklären.

Nächste Situation: Die Milchbauern. So lustig ist es eigentlich nicht, wenn man davon lebt. Bei dem Milchbauern ist es so, der hat seine Kühe, logischerweise hat er immer seine Menge an Milch. Faktum ist jetzt so, dass jeder Milchbauer von der „Kärntnermilch“ ein Schreiben bekommen hat, wo sie diese Mengen im April und im Mai um 10 Prozent reduzieren müssen. Und jetzt erklärt mir einmal, wie das gehen soll! Wenn die Kühe immer in gleicher Anzahl sind, habe ich immer die gleiche Menge, wie soll ich das um

10 Prozent reduzieren? Faktum ist, dass ich wohl die 10 Prozent mehr liefern kann im April, aber nur den halben Preis bekomme, und im Mai bekomme ich die 10 Prozent gar nicht mehr gezahlt. Und das zu unseren Land- und Forstwirten. Die sollen mit diesen Vorgaben dann auch noch überleben, das wird nicht funktionieren. Auch deswegen haben wir heute einen ganz wichtigen Antrag eingebracht, und zwar „Corona-Krise - Sofortmaßnahmen für die Kärntner Landwirte“. Aufgrund der Situation, die ich Ihnen jetzt erklärt habe, fordern wir für unsere Bäuerinnen und Bauern, dass die österreichische Bundesregierung aufgefordert wird über die Kärntner Landesregierung, dass die Sozialversicherungsbeiträge für alle Land- und Forstwirte für zwei Quartale 2020 zur Gänze übernommen werden. Wir haben in unserem Antrag auch drin – wir haben schon so oft gehört, „Regional-Charta“ und wir müssen die einheimischen Lebensmittel dementsprechend auch jetzt kaufen - in unserem Antrag ist eindeutig drin, dass einerseits einmal das Land aufgefordert wird, in allen Institutionen – jetzt nehme ich einmal als Beispiel die Krankenhäuser – dass wir wirklich schauen, was erzeugen unsere Bauern, was können wir kaufen und dementsprechend unterstützen wir unsere Land- und Forstwirte. Natürlich auch der öffentliche Bereich des Bundes, der wird berücksichtigt in unserem Antrag, als Beispiel auch Kasernen, dass dort natürlich auch unsere Lebensmittel von unseren Bauern gekauft werden.

Ein Thema hätte ich noch ganz kurz angesprochen, mein Kollege Pirolt wird da sicher noch ins Detail gehen, zum Thema Gemeinden: Aus meiner Sicht muss man jetzt eines schauen, dass die Gemeinden den Wertverlust, den sie jetzt erleiden auf der anderen Seite, auf der Einnahmen-Seite, es wird jetzt der Ertragsteuer-Verfall kommen, die Einnahmen-Verluste durch die Kommunalsteuer einerseits und vor allem die Ausgaben-Erhöhungen durch die Weiterverrechnung der Abgänge der Krankenanstalten. Das ist den Gemeinden zu einhundert Prozent dementsprechend wieder mit einem Betrag hinauszugeben. Warum? Wenn die Krise hoffentlich einmal vorbei ist, das ist heute schon von mehreren Vorrednern angesprochen worden, es sind die Gemeinden wirklich der Wirtschaftsmotor vor Ort und wenn wir draußen kein Geld haben werden, dann bin ich gespannt, wie das alles funkti-

Rauter

onieren wird, ob man jetzt für die Gemeinden ein eigenes Budget aufstellt, ob man vielleicht gewisse Ausgaben nicht weiterverrechnet oder gewisse Einnahmen durch einen anderen Topf den Gemeinden zur Verfügung stellt. Nur, so kann das, glaube ich, nicht gehen, dass man jetzt eine Haushaltssperre hat, dass man Projekte, die man noch nicht angefangen hat, nicht anfangen darf. Ich habe meine BZ-Tafel, wo ich von mir aus jetzt freie BZ-Mittel habe und die will ich natürlich auch einsetzen. Aber wie gesagt, da wird mein Kollege dazu noch einiges sagen. Zum Raumordnungsgesetz will ich auch noch dazusagen, das ist heute auch noch nicht gefallen: Dieses Raumordnungsgesetz, das ja in Begutachtung ist beziehungsweise in Verhandlung, das wird auch neu zu denken sein. Jetzt auf einmal in der Krise kommen wir darauf, dass es doch nicht so gescheit ist. Weil wenn ich draußen in der Peripherie wohne, dass ich nach draußen gehen kann, spazierengehen kann, in den Wald gehen kann. Und ich möchte zurzeit, muss ich ehrlich sagen, nicht wirklich in einer Wohnung sein, wo ich nicht hinausgehen kann, wo ich mit der Maske herumlaufen muss. Also, da ist für uns Freiheitliche, glaube ich, der Weg ganz klar, wie das gehen soll: Der ländliche Raum darf keine Einschränkungen haben. Aber das wird noch zu einem anderen Thema kommen.

Ein letztes Thema hätte ich noch gerne angesprochen, das mir ganz wichtig ist, in diesem Wort ist „Wirtschaft“ drin und deshalb will ich jetzt meinen Wirtschaftsbericht bringen, und zwar ist das das Thema Wirtschaftsflüchtlinge: Ich fordere die Kärntner Landesregierung – und da rede ich für unser Team der Freiheitlichen Fraktion – ich fordere die Kärntner Landesregierung auf, diese „Wohlfühloase“ für unsere Wirtschaftsflüchtlinge auf Null herunterzufahren, weil dieses Geld gehört gespart. Dieses Geld gehört hergenommen zur Sicherung unseres Sozialsystems und zur Sicherung unseres Gesundheitssystems. Und wenn der Herr Landeshauptmann vor zwei Tagen in der „Kleine Zeitung“ auf die Frage, wie es mit den finanziellen Auswirkungen auf die Gemeinden ausschauen wird, gesagt hat, das wird uns wahrscheinlich zehn Jahre verfolgen, dann gehe ich davon aus, dass wir auch in Kärnten zehn Jahre keinen Wirtschaftsflüchtling mehr haben werden, weil ich will das Geld in unserem Sozialsystem haben

und im Gesundheitssystem haben und nicht bei jungen Burschen, die da heraufkommen und ihr Geld nach Hause schicken.

In diesem Sinne wünsche ich allen frohe Ostern und gesund bleiben! Dankeschön! (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Zweiter Präsident **Strauß** (SPÖ):

So, Herr Bürgermeister Franz Pirolt. Herr Abgeordneter, ja, du bist als Nächster dran! Der Kollege hat alles ordnungsgemäß desinfiziert, das Rednerpult steht frei.

Abgeordneter **Pirolt** (FPÖ):

Ja! Es ist momentan ja eine interessante Zeit und man hat vor allem Zeit zu „simulieren“ oder „sinnieren“, wie immer man das jetzt bezeichnen mag. (*Den Vorsitz übernimmt Erster Präsident Ing. Rohr.*) Ich habe auch heute beim Herunterfahren mir so gedacht, na ja, die 40 Milliarden Euro, die jetzt da zur Verfügung stehen für Österreich, für die österreichischen Bürger, und wenn man dann auch hört, wie alle quasi den Schulterchluss predigen, hat man nie gehört, wie man das jemals stemmen wird. Und das verwundert mich schon gewaltig! Und vor allem sind wir in einer Zeit – und da nehme ich uns selbst, auch die Freiheitlichen nicht wirklich aus, dass wir nicht auch dastehen und auch Forderungen aufstellen, wobei ich aber denke, dass unsere Forderungen zumindest immer zu einem großen Maß dem dienen, dass Gerechtigkeit hergestellt wird. Faktum ist aber, dass man mitunter das Gefühl haben darf oder muss, dass jetzt Glücksritter wieder auf den Plan kommen, um möglichst viel von diesem Riesentopf, von diesen unglaublichen Geldsummen für sich herauszuziehen. Ich verstehe selbstverständlich, dass die Arbeiterkammer fordert, dass man das Arbeitslosengeld erhöhen muss. Selbstverständlich! Wenngleich die Wirtschaft fordert, sie braucht Geld, um quasi alles abzudecken, dann muss jeder Lebensbereich jetzt in dieser Zeit darum kämpfen, möglichst viel von den 40 Milliarden Euro für sich sicherzustellen. Ob das jetzt ein Schulterchluss ist, wage ich querebet zu bezweifeln, sondern das ist auch ein Wettlauf, den man angezündet hat und von dem wir heute noch nicht wissen, wie er am Ende ausgehen wird.

Pirolt

Wenn ich dann hören muss, dass man quasi solidarisch ist, der Nischelwitzer groß in der Zeitung war, dass die Kärntner Landesbeamten quasi da einen Haufen dazu beitragen mit der Urlaubslösung – entschuldigen Sie, das ist kein Beitrag! Das gilt für die gesamte Wirtschaft seit Ewigkeiten, dass auch der Dienstgeber sagen kann, wann der Urlaub zu konsumieren ist, aufgeteilt, gerecht, selbstverständlich!

Meine Sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir jetzt in dieser Situation uns nicht darauf besinnen werden, dass insgesamt weniger Geld zur Verfügung stehen wird, weil weniger Geld erwirtschaftet wird, dann werden wir aus der Krise nie herauskommen, sondern es ist jetzt auch die Zeit der Beschränkung. Und beim Herunterfahren habe ich mir durchaus gedacht, es ist auch eine Zeit der Regulation, des insgesamtes Zurückfahrens. Man hat heute gehört, es wird eine neue Normalität geben. Selbstverständlich wird es die geben, sie wird nur anders ausschauen als heute. Die Normalität, die kommen wird, wird hoffentlich geprägt sein davon, dass wir in Österreich, in Kärnten in der Lage sind, unsere Gesichtstücher selbst zu nähen. Es ist ja eine Schande für eine Volkswirtschaft, dass wir diese billigsten Produkte nicht einmal selbst herstellen können für eine Zeit der Krise. Das ist eine Peinlichkeit! Und da hat schon die Wirtschaftspolitik der ÖVP ein großes Maß daran teil, meine Herrschaften! Es sind nicht die Start-ups, die wir jetzt brauchen, sondern es sind jetzt die ganz einfachen Berufe, die unser System aufrechterhalten. Das müssen wir anfangen, zu „behirnen“!

Und eines darf noch weiter in Zukunft auch nicht passieren, dass wir immer glauben, die Heilige Kuh ist die Export-Orientierung! Auch Export-Orientierung, meine sehr geehrten Damen und Herren, heißt Abhängigkeit! Sondern wir müssen größtmöglich in der Lage sein, in diesem Land selbst die umfassende Landesverteidigung zu leben. Ich habe es hier herinnen, glaube ich, schon drei-, viermal gepredigt. Es hilft uns nichts, es werden die regionalen Kreisläufe kleiner werden, dann ist das Thema Klimaschutz gleich mit abgehandelt. Weil von der Greta Thunberg, sage ich euch auch, höre ich Gott sei Dank momentan nichts, weil das ist einem auch schon bei den Ohren herausgehängt! Aber das Thema wird genau gleich, wenn wir es richtig und gescheit anstarten für die Zukunft, mit erledigt sein und wir werden einen unglaub-

lichen Beitrag, dabei einen Benefit herausholen, wenn wir uns dies beherzigen. Wir dürfen jetzt nicht glauben, dass wir mit den 40 Milliarden Euro in drei Wochen, in zwei Monaten oder – weiß ich nicht – in sechs Monaten wieder starten. Und ich schaue jetzt sehr wohl auf den Nachbarn nach Italien. Denen driftet der Tourismus weg, eine wesentliche Säule, dass das Land so wie so über die Runden gekommen ist. Unsere Sägewerker wissen nicht, wo sie die Hauptmasse ihrer Bretter hinbringen werden. Die Italiener werden nicht in einem Monat starten. Uns brechen die Märkte weg! Das habe ich vorher mit der Export-Orientiertheit gemeint. Die hilft uns nichts, wenn wir auf der ganzen Welt anfangen, schwach zu werden.

Und eines möchte ich schon auch bitten, das haben wir in unserer Klub-Sitzung einmal gehört: dass es nicht die Kriegsgewinnler gibt – nichts gegen deinen Berufsstand (*Anmerkung: gemeint Abgeordneter Leyroutz*) – die Rechtsanwälte, die Steuerberater und am Ende die Insolvenzverwalter. Denn da tut sich im Moment etwas auf. Und das ist auch etwas, das ich bekritteln muss: Die Konzerne stehen jetzt an und die AUA fordert 800 Millionen Euro oder irgend so einen Betrag und die werden so lange auf der Matte stehen mit ihren Rechtsabteilungen, dass der Bund nicht viel anders können wird. Aber der kleine Unternehmer mit zwei, drei Leuten braucht einen Steuerberater, dass er die 1.000,00 Euro abholen kann und muss den bezahlen. Darauf müssen wir Acht geben, und das ist zuvor bereits von meinem Kollegen angesprochen worden, dass wir hier nicht eine Schieflage, die eh schon eine ist, nicht noch weiter verschärfen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, und jetzt nur noch ganz kurz die Gemeinde: So viel Zeit sollte sein, und ich rede jetzt nicht als Bürgermeister, sondern ich habe gestern gebeten, weil wir mit dem Amtsleiter momentan so viel beieinander sind, wie eigentlich selten, wir arbeiten auch in der Gemeinde, weil das daheim Arbeiten ist Käse, seid mir nicht böse! Wenn du die Sachen nicht mithast, die Ordner in der Gemeinde sind, kannst du solch eine Arbeit in Wahrheit nicht machen. Machen wir uns nichts vor, das geht schlecht, meine sehr geehrten Damen und Herren, und der Amtsleiter – weil das erste Schreiben von Seiten der Kärntner Landesregierung, der Landesrat ist jetzt, glaube ich, nicht da, ist am 26. März 2020 gekommen, mit

Pirolt

den Beschränkungen, wie wir als Gemeinden umzugehen haben. Wir wissen seit Anfang März 2020 mindestens, spätestens, dass wir werden sparen müssen. Das wissen wir! Und ich habe den Amtsleiter gebeten, na, was wird passieren, wenn wir zehn Prozent einbrechen? Ich halte diese zehn Prozent für äußerst optimistisch, das heißt, es wird viel mehr werden. Wir haben aber von den BZ-Mitteln, die Stadtgemeinde Straßburg, erst ein Drittel verplant. Das heißt, wir werden heuer vielleicht mit einem blauen Auge durchkommen, es wird uns nichts passieren. Ich weiß aber, in vielen Gemeinden wird das nicht so laufen. Halt, weil der Herr Landeshauptmann jetzt nicht da ist – und das ist nicht der Zugang, den man in so einer Zeit haben sollte, dass der Herr Landeshauptmann zum Beispiel dann hingeht und sagt, na ja, das Kinder-Stipendium kürzt er. Damit, lieber Herr Peter Kaiser, lieber Landeshauptmann, will ich nur sagen, das ist nicht Augenhöhe, sondern ihr wälzt das auf uns ab und wir müssen es im Prinzip weitergeben. Oder wir schlucken alles selbst weg und gleichzeitig aber haben wir einen Brief bekommen, wo wir uns selbst kasteien und uns beschränken müssen.

Der Herr Kollege Gaggl hat heute gemeint, na, selbstverständlich wäre es nur zu gerecht, wenn die Eltern nichts zahlen, weil sie den Betrieb nicht in Anspruch nehmen. Das kann man jetzt so oder so sehen: Der Betrieb muss vorgehalten werden. Das heißt, das kostet einmal eine Grundkosten-Struktur generell. Das ist so wie mit der Mülltonne: Ob ich etwas hineinschmeiße oder nicht hineinschmeiße, ich muss immer etwas zahlen. Und nicht anders verhält es sich hier auch, obwohl die Beträge ja sehr, sehr minimiert sind. Aber wenn du sagst, logisch, das Angebot nehmen sie nicht in Anspruch, daher brauchen sie nichts zu bezahlen. Sobald die Schulen zu waren, hat unser Schülerbus-Unternehmen uns einen Brief geschrieben und hat gesagt, ja, sie wissen wohl, dass man nicht zu fahren braucht, aber wir müssen zahlen. Findest du es dann richtig, dass wir, obwohl wir keine Leistung konsumieren, auch nicht zahlen? Lieber Kollege Gaggl, daran denkt kein Mensch, das werden wir auch nicht tun, weil der Bus-Unternehmer muss ebenfalls etwas vorhalten, er muss einen Chauffeur vorhalten, weil es sein kann, dass übermorgen wieder alles loszustarten ist. Und das halte ich für gefährlich! Grundsätzlich glaube ich, und

es hat noch niemand von der Bundesregierung einmal ein einziges Wort darüber verloren, wie wir mit den Gemeinden weiter vorgehen. Weil ich halte diese Bedienung der Krise, diese finanzielle Sicherstellung für alle Bereiche als eine hoheitliche Aufgabe des Bundes, der Republik Österreich und die darf nicht bei jenen aufschlagen, hier rede ich jetzt für die Gemeinden, die sich nicht auf dem freien Markt finanzieren können. Wir haben zwar eine Vermögensbewertung durchgeführt, die können wir uns „auf den Hintern schmieren“ - entschuldigt den Ausdruck! – wir können mit dem Vermögen nichts tun, wir müssen im Prinzip beim Land Kärnten anstehen, wenn wir eine zusätzliche Finanzierung brauchen. Da, glaube ich, müssten wir global denken, „großzügig“ denken, dass wir uns die nächsten zwei, drei Jahre über die Runden bringen. Weil ich sehe nicht, dass wir mit dem heurigen Jahr mit der ganzen Geschichte fertig sein werden, sondern das Ganze wird uns einige Zeit begleiten, wenn sich Wirtschaftsströme, Wirtschaftsleistungen generell verändern werden, dann ist das etwas, mit dem wir wahrscheinlich in etwa Finanzsummen zur Verfügung haben werden, wie man sie in etwa vor zehn Jahren – das war das 09er-Jahr, 08er-Jahr, das haben wir jetzt gerade einmal gut aufgeholt gehabt – dass wir wieder mindestens dorthin zurückfallen. Und vor dieser Herausforderung möchte ich schon appellieren, dass man maßvoll mit den Forderungen umgeht, sodass am Ende jeder den Blick darauf haben kann und vor allem, dass der Blick einen Ausblick hat, dass wir es jemals auch enkelfit finanzieren können. *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Gerhard Köfer. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Köfer** (TKK):

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Werter Herr Präsident! Ich bin jemand, der durchaus optimistisch veranlagt ist, ich bin aber auch Realist und bin eigentlich jemand, der sich an Fakten orientiert, deswegen möchte ich nur einen positiven Satz dazu sagen: Ich glaube

Köfer

schon, dass sich die Wirtschaft – ich sehe das nicht so negativ – die Wirtschaft wird sich sehr schnell orientieren, vor allem orientieren müssen, es werden meiner Meinung nach regionale Produkte wieder einen anderen Stellenwert bekommen, und auch das Handwerk wird wieder in den Vordergrund gerückt werden. Das halte ich einmal für grundsätzlich positiv.

Nachdem ich aber jemand bin, der sich an Fakten orientiert und versucht, zu recherchieren, hätte ich hier eine Frage. Die Frau Gesundheitsreferentin hat uns früher mitgeteilt, sie ist stolz, dass es keine positiven Fälle in Pflegeheimen und Altersheimen in Kärnten gibt. Dazu meine Frage, aber jetzt wirklich eine ehrliche Antwort: Wie viele konkrete Tests hat es bei den bestehenden Insassen dieser Alters- und Pflegeheime tatsächlich gegeben? Ich frage das deshalb (*Abgeordneter Scherwitzl: Zusatzfrage Beantwortung.*) – nein, ich frage das deshalb, sind da wirklich alle getestet worden, damit man sagen kann, da gibt es niemand, weil ich hätte nämlich dann gleich ein Beispiel: Es wurde uns am 23. März 2020 nämlich erzählt – da brauchen wir nicht so aufgeregt zu sein, bitteschön – am 23. März 2020 wurde uns mitgeteilt, dass es eine neue Testmaschine der KABEG gibt, die das Vierfache der bisherigen Möglichkeiten testen kann, bis dato hat man 200 Tests am Tag gemacht, jetzt gibt es 800. Wenn man das hochrechnet, wären das circa 20.000 bis heute. Daher meine Frage: Wie viele Tests hat es tatsächlich seit dem 23. März 2020 gegeben?

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich denke, die Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin hat bei der Dringlichkeitsanfrage die Möglichkeit, ohnedies ausführlich zu antworten. Sie wird das Thema noch mitnehmen. Ich arbeite jetzt die letzte – oder rufe die letzte Wortmeldung auf, den Herrn Abgeordneten Scherwitzl, bezüglich des Zusatzantrages, der von den Freiheitlichen eingebracht wurde. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ja, danke, ich möchte nur kurz zu dem Zusatzantrag Stellung nehmen. Ich habe das jetzt während der Landtagssitzung noch versucht, mit der

Fachabteilung zu klären. Ja, versucht, zu klären! Zur Ziffer 1 einen 16a anzufügen, wird mitgeteilt, dass das nicht notwendig ist, weil es ist bereits eine neue Heimverordnung per Umlaufbeschluss der Landesregierung in Vorbereitung und mit unserem heutigen Beschluss, wonach der Ortsaugenschein und die Verhandlung vor Ort ausgesetzt wird und die Gemeinden zu informieren sind, kann die Landesregierung jetzt auch neue Standorte und auch Notstandorte bewilligen, und das ist auch beabsichtigt, gleichzeitig unter Wahrung bestimmter Qualitätskriterien. Aber ich denke mir, wenn das – also, wir werden dem Zusatzantrag nicht die Zustimmung geben, aber ich kann soweit die Zusage machen, dass wir uns über diese Frage noch im Detail unterhalten werden, auch mit der Fachabteilung, weil das greift uns jetzt etwas zu schnell, was die Vorbereitungszeit betrifft.

Und zur Ziffer 2 haben wir eh das am Vormittag im RVI-Ausschuss auch ausführlich besprochen. Ich glaube, die Frau Referentin hat die Botschaft auch mitgenommen und wir werden das noch einmal bei der Fachabteilung einfordern, den Prozess darzustellen, weil soweit mir die Fachabteilung jetzt mitgeteilt hat, wird bereits jetzt sehr vieles digital durchgeführt und die Vor-Ort-Kontrolle ist die absolute Ausnahme, wenn es unumgebar ist. Und diese standardmäßigen Zweijahres-Kontroll-Intervalle finden so wie das im RVI auch bereits erläutert wurde, vor August respektive Oktober nicht statt. Aber wie gesagt, auch diesen Prozess werden wir uns darstellen lassen, damit eurem Ansinnen, weil es ist grundsätzlich natürlich eine vernünftige Forderung, das zu beschleunigen und zu erleichtern und Kontakte zu vermeiden, damit man diesem Ansinnen gerecht wird. (*Beifall von der SPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, meine sehr geschätzten Damen und Herren, damit ist die Rednerliste zum Kärntner COVID-19-Gesetz 2020 erschöpft. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort in der Generaldebatte.

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Geschätzter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebes Regierungsmitglied! Damen und Herren! Ich verzichte auf das Schlusswort und ersuche um das Eingehen in die Spezialdebatte.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Spezialdebatte ist beantragt, wir haben auch vereinbart, ziffern-, paragraphen- und artikelmäßige – oder gehen wir bis zum Artikel XXI, weil euer Zusatzantrag erst vom Artikel XXI sozusagen handelt, in einem abstimmen. Ist das für das Team Kärnten auch okay oder beabsichtigt ihr, irgendwelchen Artikeln nicht zuzustimmen? (*Einwand von Abgeordnetem Köfer.*) – Okay, dann werde ich einmal bis Artikel VI - oder bitte bis Artikel V fortzufahren. Herr Berichterstatter, bitte!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Inhaltsverzeichnis. (*Einwand von Schriftführer Mag. Weiß.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Entschuldigung! Die Spezialdebatte ist damit sozusagen beantragt. Ich lasse dazu auch noch abstimmen. - Nachdem ich allgemeines Nicken vernommen habe, bin ich davon ausgegangen, dass das einstimmig so ist. Dann ist das auch formal korrekt erfolgt!

Jetzt bitte ich, zu berichten! Danke!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Inhaltsverzeichnis.

Artikel I

Landesverfassungsgesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung geändert wird

Die Kärntner Landesverfassung – K-LVG, LGBl. Nr. 85/1996, zuletzt in der Fassung des

Landesverfassungsgesetzes LGBl. Nr. 50/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Art. 57 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt; Ziffer 2: Art. 73 wird folgender Abs. 15 angefügt.

Artikel II

Änderung des Gesetzes über die Kärntner Beteiligungsverwaltung

Das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung – K-BVG, LGBl. Nr. 28/2016, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 108/2019, wird wie folgt geändert:

In § 13 Abs. 3 wird nach dem zweiten Satz folgender Satz eingefügt.

Artikel III

Änderung der Kärntner Allgemeinen Gemeindeordnung

Die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung – K-AGO, LGBl. Nr. 66/1998, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 80/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 39 wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 2; Ziffer 3; Ziffer 4: § 77 wird folgender Abs. 8 angefügt.

Artikel IV

Änderung des Kärntner Antidiskriminierungsgesetzes

Das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz – K-ADG, LGBl. Nr. 63/2004, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 25/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 24 Abs. 5 wird folgender Abs. 5a eingefügt; Ziffer 3: Nach § 35 wird folgender § 35a eingefügt, „§ 35a Fristhemmung aufgrund von COVID-19“.

Artikel V

Änderung der Kärntner Bauordnung 1996

Die Kärntner Bauordnung 1996 – K-BO 1996, LGBl. Nr. 62/1996, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 2 wird folgender Abs. 3 angefügt; Ziffer 2; Ziffer 3; Ziffer 4.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, ich lasse bis einschließlich Artikel V abstimmen, wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Ich darf bitten, mit dem Artikel VI fortzufahren.

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Wir fahren jetzt bis Artikel VIII, ist das richtig? Artikel IX ist, glaube ich, der nächste, der...

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Nein, Artikel VI

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel VI

Änderung des Kärntner Dienstrechtsgesetzes 1994 (37. K-DRG-Novelle)

Das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 – K-DRG 1994, LGBl. Nr. 71, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 105/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Dem § 36a wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 2: In § 58 Abs. 2 Z 8 wird das Satzzeichen „,“ durch das Satzzeichen „;“ ersetzt, und dem § 58 Abs. 2 wird folgende Z 9 angefügt; Ziffer 3: Nach § 73 Abs. 1 wird folgender Abs. 1a eingefügt; Ziffer 4: Dem § 79 wird folgender Abs. 6 angefügt; Ziffer 5; Ziffer 6; Ziffer 7: Nach § 306 wird folgender § 307 eingefügt, „§ 307 Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wer dem Artikel VI die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein zustimmendes Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen von SPÖ-, Freiheitlichen und ÖVP-Abgeordneten gegen die Stim-

men des Teams Kärnten die erforderliche Mehrheit.

Dann bitte ich, fortzufahren mit Artikel VII!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel VII

Änderung der Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung

Die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung – K-GFPO, LGBl. Nr. 67/2000, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 73/2019, wird wie folgt geändert:

Dem § 21 wird folgender Abs. 5 angefügt.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Zustimmung ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig so beschlossen.

Dann darf ich bitten, Artikel VIII vorzulesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel VIII

Änderung des Kärntner Gemeindebedienstetengesetzes

Das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz – K-GBG, LGBl. Nr. 56/1992, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 105/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 77 wird folgender § 78 eingefügt, „§ 78 Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig so beschlossen.

Dann darf ich bitten, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel IX

Änderung des Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetzes

Das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz – K-GMG, LGBl. Nr. 96/2011, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Dem § 6 Abs. 8 werden folgende Bestimmungen angefügt; Ziffer 3; Ziffer 4: Dem § 60 wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 5: Nach § 61 Abs. 8 wird folgender Abs. 8a eingefügt; Ziffer 6: Dem § 63 wird folgender Abs. 6 angefügt; Ziffer 7; Ziffer 8: Nach § 128 wird folgender § 129 eingefügt, „§ 129 Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Wer diesem Artikel zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen von SPÖ-, ÖVP- und Freiheitlichen Abgeordneten gegen die Stimmen des Teams Kärnten die entsprechende Mehrheit.

Bitte, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel X

Änderung des Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetzes

Das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz – K-GVBG, LGBl. Nr. 95/1992, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 105/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Dem § 4 Abs. 7 werden folgende Bestimmungen angefügt; Ziffer 2; Ziffer 3: Nach § 59 Abs. 1a wird folgender Abs. 1b eingefügt; Ziffer 4: Dem § 78 wird folgender Abs. 3 angefügt; Ziffer 5: Nach § 78b wird folgender § 78c eingefügt, „§ 78c Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer dem zustimmt, ersuche ich um ein Handzeichen. – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ-, ÖVP- und Freiheitlichen Abgeordneten gegen die des Teams Kärnten die erforderliche Mehrheit.

Dann darf ich bitten, Artikel XI in Behandlung zu nehmen.

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XI

Änderung des Kärntner Heimgesetzes

Das Kärntner Heimgesetz – K-HG, LGBl. Nr. 7/1996, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert:

§ 16 Abs. 5 lautet.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Die Abstimmung ist beantragt. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig beschlossen.

Wir kommen jetzt zum Zusatzantrag der Freiheitlichen Fraktion, ich darf den Herrn Landtagsdirektor bitten, diesen zu verlesen! (*Der Berichtstatter: Artikel XI*) – Nein, der Landtagsdirektor verliest. (*Der Berichtstatter: Änderung des Kärntner*) – Nein, Stefan, Entschuldigung, das ist Aufgabe des Schriftführers.

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

Zusatzantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs zu Artikel XI, Änderung des Kärntner Heimgesetzes, mit folgendem Wortlaut:

1. Dem § 16 wird folgender § 16a angefügt: § 16a: Die Bestimmungen des § 16 sind nicht für zusätzliche Quartiere anzuwenden, die während einer Pandemie für volljährige Personen, die vorübergehend, dauernd oder während eines Teiles des Tages der Betreuung und Hilfe bedürfen, geschaffen werden müssen. Nach Ende der Gefahrensituation ist ehestmöglich, jedoch spä-

Mag. Weiß

testens binnen drei Monaten der rechtmäßige Zustand herzustellen.

2. Dem § 19 wird folgender Absatz 9 angefügt: Absatz 9: Im Falle einer Pandemie, in deren Zuge unter anderem auch ältere pflegebedürftige Menschen gefährdet sind, ist eine Vor-Ort-Kontrolle durch Überprüfungsorgane nicht zulässig. Kontrollen haben in diesem Ausnahmefall auf digitalem Weg zu erfolgen. Die Betreiber sind auf entsprechendes Verlangen verpflichtet, insbesondere Daten über die tägliche Personalbesetzung, die vorrätigen Desinfektionsmittel und Schutzausrüstungen für das Pflegepersonal, die Einhaltung von Hygiene-Richtlinien zu übermitteln. Die Aufsichtsorgane sind befugt, in Form von Videokonferenzen jedenfalls Erkundigungen bei der Heimleitung oder Mitarbeitern des Pflege-Teams einzuholen.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Zusatzantrag gehört. Wer diesem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen der FPÖ-Abgeordneten nicht die erforderliche Mehrheit, daher ist dieser Zusatzantrag abgelehnt.

Wir kommen zu Artikel XII. Ich bitte den Berichterstatter, fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XII

Änderung des Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes

Das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz – K-KBBG, LGBl. Nr. 13/2011, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2; Ziffer 3: Nach § 51b wird folgender § 51c eingefügt, „§ 51c Sonderregelungen aufgrund der COVID-19-Krise“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Bitte, bis Artikel XIV fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XIII

Änderung der Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999

Die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999 – K-KAO, LGBl. Nr. 26/1999, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: In § 1 Abs. 3 lit. g wird das Satzzeichen „.“ durch das Satzzeichen „;“ ersetzt und folgende lit. h angefügt; Ziffer 3: Nach § 19 wird folgender § 19a eingefügt, „§ 19a Veränderung einer Krankenanstalt aufgrund eines öffentlichen Notstandes“; Ziffer 4: Nach § 68 Abs. 3a wird folgender Abs. 3b eingefügt; Ziffer 5: In § 54 Abs. 1 wird dem bisherigen Wortlaut folgender Satz angefügt; Ziffer 6.

Artikel XIV

Änderung des Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetzes

Das Kärntner Landes-Gleichbehandlungsgesetz – K-LGBG, LGBl. Nr. 56/1994, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 10/2019, wird wie folgt geändert:

Nach § 29 wird folgender § 29a eingefügt, „§ 29a Fristhemmung aufgrund von COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich lasse über die verlesenen Artikel abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist wiederum einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Dann bitte ich, mit Artikel XV fortzufahren!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XV

Änderung des Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetzes 1994 (30. K-LVBG-Novelle)

Sandrieser

Das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994, LGBl. Nr. 73, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 105/2019 wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Dem § 6 Abs. 6 werden folgende Bestimmungen angefügt; Ziffer 2: § 11 Abs. 4 lautet; Ziffer 3: Dem § 13a wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 4; Ziffer 5: Nach § 67 Abs. 1a wird folgender Abs. 1b eingefügt; Ziffer 6: Dem § 73 wird folgender Abs. 7 angefügt; Ziffer 7; Ziffer 8: Nach § 121 wird folgender § 122 eingefügt, „§ 122 Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag gehört. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein entsprechendes Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen von SPÖ-, ÖVP- und Freiheitlichen Abgeordneten gegen die Stimmen des Teams Kärnten so beschlossen.

Nunmehr darf ich bitten, fortzufahren bis zum Stadtbeamtengesetz, also bis zum Artikel XIX, also einschließlich Artikel XVIII!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XVI

Änderung des Kärntner landwirtschaftlichen Schulgesetzes 1993

Das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993 – K-LSchG, LGBl. Nr. 16/1993, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 111 wird folgender § 112 eingefügt, „§ 112 Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung von COVID-19“.

Artikel XVII

Änderung des Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetzes

Das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz – K-PStG, LGBl. Nr. 55/1996, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 3/2020, wird wie folgt geändert:

§ 14a wird folgender Abs. 7 angefügt.

Artikel XVIII

Änderung des Kärntner Schulgesetzes

Das Kärntner Schulgesetz – K-SchG, LGBl. Nr. 58/2000, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 74/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 68 wird folgender § 68a eingefügt, „§ 68a Beiträge im Schuljahr 2019/20“.

Artikel XIX

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Nein, jetzt lassen wir abstimmen. Bis zu einschließlich Artikel XVIII lasse ich jetzt abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig so erfolgt.

Dann darf ich bitten, den Artikel XIX zu verlesen, den werden wir noch gesondert abstimmen und dann bitte ich, die verbleibenden Artikel in einem zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XIX

Änderung des Kärntner Stadtbeamtengesetzes 1993

Das Kärntner Stadtbeamtengesetz 1993 – K-StBG, LGBl. Nr. 115/1993, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 105/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: In § 52 Abs. 2 Z 5 wird das Satzzeichen „.“ durch das Satzzeichen „;“ ersetzt, und dem § 52 Abs. 2 wird folgende Z 6 angefügt; Ziffer 2: Nach § 68 Abs. 2 wird folgender Abs. 2a eingefügt; Ziffer 3; Ziffer 4; Ziffer 5; Ziffer 6; Ziffer 7; Ziffer 8: Nach § 148 wird folgender § 149 eingefügt, „§ 149 Bestimmungen im Zusammenhang mit COVID-19“.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Ich lasse über diesen Artikel abstimmen. Wer dem zustimmt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist wiederum mit den Stimmen von SPÖ-, ÖVP- und Freiheitlichen Abgeordneten gegen

Ing. Rohr

die Stimmen des Teams Kärnten die erforderliche Mehrheit.

Nunmehr bitte ich, die restlichen Artikel zu verlesen und dann die Abstimmung zu beantragen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Artikel XX

Änderung des Kärntner Tourismusgesetzes 2011
Das Kärntner Tourismusgesetz 2011 – K-TG, LGBl. Nr. 18/2012, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 43/2017, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 5 Abs. 5 dritter Satz wird folgender Satz eingefügt; Ziffer 3: Nach § 5 Abs. 5 werden folgende Abs. 5a und 5b eingefügt.

Artikel XXI

Änderung des Kärntner Veranstaltungsgesetzes 2010

Das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010 – K-VAG 2010, LGBl. Nr. 27/2011, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1; Ziffer 2: Nach § 32 wird folgender § 32a eingefügt, „§ 32a Fristhemmung aufgrund von COVID-19“.

Artikel XXII

Änderung des Kärntner Volksbegehrensgesetzes
Das Kärntner Volksbegehrensgesetz – K-VbegG, LGBl. Nr. 28/1975, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 71/2018, wird wie folgt geändert.

Ziffer 1: Dem § 7, dessen bisheriger Wortlaut die Absatzbezeichnung „(1)“ erhält, wird folgender Abs. 2 angefügt; Ziffer 2: In § 8 wird dem bisherigen Satz folgender Satz angefügt.

Artikel XXIII

Änderung des Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetzes

Das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz – K-WFG, LGBl. Nr. 6/1993, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 108/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: Dem § 5 wird folgender Abs. 3 angefügt; Ziffer 2: In § 21 Abs. 5 wird nach dem dritten Satz folgender Satz eingefügt.

Artikel XXIV

Änderung des Kärntner Wohnbauförderungsgesetzes 2017

Das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017 – K-WBFG 2017, LGBl. Nr. 68/2017, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 93/2019, wird wie folgt geändert:

Dem § 5 Z 18 wird folgende lit. e angefügt.

Artikel XXV

Änderung des Klagenfurter Stadtrechtes 1998

Das Klagenfurter Stadtrecht 1998 – K-KStR 1998, LGBl. Nr. 70/1998, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 80/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 38 wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 2; Ziffer 3; Ziffer 4: § 77 wird folgender Abs. 8 angefügt.

Artikel XXVI

Änderung des Villacher Stadtrechtes 1998

Das Villacher Stadtrecht 1998 – K-VStR 1998, LGBl. Nr. 69/1998, zuletzt in der Fassung des Gesetzes LGBl. Nr. 80/2019, wird wie folgt geändert:

Ziffer 1: § 39 wird folgender Abs. 4 angefügt; Ziffer 2; Ziffer 3; Ziffer 4: § 79 wird folgender Abs. 10 angefügt.

Artikel XXVII

Inkrafttretens-, Außerkrafttretens- und Übergangsbestimmungen

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Sie haben den Antrag des Berichterstatters gehört. Wer also den restlichen Artikeln die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig mit den Stimmen aller anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Dann darf ich bitten, Kopf und Eingang zu verlesen!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz, die Kärntner Bauordnung 1996, das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (37. K-DRG-Novelle), die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz, das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz, das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Kärntner Heimgesetz, das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999, das Kärntner Landesgleichbehandlungsgesetz, das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 (30. K-LVBG-Novelle), das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993, das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz, das Kärntner Schulgesetz, das Kärntner Stadtbeamtenengesetz 1993, das Kärntner Tourismusgesetz 2011, das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017, das Klagenfurter Stadtrecht 1998 und das Villacher Stadtrecht 1998 geändert werden (Kärntner COVID-19-Gesetz) wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich ersuche um Abstimmung.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

(Einwand von Schriftführer Mag. Weiß.) Nein! Der Landtag von Kärnten hat – hinsichtlich des Artikels XIII in Ausführung des Artikels 38 des 2. COVID-19-Gesetzes, BGBl. I Nr. 16/2020 und des Artikels 42 des 3. COVID-19-Gesetzes, BGBl. I Nr. 23/2020 – beschlossen.

Damit ist sozusagen Kopf und Eingang komplett verlesen. Wer dem die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist einstimmig so erfolgt.

Dann darf ich bitten, die dritte Lesung vorzunehmen, der Berichterstatter hat wieder das Wort!

Berichterstatter Abgeordneter **Sandrieser** (SPÖ):

Gesetz vom, und jetzt sage ich das Datum dazu. *(Mag. Weiß: Der Landtag wolle beschließen.)* Jetzt kommt das? *(Mag. Weiß: Ja!)*

Der Landtag wolle beschließen:

Dem Gesetz, mit dem die Kärntner Landesverfassung, das Gesetz über die Kärntner Beteiligungsverwaltung, die Kärntner Allgemeine Gemeindeordnung, das Kärntner Antidiskriminierungsgesetz, die Kärntner Bauordnung 1996, das Kärntner Dienstrechtsgesetz 1994 (37. K-DRG-Novelle), die Kärntner Gefahrenpolizei- und Feuerpolizeiordnung, das Kärntner Gemeindebedienstetengesetz, das Kärntner Gemeindemitarbeiterinnengesetz, das Kärntner Gemeindevertragsbedienstetengesetz, das Kärntner Heimgesetz, das Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz, die Kärntner Krankenanstaltenordnung 1999, das Kärntner Landesgleichbehandlungsgesetz, das Kärntner Landesvertragsbedienstetengesetz 1994 (30. K-LVBG-Novelle), das Kärntner landwirtschaftliche Schulgesetz 1993, das Kärntner Parkraum- und Straßenaufsichtsgesetz, das Kärntner Schulgesetz, das Kärntner Stadtbeamtenengesetz 1993, das Kärntner Tourismusgesetz 2011, das Kärntner Veranstaltungsgesetz 2010, das Kärntner Volksbegehrensgesetz, das Kärntner Wirtschaftsförderungsgesetz, das Kärntner Wohnbauförderungsgesetz 2017, das Klagenfurter Stadtrecht 1998 und das Villacher Stadtrecht 1998 geändert werden (Kärntner COVID-19-Gesetz), wird die verfassungsmäßige Zustimmung erteilt.

Ich beantrage die Annahme.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, bevor ich das abstimmen lasse, mache ich noch eine Anmerkung. Ich bin mir nicht hundertprozentig sicher, ob sozusagen bei Kopf und Eingang am Beginn korrekt zitiert wurde: „Gesetz vom 09.04.2020“. Falls das der Fall war, dann ist das korrekt beschlossen, wenn es nicht so sein sollte, dann ist es zumindest mit dieser Anmerkung und der vorliegenden Fassung jedenfalls beschlossen.

Ich lasse jetzt in der dritten Lesung noch einmal abstimmen und bitte um Ihre Zustimmung. – Das ist mit den Stimmen *(Einwurf von Abgeord-*

Ing. Rohr

netem Köfer.) - Aber genau deswegen, Gerhard, war ja die artikelweise Abstimmung, dass einzelne Fraktionen innerhalb der Artikel dagegen stimmen können, aber insgesamt dem Gesetz ihre Zustimmung erteilen, was das verfassungsmäßige Zustandekommen betrifft. Also, deswegen haben wir ja eigentlich diese Übung gemacht. Also, ich mache nochmals einen Versuch. Wer stimmt also dem verfassungsmäßigen

Zustandekommen zu? – Das ist jetzt doch endgültig und einstimmig von allen anwesenden Damen und Herren Abgeordneten so beschlossen.

Damit haben wir den vorliegenden Tagesordnungspunkt erledigt.

Mitteilung des Einlaufes

Ich darf nunmehr bitten, den Dringlichkeitsantrag zu verlesen und bitte auch um eine entsprechende Wortmeldung für die Begründung der Dringlichkeit. (*Unruhe im Hohen Haus.*) Für die Begründung der Dringlichkeit brauche ich eine Wortmeldung! So, bitte!

A) Dringlichkeitsantrag:

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß:**

Ldtgs.Zl. 60-3/32:

Dringlichkeitsantrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Anspruch auf vollen Ersatz des Corona-Schadens für Unternehmen mit folgendem Wortlaut:

Der Kärntner Landtag wolle beschließen:

Die Kärntner Landesregierung wird aufgefordert, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen, dass alle Betriebe, die vom Betretungsverbot infolge der COVID-Maßnahmen-gesetze betroffen sind, einen Schadenersatz in jener Höhe bekommen, den diese erhalten hätten, wenn ihr Betrieb auf Grundlage des Epidemiegesetzes geschlossen worden wäre.

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zur Begründung der Dringlichkeit zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann-Stellvertreter Leyrouz. Ich erteile ihm dieses!

Abgeordneter **Leyrouz** (FPÖ):

Meine sehr geehrten Damen und Herren Kollegen! Sehr geehrte Zuhörer zu Hause! Wir haben uns ja heute mit der Problematik des Entschädigungsanspruchs für Unternehmer bereits ausführlich beschäftigt. Ich darf noch darauf hinweisen, dass auch im Nationalrat diese Frage mehrmals und ausführlich erörtert wurde und auch dort insbesondere vom Kollegen Matznetter der SPÖ auch gemeinsam mit unserem Nationalratsabgeordneten Dr. Herbert Fuchs ganz klar die Meinung vertreten wurde, dass der Entschädigungsanspruch entsprechend dem Epidemiegesetz erforderlich ist, um den Unternehmen die notwendige Liquidität zur Verfügung zu stellen. Dieser Antrag richtet sich darauf, dass auf die Bundesregierung dementsprechend einzuwirken ist, dass entsprechend dieser Verdienstentgang und der komplette Entschädigungsanspruch auch abgegolten wird. Wir haben heute bereits mehrmals erklärt, dass mit einem Anspruch aus dem Härtefonds von einmal 500,00 und einmal 1.000,00 Euro eben nicht die tatsächlichen Verluste ausgeglichen werden können, geschweige denn, dass damit in irgendeiner Art und Weise etwas für das Leben verbleibt.

Ich ersuche daher, unserem Antrag die Zustimmung zu erteilen. (*Beifall von der FPÖ-Fraktion.*)

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So! Zur Begründung weiters zu Wort gemeldet hat sich der Klubobmann-Stellvertreter Scherwitzl. Ich erteile ihm das Wort!

Abgeordneter **Scherwitzl** (SPÖ):

Ja, danke! Inhaltlich sind wir in vielen Bereichen übereinstimmend, wir teilen natürlich auch die Meinung unseres Nationalratsklubs. Nur, die Formulierung, die ihr gewählt habt, dass die Landesregierung aufgefordert wird, in Verhandlungen mit der Bundesregierung sicherzustellen et cetera, also, dass die Betriebe gefördert werden, das kann die Landesregierung nicht, daher werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Außerdem greift uns das zu kurz, weil man hätte auch formulieren müssen, die Entschädigungen für Arbeitnehmer, also beispielsweise durch eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes, weil die sind mindestens gleich unschuldig in die Arbeitslosigkeit gekommen wie, wir haben heute gehört, die Landwirte, wir haben gehört, die Gemeinden. Also, wir werden der Dringlichkeit in der Form nicht die Zustimmung geben, können das aber inhaltlich voll und ganz unterstützen, so wie wir das auf Bundesebene getan haben. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So! Mir liegt keine weitere Wortmeldung zur Begründung der Dringlichkeit vor, daher lasse ich über die Zuerkennung der Dringlichkeit abstimmen. Wer dieser die Zustimmung erteilt, bitte ich um ein Handzeichen. – Das ist mit den Stimmen der Freiheitlichen Abgeordneten und dem Team Kärnten nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, daher weise ich diesen Antrag dem Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement zu.

B) Dringlichkeitsanfrage:

Ldtgs.Zl. 60-2/32:

Dringlichkeitsanfrage von Abgeordneten des FPÖ-Klubs an Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin Prettnner betreffend Bewältigung der COVID-19-Krise in Kärnten

Bitte, wir kommen nunmehr zur Verhandlung der Dringlichkeitsanfrage. Um der Effizienz auch entsprechend Rechnung zu tragen, würde ich bitten, dass die Frau Landeshauptmann-

Stellvertreterin gleich die Fragestellungen verliest und darauf antwortet. Wir haben das eigentlich so praktiziert. Bevor man die Fragen verlesen lässt durch den Schriftführer und dann antwortet, denke ich, geht das etwas rascher. Bitte, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin.

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner** (SPÖ):

Ja, ich habe wahrgenommen, dass das relativ rasch und zügig erfolgen sollte. Es sind allerdings neun Anfragen und es gäbe ausreichend Gesprächsbedarf und Erklärungsbedarf zu den Anfragen, aber ich werde versuchen, das relativ rasch zu erledigen.

Erstens: Das derzeit größte Problem bei der Bewältigung der COVID-19-Pandemie in Kärnten ist der Mangel an Schutzausrüstung für Ärzte und Pflegekräfte. Wie sieht aus Ihrer Sicht derzeit die Situation in den Spitälern, bei den niedergelassenen Ärzten, in den Pflegeheimen und bei den Mobilen Pflegediensten aus?

Tatsache ist, die Pandemie ist, wie der Name schon sagt, eine weltweite Erkrankung, die jetzt ziemlich zeitgleich überall aufgetreten ist, und in allen Ländern der ganzen Welt werden die gleichen Materialien gebraucht, deshalb ist das Thema der Beschaffung eines der schwierigsten. Es wurde auch schon erwähnt, dass das Material – und hier nehme ich zum Beispiel Masken her. Masken sind derzeit um den zehnfach höheren Preis erhältlich als das normalerweise der Fall ist, also bei FFP2-Masken sind das normalerweise 30 bis 40 Cent pro Stück, derzeit bekommt man diese Masken unter 4,00, 5,00 Euro weltweit nicht, das heißt, das ist auch eine Problematik der Finanzierung. Aber wir setzen alle Hebel in Bewegung, um zu Masken zu kommen, und wir haben hier drei Möglichkeiten: Einerseits, die Krankenanstalten beschaffen immer selber. Aufgrund des Beschaffungsvorganges ist das so, einerseits immer selber, das Zweite ist, dass wir über den Krisenstab österreichweit koordiniert sind, nämlich über die S4-Beschaffung, die auch in regelmäßigen Abständen sich austauscht, wo der Bedarf am Ende der Woche eingemeldet wird und dann unter der Woche laufend aufgeteilt wird unter den Bundesländern, was es eben zu verteilen gibt. Und die dritte Möglichkeit ist der Lagerbestand, den wir von Seiten des Landes

Prettner

Kärnten noch zu verteilen haben, wo eben beschafft werden kann. Und wir haben derzeit alle Institutionen, die wir versorgen können, auch mit Masken, Desinfektionsmitteln, mit Handschuhen versorgt, sodass auch über die Osterfeiertage gewährleistet ist, dass die Versorgung aufrecht ist. Vielleicht in einem ersten Schritt wurden vom Land 66.000 OP-Masken an die Einrichtungen des extramuralen Bereiches verteilt, Pflegeheime 43.000, Mobile Soziale Dienste 12.000, Tagesstätten 500, Alternative Lebensräume 1.000 Stück. In einem zweiten Schritt wurden 20.000 Untersuchungshandschuhe an die Pflegeheime geliefert, 100 FFP3-Masken wurden außertourlich an eine Einrichtung geliefert, weil dort eine Mitarbeiterin positiv getestet wurde. FFP2- und FFP3-Masken können bei aktuell auftretenden Verdachtsfällen sofort an die Einrichtungen geliefert werden.

Und vielleicht zur Erklärung - ich habe mich extra nicht zu Wort gemeldet, weil die Sitzung schon ein bisschen lange dauert - Herr Abgeordneter Trettenbrein, das ist das Notfallpaket, das ich meine: Wenn wirklich ein Fall in einem Pflegeheim auftritt, dann haben wir zu dieser Versorgung spezielle Masken, ein spezielles Paket für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, um ihnen das zur Verfügung zu stellen. (*Abg. Trettenbrein: Diese FFP3-Masken wären genau die richtigen für die onkologischen Kinder.*) - Ja, und bezüglich dieses Falles möchte ich nur etwas sagen, der soll sich bei uns melden, beim Land Kärnten. Also, wenn er sich bei uns meldet, dann werden wir wahrscheinlich für diesen Fall - ich nehme an, dass es ein Ausnahmefall ist - ein paar Masken zur Verfügung stellen können. Aber ich kenne den Fall jetzt nur von deiner Erörterung da am Rednerpult, aber wir werden da eine unbürokratische Lösung finden, weil ich glaube, das wird nicht die Menge an Masken sein.

Die zweite Frage: Die Ärztekammer schreibt in einer Resolution vom 06. April: „Derzeit werden Hausärztinnen und Hausärzte sowie Fachärztinnen und Fachärzte einem nicht verantwortbaren Risiko ausgesetzt, das zum Beispiel in Italien bereits zum Tod vieler Kolleginnen und Kollegen geführt hat.“ In Niederösterreich wurde ein Hausarzt bei seiner Arbeit mit dem Coronavirus angesteckt und verstarb. Welche konkreten Maßnahmen ergreifen Sie, damit niederge-

lassene Ärzte in Kärnten mit Schutzausrüstung ausgestattet werden?

Dazu möchte ich aber einleitend festhalten, das möchte ich einmal klarstellen, das wurde nämlich auch von den Patientenanwälten Bachinger und Pilz dementsprechend klargestellt, dass die Österreichische Ärztekammer mit der rechtlich verbindlichen Hygiene-Verordnung für den Seuchenfall klare Handlungsaufträge an die Inhaber von Ordinationen erteilt. Das ist derzeit auch gültig für die niedergelassenen ÄrztInnen, und auch den niedergelassenen ÄrztInnen ist seit 2019 bekannt, dass diese Gefahr droht, COVID-19 trägt das ja im Namen, und in § 2 ist geregelt, dass die ordinationsführende Ärztin oder Arzt oder der Hygiene-Verantwortliche eine Abschätzung des Infektionsrisikos wahrnehmen und vornehmen muss. In § 3 sieht die Verordnung vor, dass die Österreichische Ärztekammer auf ihrer Homepage fachspezifische Empfehlungen publizieren kann, und in § 9 ist geregelt, dass seitens der Ordinationsinhaber im Bedarfsfall Gesichtsmaske, Schutzbrille, Schutzkleidung zur Verfügung gestellt werden muss. Also, das heißt, jeder Ordinationsinhaber ist verpflichtet, diese Schutzmaßnahmen selbst vorzunehmen. Offensichtlich hat es Versäumnisse seitens der Ärztekammer gegeben, aber auch Versäumnisse der Österreichischen Gesundheitskasse gegeben, weil ich möchte an dieser Stelle auch festhalten, der erste Newsletter der Österreichischen Gesundheitskasse ist am 31.03.2020 an die niedergelassenen Ärzte ausgeschickt worden, da hat es in Kärnten 277 positiv getestete Fälle gegeben, und da hat es österreichweit 10.000 positiv getestete Fälle gegeben. Das nur zur Klarstellung! Aber das Land Kärnten ist eingesprungen, weil eben die Vorsorge bei den Zuständigen - und ich wiederhole es! - weder Ärztekammer noch Österreichische Gesundheitskasse haben für die Ärztinnen und Ärzte Vorsorge getroffen, aber das Land Kärnten, und meines Wissens sind wir das einzige Bundesland, das auch diese Kapazitäten zur Verfügung stellen konnte, wir haben 45.000 Masken für niedergelassene Ärztinnen und Ärzte zur Verfügung gestellt, das sind in etwa 400 in Kärnten und das heißt, das sind nicht 3, 4 Masken gewesen, sondern das sind bis zu 100 Masken pro Ordination gewesen, die wir zur Verfügung gestellt haben. Und das freiwillig, und das unbürokratisch, und das ist den Ärztinnen und Ärzten in Kärnten zur Verfügung ge-

Prettner

stellt worden, darüber hinaus noch den Zahnärztinnen und Zahnärzten 12.000 Masken. Ich möchte auch festhalten, dass es relativ spät Hygiene-Vorsichtsmaßnahmen in den einzelnen Ordinationen gegeben hat, und ich weiß auch, dass es zu Infektionen in den Ordinationen durch Ärztinnen und Ärzte gekommen ist, aber wie gesagt, es hätten hier Vorsorge-Maßnahmen getroffen werden können.

Drittens: Der Villacher Arzt Dr. Gerd Clement warnt in den Medien davor, dass sich niedergelassene Ärzte wegen des Mangels an Schutzausrüstung weigern, Bereitschaftsdienste zu übernehmen. Diese Reaktion ist durchaus nachvollziehbar. Der Mangel an Schutzausrüstung führt auch dazu, dass Bereitschaftsärzte vor allem Telefonauskünfte geben und wegen des Corona-Risikos weniger Hausbesuche machen. Andererseits gibt es gut ausgestattete Epidemie-Visitenärzte für die Betreuung von Patienten, die zu Hause in Quarantäne sind. Warum erhöhen Sie nicht die Zahl der Epidemie-Visitenärzte und beauftragen diese damit, dass sie jene Hausbesuche durchführen, die für Hausärzte wegen der fehlenden Schutzausrüstung zu riskant sind?

Ja, das ist bekannt, dass Ärztinnen und Ärzte im niedergelassenen Bereich eben Sorge haben und sich nicht infizieren möchten und auch keine Hausbesuche machen. Wir haben wie gesagt die Ausstattungen durchgeführt von Seiten des Landes, wir haben auch die Bereitschaftsdienste ausgestattet mit diesen Schutzmaterialien, um für die Ärztinnen und Ärzte Sicherheit zu schaffen. Aber wir haben vor allem, und das ist wichtig, mit der Ärztekammer gemeinsam einen Visitendienst auf die Beine stellen können und da haben sich 25 Ärztinnen und Ärzte freiwillig gemeldet, was zu tun. Sie werden hier mit einer Kooperation mit dem Arbeiter-Samariterbund zu COVID-infizierten Personen gebracht, um hier die ärztliche Versorgung sicherzustellen. Ein ganz, ganz wichtiger Dienst, und ich bedanke mich hier an dieser Stelle bei diesen freiwilligen Ärzten, dass sie diese Aufgabe übernehmen, denn sie leisten hier einen ganz, ganz wesentlichen Beitrag, damit wir diese PatientInnen nicht in den Krankenanstalten behandeln müssen. Und das ist wirklich etwas sehr Wertvolles! Mit diesen 25 Ärztinnen und Ärzten können wir die derzeitigen Teams aufstellen, wir haben aber darüber hinaus keine freiwilligen Ärzte, die sich dafür zur Verfügung stellen und diese Dienste

übernehmen. Wenn natürlich mehr Bedarf ist, oder wir könnten auch Bereitschaftsdienste in der Nacht so gestalten, dass wir vorübergehend nur COVID-Ärzte hätten, dann könnten wir das zustande bringen, aber derzeit ist die Kapazität mit diesen 25 Ärzten ausgeschöpft.

Viertens: Warum erklären Sie in der Öffentlichkeit, dass Kärntner Pflegeheime in der Corona-Krise so gut gerüstet wären, obwohl viele Pflegekräfte nicht mit der nötigen Schutzkleidung ausgestattet sind?

Ich möchte noch einmal hervorheben, bis dato haben wir in einem Pflegeheim noch keinen positiv getesteten Fall gehabt, das heißt, die Schutzausrüstung, die wir zur Verfügung gestellt haben, ist derzeit ausreichend. Es gibt strenge Hygiene-Richtlinien, und ich bedanke mich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, dass sie sie auch dementsprechend gut einhalten, denn ansonsten könnten wir dieses Resultat nicht haben, dass derzeit noch kein positiver Fall in einem Pflegeheim ist. Also ist hier die Mitarbeit der Pflegekräfte wirklich eine außerordentliche. Und was wir zur Verfügung stellen können, haben wir zur Verfügung gestellt und tun das laufend. Wir haben auch diese Woche eine Abfrage gestartet, was an Materialien noch gebraucht wird, die Belieferung erfolgt noch heute und morgen, um eben sicherzustellen, dass hier ausreichend Material zur Verfügung steht.

Fünftens: Die vom Landespressedienst so groß angekündigte Lieferung von OP-Masken mit dem Ablaufdatum 2011(!) erfolge am 27. März 2020. Mehrere Heime bekamen nur eine Handvoll Masken, die für wenige Tage reichten. Bis 08. April 2020 gab es nichts mehr. Wann gibt es eine neue Lieferung für Pflegeheime und wie viele Tage wird sie reichen?

Ich denke, das habe ich schon jetzt beantwortet. Ich möchte nur noch einmal zu den Masken sagen, die aus dem Jahr 2011 stammen und vielleicht auch in Erinnerung rufen, dass es damals auch von politischen Fraktionen sehr, sehr kritisiert wurde – und jetzt schaue ich in Ihre Richtung (*Anmerkung: gemeint FPÖ-Fraktion.*), weil es war ein Abgeordneter Klement, der damals eine Aussendung gestartet hat und gesagt hat, warum hat die Frau Rauch-Kallat so viele Masken angeschafft, das ist alles ein Humbug und ein Unfug! (*Proteste in den FPÖ-Reihen.*) Das war die Ansicht damals, aber es war sehr klug,

Prettner

und ich bin auch sehr froh, dass Sie zur Ansicht gekommen sind, dass es gescheit ist, Lagerbestände aufzubauen. Der Überzeugung sind wir alle, dass es ganz wichtig ist, Lagerbestände zu haben. Und diese Lagerbestände, die wir haben aus dem Jahr 2011, wurden durch das Verteidigungsministerium geprüft, und erst nachdem wir die Freigabe des Ministeriums hatten, diese Masken verwenden zu dürfen, da sie noch den Ansprüchen gerecht werden, haben wir sie zur Verteilung gebracht – wie gesagt, so zur Verteilung gebracht, dass alle Pflegeeinrichtungen auch die nötigen Ausrüstungen haben, um ihren täglichen Bedarf damit abzudecken und auch über Ostern zu kommen. Derzeit laufen noch Bestellungen, die jetzt angeordnet waren, die werden noch ausgeliefert für das Wochenende. Ich möchte aber noch erwähnen, dass wir uns immer nur ein paar Tage weiterhandeln können. Es ist nicht so, dass wir Lieferungen liefern können, die uns sichern, für einen Monat eine Gewährleistung zu haben, sondern wir sind angewiesen auf Lieferungen von Seiten des Bundes. Was ist seitens des Bundes bis dato eingetroffen? Das sind 12.000 FFP2-Masken ohne Ventil, 12.000 für ganz Kärnten und zusätzlich 120.000 OP-Masken. Das sind Lieferungen, mit denen können wir nur tageweise planen, aber wir finden für diese Tage momentan das Auslangen, und wir versuchen, von allen Richtungen her neue Materialien zu bekommen.

Sechstens: Was spricht dagegen, dass das Land angesichts der bestehenden Unterversorgung mit Schutzausrüstung über eigene nachweislich vorhandene Beschaffungskanäle Schutzmaterialien ankauft und damit unabhängig vom Erfolg der Beschaffung sowie vom Wohlwollen der Verteilung durch die Republik agiert?

Wir tun das! Wir haben eine eigene Stelle in der Abteilung 5 eingerichtet. Wir prüfen jedes Angebot, das hereinkommt. Also, ich bekomme am Tag circa drei, vier, fünf Mails von Angeboten, von sofort zur Verfügung stehenden Masken. Das wird geprüft, das wird auch mit dem Bund und mit der Wirtschaftskammer gegengecheckt, es stellt sich nur leider heraus, dass 90 Prozent dieser Angebote unseriös sind. Unseriös deshalb, weil das Material nicht den erforderlichen akkreditierten Zuständen entspricht oder unseriös, weil der Preis maßlos überzogen ist. Das heißt, wir sind hier angewiesen auf wirklich seriöse Anbieter.

Siebtens: Sie haben in einer Pressekonferenz am 07. April 2020 erklärt, dass in Kärnten 120 sogenannte Pflege-Ersatz-Betten zur Verfügung stehen, für 24-Stunden-Betreute, die nach Ostern, wie zu befürchten ist, ohne BetreuerIn dastehen werden sowie für Corona-Patienten ohne schwere Symptome. Planen Sie allen Ernstes die Unterbringung von Virus-Trägern und Pflegebedürftigen in einem Gebäude!

Nein, natürlich nicht! Das ist so nicht vorgesehen, aber es könnte sein, dass wir mehr Unterbringungen brauchen und auch von infizierten Personen, die zu Hause nicht versorgt werden können. Und für diesen Umstand müssen wir vorsorgen, und für diesen Umstand sind eventuell Anmietungen durch Kuranstalten, Reha-Einrichtungen geplant. Und mit dem Gesetzesbeschluss heute haben wir die nötige Grundlage geschaffen.

Achtens: Warum wollen Sie die Pflegebedürftigen und das betreffende Personal, das über keine ausreichende Schutzausrüstung verfügt, dem Risiko einer Corona-Virus-Übertragung aussetzen?

Noch einmal: Das Personal hat Schutzausrüstung zur Verfügung gestellt bekommen und mit eigenen Maßnahmen-Plänen und dem adaptierten Hygiene-Rahmenplan halten wir das Ansteckungsrisiko in den Kärntner Alten- und Pflegeheimen so niedrig wie möglich. Ich möchte noch einmal festhalten, dass Kärnten in diesem Bereich Österreich-Vorreiter-Rolle einnimmt, nirgendwo sonst in Österreich wird jeder Neuankömmling beziehungsweise jeder, der von einem Spitalsaufenthalt zurückkehrt, auf Corona getestet, um eine Einschleppung des Virus in diese hochsensible Einrichtung zu verhindern. Wir tun alles, um sowohl Pflegebedürftige als auch das Personal vor einer Ansteckung zu schützen. Und das Bemühen bringt auch Erfolg.

Ich möchte jetzt an dieser Stelle auch deine Anfrage beantworten, Gerhard, weil du gefragt hast, wie viele Tests seit 23. März 2020 in etwa durchgeführt wurden: Wir machen pro Tag zwischen 200 und gestern waren es 374, also zwischen 200 und 400 Tests machen wir täglich. Und das ergibt, wenn ich nur mit der niedrigeren Zahl rechne, 17 Tage mal 200 ist 3.400 Tests. Wir haben insgesamt 5.573 Tests bis heute durchgeführt. Und wo ist der Flaschenhals dieser Testungen, die wir derzeit zur Verfügung stehen

Prettner

haben, weil wir testen ja den Virus-Nachweis: Der Flaschenhals ist da, dass wir Testmaterial nicht in ausreichender Form zur Verfügung gestellt bekommen. Die Test-Kapazitäten haben wir aufgebaut, aber auch beim Testmaterial ist es genau gleich wie bei den Masken: wir hanteln uns über Tage nach vor, also das heißt, es ist sichergestellt, dass bis über Ostern in diesem Kontingent weiter getestet werden kann, aber wir können derzeit nicht flächendeckend diese 15.000 Tests, die angekündigt wurden, durchführen. Das ist in ganz Österreich so, das ist mittlerweile eben ein großer Engpass. Pflegeheime, kann ich nur sagen, wir testen dort, wo Verdachtsfälle sind, und wir haben gerade jetzt eine große Untersuchung in einem Pflegeheim mit 145 Testungen, die durchgeführt wurden. Das ist aber außerhalb dieser Test-Strategie des Bundes, das ist sozusagen ein Case-Management in einem ganz besonderen Fall, das wir in diesem Heim durchführen, und wir werden da auch sehr, sehr vorsichtig agieren und das weiter in dieser Form betreiben, damit wir möglichst lange keine Infizierten in den Heimen haben.

Neuntens: Warum haben Sie in der letzten März-Woche Prüforgane des Landes in Pflegeheime geschickt und damit riskiert, dass auf diesem Weg das Virus zu dieser Hochrisikogruppe getragen wird?

Ich möchte einmal erstens vorausschicken, dass die Pflege-Sachverständigen bestens geschult sind, dass sie sehr verantwortungsvoll sind, dass sie alle Sicherheitsvorkehrungen einhalten, dass sie selbstverständlich auch Masken tragen, dass sie Desinfektionsmittel verwenden, dass sie Abstände einhalten, Hände waschen, also, dass diese Grundvoraussetzungen von Seiten der Pflege-Sachverständigen gegeben sind und ich nicht davon ausgehe, dass das Virus-Träger sind. Und die Prüfungen, die muss man nicht nur als Prüfungen sehen, sondern darf sie auch als Beratungen sehen, um noch einmal sicherzustellen, dass die Hygiene-Rahmenrichtlinien, die wir vorgegeben haben, auch dementsprechend umgesetzt werden. Und diese Kontrollorgane sind dazu da, um sicherzustellen, dass im Ernstfall auch die Abläufe dementsprechend gut funktionieren. Es sind bis dato in etwa 30 Heime geprüft, wir werden versuchen, das möglichst zügig fortzusetzen, damit mit allen Heimen Kontakt aufgenommen wird und diese Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden können. Bis dato

hat es ja auch immer wieder Kritik gegeben, es wären zu wenige Kontrollen. Mir ist lieber eine Kontrolle zu viel und damit die Sicherheit in den Heimen zu erhöhen, und diese Verantwortung nehme ich wahr.

In diesem Sinne habe ich jetzt die neun Fragen beantwortet. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Danke für die Beantwortung! Es gibt auch noch einen Debatten-Beitrag des Abgeordneten Darmann dazu. Ich verweise darauf, dass wir fünf Minuten Redezeit-Beschränkung haben, und ich erteile ihm das Wort!

Klubobmann **Darmann** (FPÖ):

Danke, Herr Präsident! Werte Regierungsglieder! Hoher Landtag! Frau Gesundheitsreferentin! Ich hätte es ja jetzt dabei bewenden lassen können, Ihre Worte für sich stehen zu lassen, wenn Sie, wenn ich so frei ausführen darf, gesagt haben, die Ärzte wären selber schuld, die brauchen nicht zu jammern, sie sind selber in der Verantwortung, für eine entsprechende Ausstattung ihrer Ordination zu sorgen, damit es dort auch entsprechende Schutzmaßnahmen gibt, aber es ist mir zu wenig, das so stehen zu lassen, da ich in Erinnerung rufen möchte, dass es am Anfang sehr wohl auch Gespräche zwischen den Ärztekammer-Vertretern und der Hohen Politik gegeben hat, dass es doch sinnwidrig ist, Ärzte alleine für ihren Verantwortungsbereich alle nach und nach diese ganzen Schutzmaßnahmen erwerben zu lassen, sondern insgesamt in einer gemeinsamen Beschaffungsanstrengung, kostengünstig, gemeinsam abgestimmt, in hohen Mengen gute Qualität in die Ordinationen, damit zum Arzt, zu den Assistenten, aber auch zum Patienten zu bringen. Das war insgesamt auch eine Grundidee, um die Ärzte nicht alleine damit übrig zu lassen. Und jetzt herzugehen und einfach zu sagen, das hätten eh die Ärzte selber machen können, oder wie zuletzt in einer gemeinsamen Konferenz von Ihnen festgehalten auf meinen Einwurf, dass es wirklich an Einweg-Mänteln fehlt: na ja, sollen sie ihre Mäntel zwischendurch waschen – dann ist das kein konstruktiver Beitrag, von dem sich ein Arzt etwas

Darmann

herunterschneiden kann, schon gar kein Patient. Und es hilft auch keine Schuldzuweisung irgendjemand, irgendetwas. Der Fingerzeig zu den Ärzten oder sonst irgendwohin ist in dieser Phase unangebracht. Und das muss ich an dieser Stelle hier vom Rednerpult als kontrollierender Landtagsabgeordneter gegenüber der Landesregierung festhalten, dass ein Gesundheitsreferent sich eher auf der Seite der Gesundheitspraktizierer, der Ärzte, der Mediziner, deren Assistenten, der Pfleger, allen diesen Personen sein sollte und nicht dann eine Begründung zu suchen, wieso sie damit nicht ausgestattet sind: weil sie eher hätten sorgen sollen und das nicht getan haben. Fakt ist: Die Möglichkeiten sind beim Land genauso wie beim Bund, selber diese Besorgungen zu machen und auszustatten.

Und wenn Sie gesagt haben vorhin auch schon in Ihrer Rede, Sie haben vor gut drei Wochen, also, ich sage einmal, 21 Tagen, rund 40.000 Masken an unsere Mediziner, an unsere niedergelassenen Ärzte in Kärnten ausgeteilt, werden Sie jetzt selber durchgerechnet haben, das werden rund 100 Masken pro Ordination gewesen sein. Jetzt gehe ich einmal von einer durchschnittlichen Ordination aus: ein Mediziner, zwei Assistenten, sind drei Personen, du hast 50 Patienten am Tag, es sind Einweg-Masken, normalerweise wäre das alles an einem Tag weg, außer, man sagt, ein Assistent, der ist nicht dauernd in Kontakt mit jedem einzelnen Patienten, der Mediziner sehr wohl, dann hilfst du dir vielleicht zwei, drei, vier Tage darüber mit 100 Masken, Einweg-Masken, aber nicht drei Wochen. Und da geht es um eine Verantwortung der Gesundheitspolitik, wirklich auch die Chance zu nutzen, vor allem rechtzeitig zu nutzen, diese Mengen an notwendigem Schutzmaterial – und jetzt rede ich wirklich nicht nur von den Masken, weil ich auch gehört habe, dass noch viel dringender diese Mäntel wären, diese Einweg-Mäntel – aber das auch zu besorgen. Und heute hat es wiederum einen Hilfeschrei seitens der Ärztekammer Kärnten gegeben, dass es hier massive Unterversorgung in diesem Bereich gibt. Das ist wieder an die Medien getreten, und es gibt hier in Ihrer Anfragebeantwortung leider wieder nur einen Fingerzeig, dass andere zuständig sind. Wie gesagt, wir sollten uns alle darauf verständigen, gemeinsam den Weg zu wählen, dass wir selber zuständig sind dort, was wir machen können. Und das Land Kärnten – Sie haben

es selber zugegeben! – viele Angebote, mögen viele dabei sein, die nichtssagend sind oder über-teuert, aber ich weiß im Speziellen von einem, wo Ihnen sogar angeboten wurde, eine Gratis-Charge aus dem Ausland dem Land Kärnten zu liefern, um die Menge und die zuständige notwendige Qualität kostenlos zu liefern, zu überprüfen, um danach auch zu bestellen und kurzfristig liefern zu können, solange es leider in Österreich nicht möglich ist, das selber in diesen Mengen zu produzieren. Es ist ja auch ein Versagen der eigenen Politik in diesem Bereich, auch der eigenen Wirtschaftspolitik, haben wir heute schon gehört, aber im Endeffekt geht es wohl darum, die jetzige Phase bestmöglich im Sinne der Patienten, aber auch der Mediziner und der Pflegekräfte zu durchtauchen. Danke! *(Beifall von der FPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Zu Wort gemeldet hat sich die Gesundheitsreferentin, und ich erteile ich das Wort. Bitte!

Erste Landeshauptmann-Stellvertreterin **Prettnner** (SPÖ):

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Sie haben etwas ganz Kluges gesagt: Es geht in so einer kritischen Situation nicht darum, mit irgendeinem Finger auf irgendjemand zu zeigen. Auch das wollte ich in keinsten Weise, sondern ich wollte nur einmal eine Klarstellung der Zuständigkeiten machen und dass ist sehr wohl in der Österreichischen Ärztekammer, die ja die Kontrollinstanz über die Sicherheitsmaßnahmen und die Hygiene-Vorschriften in den Ordinationen der österreichischen ÄrztInnen ist. Da ist es klar festgehalten, ich wollte das nur klarstellen und mit keinem Finger auf jemand zeigen, aber es ist einmal gültiges Recht, und es ist so geregelt, dass seitens des Ordinationsinhabers im Bedarfsfall Gesichtsmaske, Schutzbrille, Schutzkleidung zur Verfügung gestellt werden muss. Das ist gültig, und das ist nicht von mir aufgebracht worden, sondern ich zitiere hier die Patienten-anwälte Dr. Gerald Bachinger, Dr. Sigrid Pilz, die das auch noch einmal klarstellend gesagt haben. Wir wissen, dass die Situation jetzt so ist wie sie ist und wir - auch, was Ärztinnen und Ärzte betrifft, handeln wir uns nach vor.

Prettner

Und diese Masken, die 45.000, da gibt es noch Bestände in den einzelnen Ordinationen. Es wurde ja von Seiten der Ärztekammer mit der Österreichischen Gesundheitskasse die Aufteilung durchgeführt. Es haben einige Ordinationen nicht geöffnet, also, viele haben in dieser kritischen Zeit gesagt, sie ordinieren nicht, sie gehen Urlaub oder sie sind aus irgendwelchen Gründen nicht anwesend, diese Ordinationen wurden nicht berücksichtigt bei der Verteilung der Masken, sondern nur jene, die geöffnet haben und deshalb sind auch jetzt noch Teile dieser Masken, die wir damals ausgeteilt haben, vorhanden.

Aber was ich erfreulicherweise vermelden kann: Es wurde ja jetzt der Weg, wie ärztliche Ordinationen versorgt werden sollen, ganz klar festgelegt, dass für alle zukünftigen Lieferungen die Österreichische Gesundheitskasse zuständig ist. Das wurde auch von Seiten des Ministeriums so kommuniziert. Und ich kann vermelden, dass es jetzt eine Ladung gegeben hat oder dass ein Flugzeug angekommen ist und dass derzeit bei 600.000 oder 700.000 Masken gerade mit heutigem Tag wiederum in Verteilung sind. Also das heißt, auch hier versucht man, so gut es geht, die zuständigen Ordinationen und niedergelassenen ÄrztInnen zu versorgen. Da bemüht sich wirklich jeder, dass das auch so geschieht, deshalb liegt es mir fern, mit einem Finger auf irgendjemand zu zeigen. Aber nur, die Situation ist einmal so wie sie ist! Und bezüglich Ihres Angebotes habe ich mich erkundigt, dass Sie weitergeleitet haben, es wäre eine Charge zum Testen freigegeben worden, aber eine Maske hätte 8,00 Euro gekostet, also das wäre um das 20-fache teurer gewesen als sie normalerweise sind. Und deshalb wurde von dieser Bestellung Abstand genommen. *(Beifall von der SPÖ-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Mir liegt noch eine weitere Wortmeldung vor von der Abgeordneten Silvia Häusl-Benz. Dann darf ich sie bitten, nach vorne zu treten!

Abgeordnete **Häusl-Benz** (ÖVP):

Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Genau so, wie es eben gesagt worden ist, den Schwarzen Peter jetzt irgendjemand zustecken

und zu schauen, wer schuld ist, glaube ich, das ist jetzt nicht die richtige Zeit. Und gerade in dieser Krisensituation: Selbstverständlich, wenn jeder gleichzeitig auf ein gewisses Gut zugreifen möchte, und das waren jetzt eben diese Masken, dann kommt es zu einer Knappheit. Wichtig ist jetzt, dass wir schauen, dass wirklich all jene, die das brauchen, und das sind vorrangig eben die Ärzte und auch die, die mit diesen Patienten arbeiten, dass sie eben diese Masken auch haben.

Als Bürgermeisterin, muss ich sagen, war ich immer sehr gut informiert. Und egal auch, weil eine 24-Stunden-Betreuung hier bei der Dringlichkeitsanfrage ein Thema war, war auch so, dass wir als Bürgermeister wirklich jeden Einzelnen angerufen haben und nachgefragt haben, wie schaut es mit der 24-Stunden-Betreuung aus? Da auch ein herzliches Dankeschön, ganz, ganz viele Pfleger haben gesagt, nein, kein Problem, sie bleiben noch zwei Wochen, sie bleiben noch drei Wochen, sie warten einmal ab, wie sich das alles entwickelt und bleiben vor Ort und werden auch weiterhin eben diese 24-Stunden-Betreuung garantieren. Für mich war das natürlich, ich glaube, auch das Glück, dass ich meine Pflege-Nahversorgerin jetzt in meiner Gemeinde habe, auf die ich zugreifen kann, wo ich gesagt habe, wo ich wirklich das Ganze Wissen eben in einer Person direkt verankert habe und auch die Angehörigen davon informiert habe, dass sie dort wirklich die Informationen, wenn etwas passiert, wenn sie sich unsicher sind, wenn von einem Tag auf den anderen der Pfleger auf einmal sagt, nein, er will doch heim, er will doch zu seiner Familie, dass man dann wirklich prompt handeln kann. Also, ich als Bürgermeisterin habe mich da immer sicher gefühlt und habe das eben von den Angehörigen in den Gesprächen auch so empfunden. Wichtig ist, dass wir einfach zusammenhalten!

Ein herzliches Dankeschön an die Unternehmer, so wie zum Beispiel MAHLE oder Flex, die von einem Tag auf den anderen gesagt haben, wir brauchen jetzt Beatmungsgeräte, wir brauchen jetzt Masken, wir sind da, wir stellen um, wir produzieren jetzt das, und zwar für die Kärntner und Kärntnerinnen, dass wir eben die Wirtschaft da im Ort genau so, dass die einfach absolut umgerüstet haben und so wir auch gewährleisten können, dass wir von einem Tag auf den anderen Beatmungsgeräte und Masken hier in Kärnten fertigen. Dafür ein ganz, ganz großes Danke-

Häusl-Benz

schön, ein großes Lob an alle Unternehmer und Unternehmerinnen, die da so schnell gehandelt haben und auch an die Mitarbeiter, die dahinterstehen und von einem Tag auf den anderen hier wirklich das auch mitgetragen haben! Ich kann nur sagen, schauen wir gemeinsam in die Zukunft, wir werden aus der Krise, wenn wir weiterhin so gut zusammenarbeiten, auch gut rauskommen. Ich wünsche allen frohe Ostern in der jetzigen Zeit, heute ist ja Gründonnerstag! Und vor allem ist es so, dass ich auch die Bevölkerung nur bitten kann, diese Maßnahmen, die jetzt von der Bundesregierung noch vorhanden sind, dass die strikt eingehalten werden. Je strikter die Maßnahmen eingehalten werden, je früher können wir auch sicherlich wieder in die Normalität zurückkommen. Und das ist besonders wichtig, weil das brauchen wir, das braucht die Wirtschaft! Und ich kann nur sagen, bitte, haltet das noch durch! Danke! *(Beifall von der ÖVP-Fraktion.)*

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

So, die Rednerliste ist erschöpft. Ich darf den Landtagsdirektor bitten, den Landtags-Posteinfahrt kurz zu verlesen. Bitte!

Schriftführer Direktor **Mag. Weiß**:

C) Anträge von Abgeordneten:

1. Ldtgs.Zl. 60-4/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend „Corona-Krise“ – Refundierung der Personalkosten für Gemeindebedienstete in Kindergärten und Kindertagesstätten

Zuweisung: Ausschuss für Finanzen und Beteiligungsmanagement

2. Ldtgs.Zl. 60-5/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Auswirkungen der „Corona-Krise“ abfedern – Elternbeiträge für Kindergärten endlich abschaffen

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

3. Ldtgs.Zl. 60-6/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend „Corona-Krise“ – Investitionspaket für Gemeinden schnüren

Zuweisung: Ausschuss für Gemeinden, Feuerwehren und Katastrophenschutz

4. Ldtgs.Zl. 60-7/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Corona-Krise: Kärntner Corona-Unterstützungsfonds zur Rettung von heimischen Unternehmen

Zuweisung: Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Mobilität

5. Ldtgs.Zl. 43-54/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend Kärntner Eltern & Schüler-Offensive: Förderung von Laptops oder Tablets für digitales Lernen

Zuweisung: Ausschuss für Recht, Verfassung, Immunität, Volksgruppen und Bildung

6. Ldtgs.Zl. 60-8/32:

Antrag von Abgeordneten des FPÖ-Klubs betreffend „Corona-Krise“ – Sofortmaßnahmen für die Kärntner Landwirte

Zuweisung: Ausschuss für Ländlicher Raum und Infrastruktur

D) Schriftliche Anfrage:

Ldtgs.Zl. 155-14/32:

Schriftliche Anfrage des Klubobmannes Darmann an Landesrat Fellner

Mag. Weiß

**betreffend Finanzspritzen des Landes
Kärnten an Kärntner Gemeinden und
Städte ab 2013**

Vorsitzender Erster Präsident **Ing. Rohr** (SPÖ):

Danke für die Verlesung des Eingangs! Meine sehr geschätzten Damen und Herren, nach 21 Wortmeldungen am heutigen Tag möchte ich mich ganz besonders bei der Schriftführerin bedanken, die heute sehr viel Arbeit gehabt hat, nachdem sehr lange Debatten-Beiträge wider Erwarten waren, (*Beifall im Hause.*) möchte mich aber, meine sehr geschätzten Damen und Herren, insgesamt bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich auch beim Landtagsdirektor sehr herzlich bedanken für die Zeit, die wir hinter uns haben und teilweise in Heimarbeit, aber immer auch in entsprechender Besetzung des Amtes gewährleistet haben, dass alle Anforderungen und Anliegen entsprechend bewältigt werden konnten.

Ich darf, wie wir es heute mit den Klubobmännern schon besprochen haben, die Termine für

die Arbeit des Landtages, die wir in Aussicht genommen haben, mitteilen: Es sollten – wir werden natürlich jetzt die Ostern abwarten, wir werden das natürlich am Dienstag nach Ostern wieder entsprechend evaluieren – es sollten aber die Ausschüsse beginnen, in der Kalenderwoche 18 zu arbeiten, das heißt also, ab dem 27. April 2020. Die Landtagssitzung, die im Fahrplan steht, am 30. April 2020, wird um zwei Wochen auf den 14. Mai 2020 verschoben. Das ist also der neue Termin, Sie werden das natürlich auch schriftlich erhalten. Das ist jetzt einmal ein präventiver Fahrplan, wir müssen schauen, wie sich insgesamt die Situation entwickelt. Auf jeden Fall werden wir versuchen, dass wir dann wieder so weit wie möglich in den Normalbetriebsmodus kommen.

Ich darf Ihnen und allen Kärntnerinnen und Kärntnern, meine sehr geschätzten Damen und Herren, ein frohes Osterfest wünschen, bleiben Sie wachsam, schauen Sie auf sich, bleiben Sie gesund! Und wie höre ich es immer in der ZIB 2, so am Ende: Gemeinsam schaffen wir das! Die Landtagssitzung ist geschlossen!

Ende der Sitzung: 18.28 Uhr